VON DER OKTOBER-REVOLUTION BIS ZUM BRESTER...

Leon Trotsky

LEO TROTZKI

VON DER

OKTOBER-REVOLUTION

BIS ZUM

BRESTER FRIEDENS-VERTRAG

PROMACHOS-VERLAG BELP-BERN 1918

Herausgeber Fritz Platten, Nationalrat, Zürich.

Vorwort

Diese Schrift wurde zum grössten Teil — in freien Augenblicken — in einem Milieu verfasst, das zu systematischer Arbeit wenig anregte: In Brest-Litowsk zwischen den Sitzungen der Friedensverhandlungen wurden die einzelnen Kapitel dieser Skizze entworfen, dessen eigentliche Aufgabe darin besteht, das internationale Proletariat mit den Ursachen, dem Gang und dem Sinn der Oktober-Revolution Russlands bekannt zu machen. Die Weltgeschichte gestaltete sich so, dass die Delegierten des revolutionärsten Regimes, das die Menschheit je gekannt hat, am gleichen Diplomatentische mit den Vertretern der reaktionärsten Kaste unter allen herrschenden Klassen verhandeln musste. Bei den Friedensverhandlungen vergassen wir keinen Augenblick, dass wir als Vertreter der revolutionären Klasse da waren. Mit unsern Reden wandten wir uns an die durch den Krieg niedergedrückten Arbeiter aller Länder. Unsere Energie wurde von der festen Ueberzeugung getragen, dass das entscheidende Wort in der Kriegsabrechnung, sowohl wie in allen anderen Fragen, das europäische Proletariat sagen würde. Als wir mit Kühlmann und Czernin sprachen, gedachten wir unserer Freunde und Gesinnungsgenossen Karl Liebknechts und Fritz Adlers. Unsere freie Zeit widmeten wir dieser Broschüre, die für die Arbeiter Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und aller andern Länder bestimmt ist. Die bürgerliche Presse von ganz Europa ist vollkommen einig in dem Gewebe von Lügen und Verleumdungen gegenüber der proletarischen Regierungs-

form Russlands. Die sozial-patriotische Presse offenbart — ohne Mut und Glauben an ihre eigene Sache — ihre völlige Unfähigkeit, den Sinn der russischen Revolution zu begreifen und ihn den werktätigen Massen klarzumachen. Mit dieser Broschüre wollen wir ihnen zu Hilfe kommen. Wir glauben fest, dass die revolutionären Arbeiter Europas und anderer Weltteile uns verstehen werden. Wir glauben, dass sie bald dasselbe Werk aufnehmen werden, das wir jetzt vollbringen, jedoch — gestützt auf ihre reichere Erfahrung und ihre höheren geistigen und technischen Mittel — werden sie dieses Werk viel gründlicher vollbringen und werden uns alle Schwierigkeiten überwinden helfen.

Brest-Litowsk, den 12. (25.) Februar 1918.

Die kleinbürgerliche Intelligenz in der Revolution

In unserer Epoche entwickeln sich die Ereignisse mit einer solchen Geschwindigkeit, dass es schwer fällt, sie nach dem Gedächtnis zu reconstruieren, selbst in ihrer chronologischen Reihenfolge. Wir haben weder Zeitungen noch Dokumente zur Hand. Die periodischen Pausen während der Friedensverhandlungen verschaffen uns jedoch eine Musse, die unter den gegebenen Verhältnissen natürlich nicht so bald wieder zu erwarten ist. Ich werde mir deshalb die Mühe geben, den Gang und die Entwicklung der Oktoberrevolution nach dem Gedächtnis zu reconstruieren, indem ich mir das Recht vorbehalte, die Darstellung später an Hand von Dokumenten zu vervollständigen und zu korrigieren.

Das, was von der ersten Revolutionsperiode an unsere Partei charakterisierte, war die Ueberzeugung, dass sie, der weitern Logik der Ereignisse zufolge, zur Macht gelangen musste. Ich will nicht von den Theoretikern sprechen, die schon lange vor dieser Revolution, ja schon vor der Revolution von 1905 — von der Analyse der Klassenbeziehungen in Russland ausgehend — zu dem Schluss gelangten, dass in der siegreichen Entwicklung der Revolution die Macht unbedingt an das Proletariat übergehen müsse, das sich auf die breiten Massen des ärmern Bauerntums stützt. Grundlage dieser Voraussicht bildet hauptsächlich die Nichtigkeit der russischen bürgerlichen Demokratie sowohl wie der konzentrierte Charakter der russischen Industrie und folglich die grosse soziale Bedeutung des russischen Proletariats. Die

Nichtigkeit der bürgerlichen Demokratie ist das Gegenstück zu der Macht und der Bedeutung des Proletariats. Gewiss hat der Krieg in dieser Beziehung sehr viele und vor allem die leitenden Gruppen der bürgerlichen Demokratie vorübergehend getäuscht. Der Krieg übertrug die entscheidende Rolle in den Revolutionsgeschehnissen an die Armee. Die alte Armee heisst so viel wie das Bauerntum. Wenn die Revolution sich normaler, das heisst unter den Bedingungen der Friedenszeit entwickelt hätte — so wie sie schon 1912 ihren Anfang nahm — würde die ganze Zeit über unbedingt das Proletariat die leitende Stellung eingenommen haben. Die Bauernmassen würden allmählich im Schlepptau des Proletariats in den Revolutionsstrudel hineingezogen worden sein. Doch der Krieg brachte eine ganz andere Mechanik der Geschehnisse zu stande. Das Bauerntum wurde durch die Armee nicht politisch, sondern nur militärisch gebunden. Bevor bestimmte revolutionäre Forderungen und Ideen die Bauernmassen zusammengeschmiedet hatten, waren diese bereits den Reihen der Regimenter, Divisionen, Korps und Armeen eingefügt. Die in dieser Armee verstreuten Elemente der kleinbürgerlichen Demokratie, die in militärischer wie ideeller Beziehung die Hauptrolle spielten, hatten fast durchweg kleinbürgerlich-revolutionäre Allüren. Die tiefgreifende soziale Unzufriedenheit der Massen verschärfte sich und suchte einen Ausgang — besonders infolge des militärischen Zusammenbruchs des Zarismus. Sobald die Revolution sich entfalten konnte, liess die Avantgarde des Proletariats die Tradition von 1905 neu aufleben und sammelte die Volksmassen, um vertretende Institutionen in Form von Deputiertensoviets zu organisieren. Die Armee wurde vor die Aufgabe gestellt, ihre Vertreter in die revolutionären Institutionen abzuordnen, ehe ihr politisches Bewusstsein auch nur einigermassen das Niveau der sich entfaltenden Revolutionsereignisse erreichen konnte. Wen konnten die Soldaten als Deputierte abordnen? Doch nur diejenigen Vertreter der Intelligenz und Halbintelligenz unter ihnen, die eine, wenn

auch minime Reserve politischer Kenntnisse besassen und diese zum Ausdruck zu bringen verstanden. Auf diese Art und Weise erschien die kleinbürgerliche Intelligenz mit einem Schlag durch den Willen der erwachenden Armee zu einer ungeheuren Höhe erhoben. Aerzte, Ingenieure, Rechtsanwälte, Journalisten, Einjährig-Freiwillige, die vor Kriegsausbruch ein ganz gewöhnliches Bürgerdasein gefristet und auf keine führende Rolle Anspruch gemacht hatten, erschienen nun auf einmal als Vertreter ganzer Korps und Armeen und fühlten sich auf einmal als „Führer" der Revolution. Die Verschwommenheit ihrer politischen Ideologie entsprach durchaus der Formlosigkeit im Bewusstsein der revolutionären Massen. Diese Elemente behandelten uns, die „Sektierer", die wir die sozialen Forderungen der Arbeiter und Bauern in all ihrer Schärfe und Unversöhnlichkeit hervorhoben, mit dem grössten Hochmut. Gleichzeitig verbarg die kleinbürgerliche Demokratie unter dem Hochmut des revolutionären Emporkömmlings das tiefste Misstrauen gegen ihre eigenen Kräfte, wie gegen jene Masse, die sie zu dieser ungeahnten Höhe erhoben hatte. Obwohl die Intelligenz sich sozialistisch nannte und als solche gelten wollte, betrachtete sie die politische Allmacht der liberalen Bourgeoisie, deren Kenntnisse und Methoden mit schlecht versteckter Ehrerbietung. Hieraus entspringt das Bestreben der Führer des Kleinbürgertums, um jeden Preis die Mitarbeit, das Bündnis, die Koalition mit der liberalen Bourgeoisie zu erwirken. Das Partei-Programm der Sozialisten-Revolutionäre (das durch und durch auf verschwommenen humanitären Formeln, die die Klassenmethoden durch sentimentale Allgemeinplätze und moralische Konstruktionen ersetzen, aufgebaut ist) erschien als das passendste geistige Ornat für diese Schicht von Führern *ad hoc.* Ihr Bestreben, ihre geistige und politische Ohnmacht in der ihnen so sehr imponierenden bürgerlichen Wissenschaft und Politik unterzubringen, fand seine theoretische Rechtfertigung in der Lehre der „Menschewiki". Diese erklärte, dass die jetzige Revo-

lution eine bürgerliche Revolution sei und folglich nicht ohne Beteiligung des Bürgertums an der Regierung auskommen könne. So entstand der natürliche Block der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki, in dem gleichzeitig die politische Halbheit der bürgerlichen Intelligenz wie deren Vasallenverhältnis zu dem imperialistischen Liberalismus ihren Ausdruck fanden.

Uns war es vollkommen klar, dass die Logik des Klassenkampfes diese provisorische Kombination früher oder später zerstören und die Führer der Uebergangsperiode zur Seite schieben würde. Die Hegemonie der kleinbürgerlichen Intelligenz bedeutete im Grunde genommen die Tatsache, dass das Bauerntum, — durch Vermittlung des Kriegsapparates plötzlich zur organisierten Teilnahme am politischen Leben berufen — die Arbeiterklasse numerisch erdrückte und sie vorübergehend verdrängte. Weit mehr noch! Insofern die kleinbürgerlichen Führer durch die Massenarmee zu dieser schwindelnden Höhe erhoben waren, konnte das Proletariat selbst, mit Ausnahme seiner führenden Minderheit, ihnen eine gewisse politische Achtung nicht versagen, konnte nicht unterlassen, ein politisches Bündnis mit ihnen zu suchen, — da dem Proletariat sonst die Gefahr drohte, von dem Bauerntum abgeschnitten zu sein. Die ältere Arbeitergeneration hatte aber noch die Lehre von 1905 nicht vergessen, als das Proletariat gerade deshalb zerschlagen wurde, weil die schweren Bauernreserven im Augenblicke des entscheidenden Kampfes nicht eingegriffen hatten. Aus diesem Grunde waren auch die proletarischen Massen in der ersten Revolutionsperiode so sehr für die politische Ideologie der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki empfänglich; — umsomehr, da die Revolution die übrigen bis dahin schlummernden proletarischen Massen erweckte und in dieser Weise den formlosen intellektuellen Radikalismus zur Vorbereitungsschule für sie machte. Die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten bedeuteten unter diesen Umständen die Herr-

schaft der bäuerlichen Formlosigkeit über den proletarischen Sozialismus und wiederum die Herrschaft des intellektuellen Radikalismus über die bäuerliche Formlosigkeit. Wenn das Gebäude der Sowjets mit solcher Schnelligkeit sich zu so bedeutender Höhe emporhob, so geschah dies in hohem Masse deshalb, weil die Intelligenz mit ihren technischen Kenntnissen und bürgerlichen Beziehungen an dem Sowjetsaufbau die leitende Rolle spielten. Aber uns war klar, dass dieses imponierende Gebäude auf den tiefsten inneren Widersprüchen aufgebaut ist, und dass sein Zusammenbruch in der folgenden Revolutionsetappe absolut unvermeidlich ist.

Die Kriegsfrage

Die Revolution war unmittelbar aus dem Kriege erwachsen, und der Krieg wurde zum Probierstein aller Parteien und aller Revolutionskräfte. Die intellektuellen Führer waren „gegen den Krieg“; während des Zarismus galten viele unter ihnen als Anhänger des linken Flügels der Internationale und schlossen sich Zimmerwald an. Aber kaum standen sie auf „verantwortlichen“ Posten, so wurde alles anders. Die Politik des revolutionären Sozialismus führen, hiess unter diesen Verhältnissen soviel, wie mit der Bourgeoisie — der eigenen wie der alliierten — brechen. Aber wie wir schon sagten, suchte die politische Ohnmacht des intellektuellen und halbintellektuellen Kleinbürgertums eine Rückendeckung im Bündnis mit dem bürgerlichen Liberalismus. Daher die traurige und wahrhaft beschämende Rolle, die die kleinbürgerlichen Führer in der Kriegsfrage spielten. Sie beschränkten sich auf Seufzer, Phrasen, geheime Mahnungen oder Bitten, die sie an die verbündete Regierung richteten; in der Wirklichkeit aber trotteten sie in dem Geleise der liberalen Bourgeoisie weiter. Die Soldaten in den Schützengräben konnten selbstverständlich nicht den Schluss ziehen, dass

der Krieg, an dem sie seit beinahe drei Jahren teilnahmen, plötzlich ein anderes Gesicht angenommen hätte, und zwar nur deshalb, weil in Petrograd in die Regierung irgend welche neuen Personen eingetreten waren, die sich Sozialisten-Revolutionäre oder Menschewiki nannten. Miljukow löste den Beamten Pokrowski ab, Tereschtschenko löste Miljukow ab; das bedeutete, dass an Stelle der bureaukratischen Treulosigkeit zuerst der kriegerische, kadettische Imperialismus und dann später die verschwommene Prinzipienlosigkeit und politische Dienstfertigkeit getreten war, — aber eine objektive Veränderung ergab sich daraus nicht, und ein tatsächlicher Ausweg aus dem schrecklichen Ringen des Krieges wurde nicht gezeigt. Und gerade hier liegt der Urgrund der weitern Zersetzung der Armee. Die Agitatoren erklärten den Soldaten, dass die zaristische Regierung sie ohne Ziel und Sinn in die Schlächterei sandte. Allein diejenigen, die den Zaren ablösten, vermochten nicht im geringsten den Charakter des Krieges zu ändern, genau so wenig wie sie den Kampf um den Frieden anzubahnen vermochten. In den ersten Monaten kam man nicht vom Fleck. Das rief in gleichem Masse die Ungeduld in der Armee, sowie bei den allierten Regierungen hervor. Die Folge war dann die Offensive des 18. Juni. Die Allierten verlangten die Offensive, indem sie alte zaristische Wechsel zur Eintreibung vorlegten. Die Führer des Kleinbürgertums, eingeschüchtert durch ihre eigene Ohnmacht und die wachsende Ungeduld der Massen, nahmen diese Forderung auf. Es begann ihnen tatsächlich einzuleuchten, dass zum Friedensschluss es nur noch eines Anstosses von Seiten der russischen Armee bedürfte. Die Offensive erschien ihnen als Ausweg aus der Sackgasse, als Lösung der Frage, als Rettung. Man kann sich eine ungeheuerlichere und verbrecherischere Verirrung kaum vorstellen. Zu jener Zeit sprachen sie von der Offensive genau so wie die Sozialpatrioten aller Länder in den ersten Kriegstagen und -Wochen von der Notwendigkeit der Vaterlandsverteidigung, von dem Burgfrieden,

von der „Union sacrée“ usw. usw. sprachen. All ihre Zimmerwaldische, internationalistische Begeisterung war wie weggewischt. Uns, die wir uns in unversöhnlicher Opposition befanden, war klar, dass die Offensive eine schreckliche Gefahr, ja selbst den Untergang der Revolution bedeuten könnte. Wir warnten davor, dass man eine Armee, die gerade erwachte und durch das Rollen der Ereignisse, deren sie sich noch lange nicht bewusst wurde, wankend geworden war, nicht in die Schlacht schicken durfte, ohne ihr neue Ideen beizubringen, die sie als ihre eigenen anerkennen musste. Wir warnten, bewiesen, drohten. Aber da es für die herrschenden Parteien, die ihrerseits durch die eigene und die alliierten Bourgeoisien gebunden waren, keinen andern Ausweg gab, so standen sie natürlich uns nur feindlich und mit erbittertem Hass gegenüber.

Die Kampagne gegen die Bolschewiki

Der künftige Geschichtsschreiber wird nicht ohne Erregung die russischen Zeitungen vom Mai und Juni, der Zeit der ideellen Vorbereitung der Offensive, durchblättern. Fast ohne Ausnahme waren alle Artikel in den offiziösen und Regierungsblättern gegen die Bolschewiki gerichtet. Es gab keine Beschuldigung, keine Verleumdung, die in dieser Zeit nicht gegen uns mobil gemacht worden wäre. Die Hauptrolle in dieser Kampagne spielte selbstverständlich die kadettische Bourgeoisie. Ihr Klasseninstinkt sagte ihr, dass es sich nicht nur um die Offensive handelte, sondern um die ganze Weiterentwicklung der Revolution und vor allem um das Schicksal der Staatsgewalt. Der bürgerliche Apparat der „öffentlichen Meinung“ entfaltete sich hier in seiner ganzen Kraft. Alle Organe, Behörden, Publikationen, Tribünen und Katheder wurden in den Dienst des einen gemeinsamen Zieles gestellt: Die Bolschewiki als politische Partei unmöglich zu

machen. Die konzentrierte Spannung und die ganze Dramatik der Presskampagne gegen die Bolschewiki verrieten schon vorzeitig den Bürgerkrieg, der sich in der folgenden Revolutionsepoche entwickeln sollte. Die Aufgabe der Hetze und der Verleumdung war aber, eine gänzliche Entfremdung und Feindseligkeit, eine dichte Mauer zwischen den werktätigen Massen einerseits und der „gebildeten Gesellschaft" andererseits zu schaffen. Das liberale Bürgertum begriff, dass es ihm nicht gelingen würde, ohne Vermittlung und Hilfe der kleinbürgerlichen Demokratie die Massen zu zähmen, die, wie wir schon oben sahen, die Leitung der revolutionären Organisationen vorübergehend inne hatte. Die politische Hetzjagd auf die Bolschewiki stellte sich deshalb zur unmittelbaren Aufgabe die unversöhnliche Feindschaft zwischen unserer Partei und den weiten Schichten der „sozialistischen Intelligenz", da die letztere, losgetrennt vom Proletariat, dem Frohndienst bei der liberalen Bourgeoisie verfallen musste.

Während des ersten Allrussischen Kongresses der Sowjets schlug der erste erschreckende Donner ein, der die künftigen furchtbaren Geschehnisse ahnen liess. Für den 10. Juni hatte die Partei eine bewaffnete Demonstration in Petrograd beschlossen. Diese sollte unmittelbar auf den Allrussischen Kongress der Sowjets einwirken: „Ergreift die Macht", wollten die Petrograder Arbeiter den aus dem ganzen Lande versammelten Sozialisten-Revolutionären und Menschewiki zurufen: „Brecht mit der Bourgeoisie, verwerft die Koalitionsidee und ergreift die Macht". Uns war klar, dass ein Bruch der Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiki mit der liberalen Bourgeoisie sie gezwungen hätte, eine Stütze in den entschlossensten vorderen Reihen des Proletariats zu suchen; sie hätten sich somit auf Kosten der letzteren eine führende Stellung gesichert. Aber gerade davor schraken die kleinbürgerlichen Führer zurück. Als sie von der geplanten Demonstration erfuhren, eröffneten sie, gemeinsam mit der Regierung, in der sie ihre Vertreter hatten, und Hand in Hand

mit der liberalen und gegenrevolutionären Bourgeoisie einen wahrhaft wahnwitzigen Feldzug gegen die Demonstration. Alles wurde auf die Beine gebracht. Wir waren damals auf dem Kongress in unbedeutender Minderheit, und so traten wir den Rückzug an. Die Demonstration fand nicht statt. Doch diese nicht ausgeführte Demonstration hinterliess die tiefsten Spuren im Bewusstsein der beiden Parteien; sie vertiefte die Gegensätze und verschärfte die Feindseligkeit. In einer geschlossenen Sitzung des Kongresspräsidiums, an der die Fraktionsvertreter teilnahmen, sprach Zeretelli, damaliger Minister in der Koalitionsregierung, mit aller Entschlossenheit des beschränkten kleinbürgerlichen Doktrinärs davon, dass die einzige Gefahr, die der Revolution drohe, die Bolschewiki und das von ihnen bewaffnete Petrograder Proletariat seien. Hieraus zog er die Schlussfolgerung, dass es notwendig sei, Leute, die „nicht mit Waffen umzugehen verstehen", zu entwaffnen. Das bezog sich auf die Arbeiter und auf diejenigen Teile der Petrograder Garnison, die unserer Partei folgten. Allein die Entwaffnung kam nicht zustande, da für eine solch scharfe Massnahme weder die politischen noch die psychologischen Vorbedingungen in genügendem Masse ausgereift waren.

Um den Massen für die nicht vollzogene, aufgelöste Demonstration eine Genugtuung zu gewähren, setzte der Sowjet-Kongress eine allgemeine, waffenlose Demonstration auf den 18. Juni an. Aber gerade dieser Tag wurde zum Tag des politischen Triumphes unserer Partei. Die Massen traten in mächtigen Kolonnen auf die Strassen und trotzdem sie, im Gegensatz zu unserer nicht ausgeführten Demonstration vom 10. Juni, von einer offiziellen Sowjetsbehörde auf die Strasse gerufen worden waren, hatten die Arbeiter auf ihre Fahnen und Standarten die Losungen unserer Partei geschrieben: „Nieder mit den Geheimverträgen!" „Nieder mit der Offensive-Politik!" „Es lebe der ehrliche Friede!" „Nieder mit den zehn Kapitalisten-Ministern." „Die ganze Regierungsgewalt den Sowjets!" Es gab nur drei Plakate, die dem Koa-

litionsministerium ihr Vertrauen ausdrückten: Das eine vom Kosakenregiment, ein zweites von der Gruppe Plechanows und das dritte von der Petrograder Organisation des jüdischen „Bund“, der hauptsächlich aus unproletarischen Elementen besteht. Die Demonstration zeigte nicht nur unsern Feinden, sondern auch uns selbst, dass wir in Petrograd viel stärker waren, als wir es vorausgesetzt hatten.

Die Offensive vom 18. Juni.

Die Regierungskrisis schien infolge der Demonstration dieser Revolutionsmassen ganz unvermeidlich. Doch die Nachricht von der Front, dass die Revolutionsarmee die Offensive ergriffen hätte, verwischte den Eindruck, den die Demonstration hinterliess. Am selben Tage, an dem das Proletariat und die Garnison Petrograds die Veröffentlichung der Geheimdokumente und ein offenes Friedensangebot forderte, stürzte Kerenski die Revolutionsarmee in die Offensive. Das war natürlich kein zulälliges Zusammentreffen der Ereignisse. Die politischen Kulissenschieber hatten schon alles im Voraus vorbereitet, und der Zeitpunkt der Offensive war nicht aus militärischen, sondern aus politischen Motiven festgesetzt worden. Am 19. Juni zog die sogenannte patriotische Manifestation durch die Strassen von Petrograd. Der Newski-Prospekt — die Hauptverkehrsader des Bürgertums — war überfüllt von aufgeregten Gruppen, unter denen Offiziere, Journalisten und elegante Damen eine heisse Agitation gegen die Bolschewiki führten. Die ersten Berichte über die Offensive lauteten günstig. Die führende liberale Presse hielt darauf, dass die Hauptsache vollbracht sei, dass der Angriff vom 18. Juni, trotz seiner weitern militärischen Folgen für die Entwicklung der Revolution ein tötlicher Schlag sei, da er die alte Disziplin in der Armee wiederherstellen und die Kommandostellen im Staate dem liberalen Bürgertum sichern

würde. Wir sagten etwas anderes voraus. In einer besondern Deklaration, die wir einige Tage vor der Juni-Offensive auf dem Ersten Sowjetkongress bekannt gaben, erklärten wir, dass diese Offensive den innern Zusammenhang in der Armee zerstören, ihre verschiedenen Teile einander gegenüberstellen und eine grosse Uebermacht in die Hände der Gegenrevolutionäre liefern würde, da die Aufrechterhaltung der Disziplin in einer zerrütteten, moralisch nicht erneuerten Armee ohne strenge Repressalien nicht abgehen würde. Mit andern Worten, wir sagten in dieser Deklaration diejenigen Konsequenzen voraus, die nachher unter dem gemeinsamen Namen der Kornilowaffaire ihren Ausdruck fanden. Wir nahmen an, dass der Revolution in beiden Fällen die grösste Gefahr drohte: sowohl beim Gelingen der Offensive — woran wir nicht glaubten — sowie einem Misslingen, das uns fast unvermeidlich erschien. Das Gelingen der Offensive sollte das Kleinbürgertum in der Einheitlichkeit der chauvinistischen Stimmung mit der Bourgeoisie verbinden und das revolutionäre Proletariat auf diese Art und Weise isolieren. Das Misslingen der Offensive drohte der Armee mit einem gänzlichen Zerfall, mit chaotischem Rückzug, dem Verlust neuer Provinzen und der Enttäuschung und Verzweiflung der Massen. Die Geschehnisse schlugen den zweiten Weg ein. Die Siegesnachrichten währten nicht lange. Sie wurden von trüben Mitteilungen abgelöst über die Weigerung vieler Truppenteile, die Angreifer zu unterstützen, über den Untergang der Offiziere, aus denen allein die Angriffseinheiten zuweilen zusammengesetzt waren, usw.[1]

---

[1] In Anbetracht seiner grossen geschichtlichen Bedeutung führen wir n dieser Stelle im Auszug ein Dokument an, das von unserer Partei uf dem Allrussischen Kongress der Sowjets am 3. Juni 1917, d. h. zwei Vochen vor der Offensive, bekannt gemacht wurde: „Wir halten es r die Kongressarbeiten für notwendig, an erster Stelle die Frage aufwerfen, von der nicht nur die weitern Schicksale aller Massnahmen des ongresses, sondern — und im wahren Sinne des Wortes — das chicksal der ganzen russischen Revolution abhängt: die Frage nach r Offensive, die für die nächste Zukunft vorbereitet wird.

Die Kriegsereignisse spielten sich auf einer Basis immer wachsender Schwierigkeiten im innern Leben des Landes ab. Auf dem Gebiete der Agrarfrage, der Industrie, der nationalen Beziehungen machte die Koalitionsregierung keinen entscheidenden Schritt vorwärts. Die Lebensmittelversorgung und der Verkehr wurden immer mehr zerrüttet. Die lokalen Zusammenstösse wurden häufiger. Die „sozialistischen" Minister rieten den Massen abzuwarten. Alle Beschlüsse und Massnahmen, darunter die konstituierende Versammlung, wurden hinausgeschoben. Die Unentschlossenheit und die Unsicherheit des Regimes waren augenscheinlich. Es gab zwei mögliche Auswege: entweder musste das Bürgertum der Macht enthoben und die Revolution vorwärts gestossen werden, oder man ging mit Hilfe strenger Repressalien zur „Bändigung" der Volksmassen über. Kerenski und Zeretelli schlugen den Mittelweg ein und verwirrten die Sachlage noch mehr . . . Als die Kadetten, die gescheitesten und weitblickendsten

---

Indem die gegenrevolutionären Kreise Ruslands das Volk und die Armee — die nicht wissen, im Namen welcher internationalen Ziele sie berufen werden, ihr Blut zu vergiessen — vor die Tatsache der Offensive mit allen ihren Folgen stellen, erwarten sie auch, dass die Offensive eine Konzentrierung der Macht in den Händen der militär-diplomatischen Gruppen herbeiführen würde, jener Gruppen, die mit dem englischen, französischen und amerikanischen Imperialismus verbündet sind, und sie von der Notwendigkeit befreien würde, künftig mit dem organisierten Willen der russischen Demokratie rechnen zu müssen.

Die heimlichen gegenrevolutionären Initiatoren der Offensive, die vor keinem „Kriegsabenteuer" zurückschrecken, versuchen bewusst, die, durch die innerpolitische und internationale Lage des Landes hervorgerufene Zerrüttung der Armee auszuspielen, und zu diesem Zwecke flössen sie den verzweifelten Elementen der Demokratie den grundsätzlich falschen Gedanken ein, dass die blosse Tatsache der Offensive die „Wiedergeburt" der Armee ermöglichen und dass auf diese mechanische Weise der Mangel an einem bestimmten wirksamen Programm der Kriegsliquidation ersetzt werden könnte. Dabei ist es klar, dass eine solche Offensive die Armee, in der die einen Truppenteile den andern gegenüberstehen, nur endgültig desorganisieren muss."

Vertreter der Koalition, einsahen, dass die misslungene Juni-Offensive nicht nur die Revolution, sondern auch die herrschenden Parteien schwer treffen könnte, beeilten sie sich, bei Zeiten abzutreten und die ganze Last der Verantwortung auf die Schultern ihrer Bundesgenossen von links abzuwälzen.

Am 2. Juli fand die Ministerkrisis statt, deren formale Ursache die ukrainische Frage war. Das war ein Moment höchster politischer Spannung in jeder Beziehung. Von den verschiedensten Teilen der Front erschienen Delegationen und einzelne Vertreter und erzählten von dem Chaos, das als Folge der Offensive in der Armee herrschte. Die sogenannte Regierungspresse forderte harte Repressalien. Aehnliche Stimmen erschallten immer häufiger aus den Spalten der sogenannten sozialistischen Presse. Kerenski ging immer mehr und mehr, oder richtiger gesagt immer offener auf die Seite der Kadetten und der Kadetten-Generäle über und offenbarte demonstrativ nicht nur seinen ganzen Hass gegen die Bolschewiki, sondern auch seinen Widerwillen gegen die revolutionären Parteien überhaupt. Die Botschaften der Entente übten auf die Regierung eine Pression aus und forderten Wiederherstellung der Disziplin und Fortsetzung der Offensive. In den Regierungskreisen herrschte die grösste Kopflosigkeit. In den Arbeitermassen häufte sich eine Empörung an, die voller Ungeduld nach aussen drängte. „Benutzt doch den Austritt der Kadettenminister, um die ganze Macht in eure Hände zu nehmen!“ — mit dieser Aufforderung wandten sich die Arbeiter von Petrograd an die führenden Sowjet-Parteien der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki. Ich erinnere mich an die Sitzung des Exekutivkomitees vom 2. Juli. Die sozialistischen Minister waren erschienen, um über die neue Regierungskrisis Bericht zu erstatten. Mit gespannter Aufmerksamkeit warteten wir, welche Position sie nun einnehmen würden, nachdem sie infolge der schweren Prüfung, die ihnen die Koalitionspolitik aufgelegt hatte, so ruhmlos abgefallen waren. Der Berichterstatter war Zeretelli. Er setzte

ausführlich dem Exekutivkomitee auseinander, dass diejenigen Zugeständnisse, die er zusammen mit Terestschenko an die Kiewer Rada gemacht hatte, noch keineswegs eine Aufteilung Russlands bedeuteten und daher den Kadetten keinen genügenden Anlass zum Austritt aus dem Ministerium boten. Zeretelli warf den Kadettenführern zentralistischen Doktrinarismus, Unverständnis für die Notwendigkeit eines Kompromisses mit der Ukraina usw. usw. vor. Der gewonnene Eindruck war armselig bis zum Aeussersten. Der hoffnungslose Doktrinär der Koalition warf Doktrinarismus den nüchternen Kapitalpolitikern vor, die den ersten besten Anlass dazu benutzten, um ihre politischen Commis die Rechnung begleichen zu lassen für jenen entscheidenden Umschwung, als den sie die Entwicklung der Ereignisse infolge der Offensive vom 18. Juni betrachteten. Nach allen vorhergegangenen Erfahrungen der Koalition hatte es den Anschein, als ob nur ein einziger Ausweg möglich wäre: Ein Bruch mit den Kadetten und Schaffung einer Sowjet-Regierung. Das Kräfteverhältnis innerhalb der Sowjets war damals derart, dass die Sowjet-Regierung in Parteihinsicht sich unmittelbar in den Händen der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki befunden hätte. Wir gingen dem bewusst entgegen. Dank der Möglichkeit ständiger Neuwahlen sicherte der Sowjet-Mechanismus eine ziemlich genaue Wiedergabe der nach links abschwenkenden Stimmungen der Arbeiter- und Soldatenmassen; nach einem Bruch der Koalition mit der Bourgeoisie mussten also, unserer Voraussicht nach, in der Zusammensetzung der Sowjets die radikalen Tendenzen ein Uebergewicht bekommen. Unter diesen Umständen hätte der Kampf des Proletariats um die Macht natürlicherweise in das Fahrwasser der Sowjet-Organisation gemündet und würde sich schmerzlos weiter entfaltet haben. Nach einem Bruch mit der Bourgeoisie wäre die kleinbürgerliche Demokratie selbst unter die Schläge der Bourgeoisie geraten und hätte einen innigeren Anschluss an das sozialistische Proletariat suchen müssen, sodass ihre Unentschlos-

senheit und politische Gestaltlosigkeit früher oder später unter der Wucht unserer Kritik von den werktätigen Massen überwunden worden wäre. Aus diesem Grunde allein forderten wir von den leitenden Sowjet-Parteien — zu denen wir, ohne einen Hehl daraus zu machen, gar kein politisches Vertrauen hegten, — sie möchten die Regierungsgewalt in ihre Hände nehmen.

Aber auch nach der Ministerkrisis vom 2. Juli verzichteten Zeretelli und seine Gesinnungsgenossen auf die „Idee“ der Koalition nicht. Sie erläuterten im Exekutivkomitee, die führenden Kadetten wären freilich von Doktrinarismus und selbst von gegenrevolutionären Tendenzen zerfressen, in der Provinz gäbe es aber viele bürgerliche Elemente, die noch im Stande wären, im gleichen Schritt und Tritt mit der revolutionären Demokratie zu marschieren, und zur Sicherung ihrer Mitarbeiterschaft wäre es notwendig, die Vertreter der Bourgeoisie an das neue Ministerium heranzuziehen. Die Nachricht, die Koalition wäre zerfallen, nur um einer neuen Koalition Platz zu machen — diese Nachricht verbreitete sich schnell in Petrograd und rief in den Arbeiter- und Soldatenvierteln einen Sturm der Entrüstung hervor. So wuchsen die Ereignisse vom 3./5. Juli heran.

Die Julitage

Noch während der Sitzung des Exekutivkomitees wurden wir telephonisch benachrichtigt, dass das Maschinengewehr-Regiment zum Angriff bereit gemacht würde. Wir ergriffen auch sofort telephonisch Massnahmen, um das Regiment aufzuhalten, aber in den untern Schichten ging eine rege Tätigkeit vor sich: Von der Front trafen Vertreter der wegen Ungehorsamkeit aufgelösten Kontingente ein, brachten beunruhigende Nachrichten über Repressalien mit und hetzten die Garnison auf. Unter den Petrograder Arbeitern war

die Unzufriedenheit mit den offiziellen Führern umso schärfer, da Zeretelli, Dan und Tschcheidse die öffentliche Meinung des Proletariats irre führten und bemüht waren, dem Petrograder Sowjet keine Möglichkeit zu geben, das Ausdrucksmittel der neuen Stimmung der arbeitenden Massen zu werden. Das Allrussische Exekutivkomitee, das auf dem Julikongress geschaffen wurde und sich auf die rückständigere Provinz stützte, drängte immer mehr und mehr den Petrograder Sowjet in den Hintergrund und riss selbst die Leitung der rein Petrograder Angelegenheiten an sich. Ein Zusammenstoss war unvermeidlich. Die Arbeiter und Soldaten drängten von unten herauf, drückten stürmisch ihre Unzufriedenheit mit der offiziellen Sowjetpolitik aus und forderten von unserer Partei entschiedenere Aktionen. Wir meinten, die Stunde für solche Aktionen wäre in Anbetracht der Zurückgebliebenheit der Provinz noch nicht gekommen. Aber zu gleicher Zeit befürchteten wir, dass die Ereignisse an der Front in den Reihen der Revolution ein ungeheures Chaos schaffen und den Seelen der Arbeitermassen Verzweiflung einflössen könnten. Innerhalb unserer Partei war das Verhältnis zu der Bewegung vom 3.—5. Juni vollkommen bestimmt. Einerseits war die Befürchtung da, Petrograd könnte sich von der zurückgebliebenen Provinz ablösen, anderseits aber bestand die Hoffnung, dass nur eine energische und aktive Einmischung von Petrograd aus die Situation retten könnte. Die Partei-Agitatoren in den untern Schichten marschierten mit der Masse und betrieben eine unversöhnliche Agitation.

Gewissermassen bestand auch noch die Hoffnung, dass das Hinaustreten der revolutionären Massen auf die Strasse den stumpfen Doktrinarismus der Vermittler ausrotten müsste und sie zwingen würde zu begreifen, dass sie nur durch einen offenen Bruch mit der Bourgeoisie die Regierung weiter beibehalten könnten. Trotz alledem, was in den darauffolgenden Tagen in der bürgerlichen Presse geredet und geschrieben wurde, bestand keineswegs in unserer Partei der

Plan, sich auf dem Wege eines bewaffneten Widerstandes der Gewalt zu bemächtigen. Es handelte sich um eine revolutionäre Demonstration, die spontan entstand, aber politisch von uns geleitet wurde.

Das Central-Exekutiv-Komitee tagte im Taurischen Palais, als das Palais von den stürmischen Wellen bewaffneter Arbeiter und Soldaten umschlossen wurde. Unter den Demonstranten befanden sich natürlich in verschwindender Minorität auch anarchistische Elemente, die bereit waren, gegen das Sowjetzentrum Waffen zu gebrauchen. Es waren auch Elemente dabei, die auf Pogroms hinausgingen, Schwarze Hunderte und offensichtlich bezahlte Personen, die die Situation auszunutzen suchten, um chaotische Krawalle zu erzeugen. Aus der Mitte dieser Elemente kam die Forderung, Tschernow und Zeretelli zu verhaften, das Exekutivkomitee auseinanderzujagen usw. Es wurde sogar der Versuch gemacht, Tschernow zu verhaften. Später erkannte ich im Gefängnis von Kresty einen der Matrosen wieder, die an diesem Verhaftungsversuch teilgenommen hatten: es stellte sich heraus, dass er ein Kriminalverbrecher war, der in Kresty wegen eines Raubdeliktes sass. Aber die bürgerliche und vermittelnde Presse stellte die ganze Bewegung als einen pogromistischen konterrevolutionären und zugleich bolschewistischen Feldzug dar, der sich zur unmittelbaren Aufgabe stellte, auf dem Wege einer bewaffneten Vergewaltigung der Zentralexekutive die Regierung an sich zu reissen.

Die Bewegung vom 3. bis 5. Juli zeigte schon völlig deutlich, dass rings um die regierenden Sowjetparteien Petrograds eine Leere herrschte. Noch lange nicht die ganze Garnison war damals für uns. Es waren schwankende Kontingente da, unentschlossene, passive. Aber abgesehen von den Fähnrichen gab es beinahe keine Truppenteile, die bereit gewesen wären, zum Schutze der Regierung oder der leitenden Sowjetparteien gegen uns zu kämpfen. Es mussten also Truppen von der Front herbeizitiert werden. Die ganze Strategie von Zeretelli,

Tschernow und andern lief am 3. Juli darauf hinaus, Zeit zu gewinnen und Kerenski die Möglichkeit zu geben, an Petrograd „sichere“ Truppen heranzuziehen. In den Saal des Taurischen Palastes, der von einer dichten Menge bewaffneten Volkes umgeben war, trat eine Deputation nach der andern und forderte: einen völligen Bruch mit der Bourgeoisie, durchgreifende soziale Reformen und die Eröffnung von Friedensverhandlungen. Wir, Bolschewiki, empfingen jede neue Militärabteilung auf der Strasse oder im Hof mit Reden, in denen wir zur Ruhe aufforderten und die Gewissheit ausdrückten, dass bei der vorhandenen Stimmung der Massen es den Vermittlern nicht gelingen würde, eine neue Koalitionsregierung zustande zu bringen. Am entschlossensten waren die Kronstadter: nur mit Mühe gelang es uns, sie in den Schranken der Demonstration zurückzuhalten. Am 4. Juli gewann die Demonstration eine noch grössere Ausdehnung — schon unter direkter Leitung unserer Partei. Die Sowjet-Führer waren kopflos, ihre Reden machten einen ausweichenden Eindruck; die Antworten, die Ulysses-Tschcheidse den Deputationen gab, waren jedes politischen Inhalts bar. Es war klar, dass die offiziellen Führer abwarteten.

In der Nacht vom 4. trafen die ersten „sicheren“ Truppen von der Front ein. Während der Sitzung des Exekutivkomitees ertönte im Gebäude des Taurischen Palastes die Blechmusik der „Marseillaise“. Die Gesichter der Präsidiummitglieder veränderten sich im Nu. Die Sicherheit, die im Laufe der letzten Tage ihnen so sehr gefehlt hatte, war wieder da. In das Taurische Palais zog das Wolynien-Regiment ein, dasjenige Regiment, das einige Monate später unter unseren Fahnen in der Avantgarde der Oktoberrevolution marschierte. Mit diesem Augenblick war alles verändert. Man brauchte sich keinen Zwang mehr anzulegen mit den Delegationen der Petrograder Arbeiter und Soldaten oder mit den Vertretern der Ostseeflotte. Von der Tribüne des Exekutivkomitees herab ertönten Reden über die bewaffnete Meuterei, die nun

durch die revolutionstreuen Truppen „unterdrückt“ sei. Die Bolschewiki wurden als contrerevolutionäre Partei erklärt.

Die Angst, die die liberale Bourgeoisie während der zwei letzten Tage der bewaffneten Demonstration ausgestanden hatte, machte sich nun in einem glühenden Hasse Luft: nicht nur in den Spalten der Zeitungen, sondern auch in den Strassen von Petrograd und ganz besonders auf dem Newski Prospekt, wo die einzelnen Arbeiter und Soldaten, die man bei der „verbrecherischen Agitation“ ertappte, unbarmherzig geprügelt wurden. Fähnriche, Offiziere, Stosstruppen, Georgsordenträger blieben die Herren der Situation. An ihre Spitze stellten sich ausgesprochene Gegenrevolutionäre. In der Stadt ging die unbarmherzige Zerschmetterung der Arbeiterorganisationen und der Institutionen unserer Partei vor sich. Es begannen Verhaftungen, Haussuchungen, Prügeleien und einzelne Morde. Am 4., in der Nacht, übergab der damalige Justizminister Perewersew die „Dokumente“ zum Druck, die beweisen sollten, dass an der Spitze der Bolschewikipartei bezahlte deutsche Agenten stünden. Die Führer der Partei der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki kannten uns nur allzu lange und allzu gut, um an diese Anschuldigungen zu glauben; aber sie waren ja nur zu sehr am Erfolg dieser Anschuldigungen interessiert, um sie offen anzufechten. Unsereiner kann auch jetzt noch kaum ohne Ekel an jene Lügen-Bacchanalien zurückdenken, die sich über die Seiten aller bürgerlichen und vermittelnden Zeitungen ergossen. Unsere Presse war erdrückt. Das revolutionäre Petrograd bekam zu fühlen, dass die Provinz und die Armee noch lange nicht auf seiner Seite waren. In den Arbeitervierteln trat ein kurzer Augenblick der Verwirrung ein. In der Garnison begannen die Repressivmassregeln gegen die aufgelösten Regimenter und die Entwaffnung einzelner Kontingente fing an. Unterdessen fabrizierten die Sowjetführer ein neues Ministerium und schlossen darin Vertreter drittklassiger bürgerlicher Gruppen ein, die ohne der Regierung etwas bieten zu können,

sie jedoch des letzten Tropfens revolutionärer Initiative beraubten.

An der Front nahmen inzwischen die Ereignisse ihren Fortlauf. Der Organismus der Armee war bis ins tiefste Innere zerrüttet. Die Soldaten überzeugten sich in der Tat, dass der grösste Teil der Offiziere, die am Anfang der Revolution zum Selbstschutz die rote Farbe angelegt hatten, dem neuen Regime gegenüber sich nur feindlich verhielten. Im Hauptquartier wurde offen eine Auswahl konterrevolutionärer Elemente getroffen. Die bolschewistischen Publikationen wurden unbarmherzig verfolgt. Die Offensive wurde bald von einem tragischen Rückzug abgelöst. Die bürgerliche Presse erging sich in wilden Verleumdungen gegen die Armee, und wenn am Vorabend der Offensive die regierenden Parteien uns erklärten, wir seien ein verschwindend kleines Häufchen und die Armee wüsste nichts von uns und wollte nichts von uns wissen, so schoben jetzt, da das Abenteuer der Offensive ein so tragisches Ende genommen hatte, dieselben Personen und Parteien die ganze Verantwortung für das Misslingen der Offensive auf uns. Die Gefängnisse waren von revolutionären Arbeitern und Soldaten überfüllt. Zur gerichtlichen Untersuchung der Vorfälle am 3.—5. Juli wurden die alten Gerichtsmarder des Zarismus herangezogen. Und unter diesen Bedingungen wagten es die Sozialisten-Revolutionäre und Menschewiki von Lenin, Sinowjew und andern Genossen zu verlangen, sie möchten sich freiwillig in die Hände der „Justiz“ geben.

Nach den Julitagen

Die Verwirrung in dem Arbeiterviertel verging schnell und machte einer revolutionären Flut nicht allein inmitten des Proletariats, aber auch unter der Petrograder Garnison Platz. Die Vermittler verloren jeden Einfluss, die Welle des

Bolschiwismus begann sich aus den Stadtzentren über das ganze Land zu verbreiten und drang über alle Hindernisse hinweg in die Armee ein. Die neue Koalitionsregierung mit Kerenski an der Spitze betrat nun offen den Weg der Repressalien. Das Ministerium führte die Todesstrafe für die Soldaten wieder ein. Unsere Zeitungen wurden unterdrückt und unsere Agitatoren verhaftet, aber das stärkte nur noch unseren Einfluss. Trotz aller Hindernisse, die den Neuwahlen des Petrograder Sowjets in den Weg gelegt wurden, hatte sich nun das Kräfteverhältnis soweit verschoben, dass in einigen wichtigen Fragen wir bereits die Majorität bekamen. Dasselbe war auch im Sowjet von Moskau der Fall.

Zu dieser Zeit sass ich schon mit vielen andern Genossen im Gefängnis von Kresty, verhaftet wegen Agitation und Organisierung des bewaffneten Aufstandes vom 3.—5. Juli im Auftrag der deutschen Regierung und zum Zwecke der Beihülfe zu den Kriegszielen der Hohenzollern. Der nicht ganz unbekannte Untersuchungsrichter des zaristischen Regimes, Alexandrow, der nicht wenige Prozesse gegen die Revolutionäre hinter sich hatte, erhielt nun den Auftrag, die Republik gegen die contre-revolutionären Bolschewiki zu schützen. Beim alten Regime wurden die Gefängnisinsassen in politische und kriminelle eingeteilt, jetzt trat eine neue Terminologie auf: Kriminalverbrecher und Bolschewiki. Die verhafteten Soldaten waren zum Teil perplex. Die jungen Burschen, die vom Lande gekommen waren und früher am politischen Treiben nicht teilgenommen hatten, — sie glaubten, die Revolution hätte nun ihnen ein und für allemal die Freiheit gebracht und nun schauten sie voller Staunen auf die verschlossenen Türen und die vergitterten Fenster. Während der Spaziergänge fragten sie mich jedes Mal erschreckt, was das alles zu bedeuten hätte und wie das enden sollte. Ich tröstete sie mit den Worten, dass der Sieg letzten Endes unser sein würde.

Der Aufstand von Kornilow

Ende August spielte sich der Aufstand des Generals Kornilow ab. Er erschien als unmittelbare Folge der Mobilmachung der contrerevolutionären Kräfte und bekam einen energischen Anstoss durch die Offensive vom 18. Juni. Auf der vielgelobten Moskauer Konferenz Mitte August versuchte Kerenski, sich in die Mitte zwischen den Zensus-Elementen und der kleinbürgerlichen Demokratie zu stellen. Die Bolschewiki betrachtete man überhaupt als ausserhalb der „Legalitität" im Lande stehend. Unter stürmischem Applaus der Zensus-Hälfte der Konferenz und dem verräterischen Schweigen der kleinbürgerlichen Demokratie drohte ihnen Kerenski mit Blut und Eisen. Aber das hysterische Geschrei und die Drohungen Kerenskis befriedigten die Rädelsführer der contre-revolutionären Sache nicht. Nur allzugut beobachteten sie die revolutionäre Flut in allen Teilen des Landes, sowohl in der Arbeiterklasse wie auf dem Lande und in der Armee; und sie hielten es für unumgänglich notwendig, unverzüglich die äussersten Massregeln zu ergreifen, um den Massen eine Lektion zu erteilen. Diese gewagte Aufgabe hatte General Kornilow auf sich genommen, im Einvernehmen mit der Zensus-Bourgeoisie, die in ihm einen Helden sah. Kerenski, Sawinkow, Filonenko und andere regierende und halbregierende Sozialisten-Revolutionäre waren die Mitverschworenen dieses Komplotts, aber in einem gewissen Stadium der Entwicklung der Ereignisse gaben sie alle Kornilow auf, denn sie begriffen, dass sie im Falle seines Sieges über Bord fliegen würden. Wir erlebten die Kornilowschen Ereignisse, während wir im Gefängnis sassen und verfolgten sie nach den Zeitungen. Dass wir offen Zeitungen erhalten durften — das war der einzige wesentliche Unterschied der Kerenskischen Gefängnisse von den Gefängnissen des alten Regimes. Das Abenteuer des Kosaken-Generals misslang. Die sechs Monate Revolution hatten im Bewusstsein der Massen und in ihrer

Organisation eine genügende Stütze gegen einen offenen gegenrevolutionären Ansturm geschaffen. Die vermittelnden Sowjet-Parteien schracken im höhsten Grade vor den eventuellen Folgen des Kornilowschen Putsches zurück, der nicht allein die Bolschewiki sondern die ganze Revolution überhaupt mit all ihren regierenden Parteien niederzufegen drohte. Die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki machten sich daran, die Bolschewiki zu legalisieren, — nicht ohne Vorbehalt, und auch nur zur Hälfte, aus Angst vor einer möglichen Gefahr in der Zukunft. Die gleichen Kronstadter Matrosen, die nach den Julitagen als Plünderer und Gegenrevolutionäre verschrien wurden, wurden im Augenblick der Kornilowschen Gefahr nach Petrograd zitiert, um die Revolution zu schützen. Sie erschienen wortlos, ohne Vorwürfe zu machen, ohne an die Vergangenheit zu erinnern, und besetzten die verantwortlichsten Posten. Ich hatte das volle Recht, Zeretelli an die Worte zu erinnern, die ich ihm im Mai zugerufen hatte, als er die Hetzjagd auf die Kronstadter Matrosen betrieb: „Wenn ein contre-revolutionärer General einmal versuchen wird, der Revolution eine Schlinge um den Hals zu werfen, dann werden die Kadetten den Strick einseifen, aber die Kronstadter Matrosen werden kommen, um mit uns zusammen zu kämpfen und zu sterben."

Die Sowjet-Organisationen zeigten überall: an der Front wie im Hinterland ihre Lebensfähigkeit und ihre Macht gerade im Kampf gegen den Kornilowschen Aufstand. Bis zu einer Schlacht ist es fast nirgends gekommen. Die revolutionäre Masse fegte den Putsch des Generals auseinander. Wie die Vermittler im Juli gegen uns in der Petrograder Garnison keine Soldaten auftreiben konnten, so fand auch jetzt Kornilow auf der ganzen Front keine Soldaten gegen die Revolution. Seine Aktion war auf Betrug gestellt, aber die Worte der Propaganda zerstörten seine Pläne mit Leichtigkeit.

Den Zeitungen zufolge hoffte ich auf eine schnellere Entwicklung der weitern Ereignisse im Sinne einer Uebernahme

der Regierungsgewalt durch die Sowjets. Es war unzweifelhaft, dass die Einflussphäre und die Kräfte der Bolschewiki gewachsen waren und einen ungeheuren Schwung bekommen hatten. Die Bolschewiki hatten vor der Koalition und vor der Offensive vom 18. Juni gewarnt, sie hatten die Kornilow-Affäre prophezeit; so konnten sich die Volksmassen aus Erfahrung überzeugen, dass wir Recht hatten. Im aufregendsten Moment des Kornilowschen Aufstandes, als die kaukasische Division sich Petrograd näherte, wurden die Arbeiter vom Petrograder Sowjet bewaffnet, während die Regierung die Ereignisse an sich herankommen liess. Die Regimenter, die man einst gegen uns aufgeboten hatte, waren in der heissen Atmosphäre Petrograds längst regeneriert und standen nun vollkommen auf unserer Seite. Die Kornilowsche Meuterei musste der Armee endgültig die Augen öffnen und ihr zeigen, dass eine weitere Politik der Verständigung mit der bürgerlichen Gegenrevolution unmöglich sei. Man konnte deshalb erwarten, dass die Unterdrückung des Kornilowschen Aufstandes lediglich den Auftakt dazu bilden werde, dass die revolutionären Kräfte unserer Partei zum unmittelbaren Ergreifen der Regierungsgewalt übergingen. Aber die Ereignisse entwickelten sich viel langsamer. Bei aller Intensität der revolutionären Stimmung waren die Massen nach der grausamen Lektion der Julitage vorsichtiger geworden; sie verzichteten auf jede eigene Initiative und erwarteten einen direkten Appell und Leitung von oben herab. Aber auch „oben“ herrschte in unserer Partei die abwartende Stimmung vor. Unter diesen Umständen konnte die Liquidierung des Kornilowschen Abenteuers trotz der tiefen Modifikation der Kräfte zu unseren Gunsten zu keinen unmittelbaren politischen Veränderungen führen.

Der Kampf innerhalb der Sowjets.

Im Petrograder Sowjet wurde zu jener Zeit die Herrschaft unserer Partei endgültig befestigt. In dramatischer Form äusserte sich das bei der Frage über die Zusammensetzung des Präsidiums.

Zu der Zeit, als die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki in den Sowjets die Oberhand hatten, waren sie bemüht, mit allen Mitteln die Bolschewiki zu isolieren. Sie liessen in das Petrograder Präsidium nicht einen einzigen Bolschewik herein, selbst dann nicht, als unsere Partei mindestens einen Drittel des ganzen Sowjets bildete. Nachdem der Petrograder Sowjet mittelst einer labilen Majorität die Resolution der Uebergabe der ganzen Regierungsgewalt in die Hände der Sowjets angenommen hatte, stellte unsere Fraktion die Forderung auf, es möge ein Koalitionspräsidium auf proportionaler Grundlage gebildet werden. Das alte Präsidium, das unter anderem Tschcheidse, Zeretelli, Kerenski, Skobelew und Tschernow aufwies, wollte nichts davon wissen. Es ist nicht überflüssig, jetzt daran zu erinnern, jetzt, da die Träger der von der Revolution geschlagenen Parteien von der Notwendigkeit einer einzigen Front der Demokratie reden und uns Exklusivität vorwerfen. Damals wurde eine spezielle Versammlung des Petrograder Sowjets einberufen, die über die Frage der Zusammensetzung des Präsidiums entscheiden sollte. Von beiden Seiten wurden sämtliche Kräfte, wurden alle Reserven mobilisiert. Zeretelli trat mit einer Programmrede hervor, in der er bewies, dass die Frage des Präsidiums eine Frage der politischen Richtung sei. Wir rechneten auf etwas weniger als die Hälfte der Stimmen und waren geneigt, einen Fortschritt darin zu sehen. In der Tat aber schlug sich bei der Namensabstimmung die Majorität von über hundert Stimmen auf unsere Seite. „Im Lauf von sechs Monaten“, sprach Zeretelli, „standen wir an der Spitze des Petrograder Sowjets und führten ihn von Sieg zu Sieg;

wir wünschen euch, ihr möget mindestens halb so lang auf den Posten verbleiben, die ihr jetzt einnehmen sollt". Im Moskauer Sowjet fand eine ebensolche Verschiebung der führenden Parteien statt.

In der Provinz gingen die Sowjets einer nach dem andern in das Lager der Bolschewiki über. Der Termin für die Zusammenkunft des zweiten Allrussischen Kongresses der Sowjets rückte näher. Aber die leitende Gruppe des Zentral-Exekutivkomitees war mit allen Kräften bemüht, den Kongress für unbestimmte Zeit zu verschieben, um ihn auf diese Art ganz zu unterdrücken. Es war offensichtlich, dass ein neuer Kongress der Sowjets die Majorität unserer Partei ergeben, dementsprechend die Zusammensetzung der Zentralexekutive erneuern und den Vermittlern ihre wichtigsten Positionen nehmen würde. Der Kampf um das Zusammentreten des Allrussischen Kongresses bekam dadurch für uns eine hochwichtige Bedeutung.

Im Gegensatz dazu schoben die Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre die Idee des „Demokratischen Kongresses" in den Vordergrund. Sie brauchten dieses Unternehmen genau so im Kampf gegen uns wie gegen Kerenski.

Das Haupt des Ministeriums nahm zu dieser Zeit eine völlig unabhängige und unverantwortliche Stellung ein. Es war mit Hilfe des Petrograder Sowjets in der ersten Periode der Revolution zur Macht gelangt. Kerenski war ohne den vorherigen Beschluss der Sowjets in das Ministerium eingetreten, aber sein Eintritt wurde nachträglich genehmigt. Nach der ersten Konferenz der Sowjets zeichneten die sozialistischen Minister allein verantwortlich vor dem Zentral-Exekutivkomitee. Ihre Verbündeten, die Kadetten, waren dagegen nur vor ihrer Partei verantwortlich. Um der Bourgeoisie entgegen zu kommen, hatte das Zentral-Exekutivkomitee nach den Julitagen die sozialistischen Minister von der Verantwortung vor den Sowjets befreit — angeblich im Namen der Etablierung einer revolutionären Diktatur. Es ist nicht ganz unnütz, auch *daran*

jetzt zu erinnern, da dieselben Personen, die die Diktatur eines Kreises aufrichteten, jetzt mit Anschuldigungen und Verwünschungen gegen die Diktatur einer Klasse hervortreten. Die Moskauer Konferenz, auf der die geschickt verteilten demokratischen und Zensus-Elemente sich gegenseitig die Wagschale hielten, hatte sich zur Aufgabe gestellt, Kerenskis Gewalt über den Klassen und Parteien zu bestätigen. Dieses Ziel wurde nur scheinbar erreicht. In Wirklichkeit hatte die Moskauer Konferenz die völlige Machtlosigkeit Kerenskis enthüllt, denn er war den Zensus-Elementen sowohl wie der kleinbürgerlichen Demokratie fast gleich fremd. Da aber die Liberalen und die Konservativen seinen Ausfällen gegen die Demokratie Beifall klatschten und die Vermittler ihm, wenn er behutsam die Gegenrevolutionäre tadelte, Ovationen bereiteten, so gewann er den Eindruck, als ob er sich auf die einen sowohl wie die andern stützte und eine uneingeschränkte Gewalt besässe. Den Arbeitern und den revolutionären Soldaten drohte er mit Blut und Eisen. Seine Politik der Hinter-den-Kulissen-Abmachungen mit Kornilow ging noch weiter, und schliesslich kompromittierten ihn diese Abmachungen selbst in den Augen der Vermittler: Zeretelli begann in ausweichend diplomatischen Ausdrücken, die so sehr für ihn charakteristisch sind, über „persönliche“ Momente in der Politik zu sprechen und über die Notwendigkeit, diese persönlichen Momente einzuschränken. Diese Aufgabe sollte die Demokratische Konferenz übernehmen, die nach willkürlicher Norm aus Vertretern der Sowjets, der Stadträte, der Semstwos, der Gewerkschaften und der Genossenschaften zusammengesetzt werden sollte. Die Hauptaufgabe bestand jedoch darin, dass die konservative Zusammensetzung der Konferenz genügend garantiert würde, die Sowjets ein für alle Mal in der formlosen Masse der Demokratie aufgelöst würden und dass man sich auf dieser neuen Organisationsbasis gegen die bolschewistische Flut sicherte.

Es mag an dieser Stelle in wenigen Worten der Unter-

schied zwischen der politischen Rolle der Sowjets und derjenigen der demokratischen Selbstverwaltungsorgane charakterisiert werden. Die Philister wiesen uns mehrmals darauf hin, dass die neuen Stadträte und die Semstwos, die auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählt worden sind, unvergleichlich demokratischer als die Sowjets seien und, mit mehr Recht als diese, als Vertretung der Bevölkerung gelten dürften. Diesem formalen demokratischen Kriterium geht jedoch in Revolutionszeiten jeder sachliche Inhalt ab. Jede Revolution ist dadurch gekennzeichnet, dass das Bewusstsein der Massen sich schnell verändert: neue und immer wieder neue Schichten der Bevölkerung sammeln Erfahrung, überprüfen ihre Ansichten von gestern, streifen sie ab, gelangen zu neuen Ansichten, lehnen die alten Führer ab, folgen neuen Führern, gehen vorwärts . . . Die demokratischen Organisationen, die sich auf den schwerfälligen Apparat des allgemeinen Wahlrechts stützen, müssen zu Revolutionszeiten unbedingt hinter der Entwicklung des politischen Bewusstseins der Massen zurückbleiben. Ganz anders die Sowjets! Sie stützen sich unmittelbar auf organische Gruppierungen, wie die Fabrik, die Werkstatt, die Dorfgemeinde, das Regiment und andere. Hier fehlen natürlich jene juristischen Garantien für die Genauigkeit der Wahl, wie sie bei der Schaffung der demokratischen Stadtrat- oder Semstwo-Institutionen vorhanden sind. Dafür aber haben wir hier unvergleichlich ernsthaftere und tiefgehendere Garantien für die direkte und unmittelbare Verbindung des Abgeordneten mit seinen Wählern. Der Delegierte des Stadtrats oder des Semstwos stützt sich auf die lockere Masse der Wähler, die ihm für ein Jahr ihre Vollmachten anvertraut und dann auseinanderfällt. Die Sowjet-Wähler bleiben dagegen für immer durch die Bedingungen ihrer Arbeit und ihrer Existenz an einander gebunden, sie haben stets ihren Delegierten vor Augen; in jedem Augenblick können sie ihn massregeln, dem Gericht übergeben, absetzen oder durch eine andere Person ersetzen. Wenn in

den vorhergehenden Monaten der Revolution die allgemeine politische Entwicklung ihren Ausdruck darin fand, dass der Einfluss der Vermittlungsparteien demjenigen der Bolschewiki weichen musste, so geht daraus klar hervor, dass dieser Entwicklungsprozess sich am deutlichsten und vollkommensten in den Sowjets abspiegeln musste, während die Stadträte und die Semstwos bei all ihrem formalen Demokratismus eher den Zustand der Volksmassen von gestern als den von heute ausdrückten. Dadurch wird namentlich erklärt, dass gerade diejenigen Parteien, die unter der revolutionären Klasse am meisten den Boden unter den Füssen verloren, einen besonders starken Hang zu den Stadträten und Semstwos hatten. Mit dieser selben Frage — aber nur in viel weiterem Massstab — werden wir später zu tun haben, wenn wir von der Konstituierenden Versammlung sprechen werden.

Die Demokratische Konferenz

Die Demokratische Konferenz, die Mitte September von Zeretelli und seinen Mitkämpfern einberufen wurde, hatte ein absolut künstliches Gepräge: es war eine Kombination aus den Sowjets und den Selbstverwaltungsorganen, in einem solchen Verhältnis, dass das Uebergewicht der vermittelnden Parteien garantiert war. Eine Ausgeburt von Hülflosigkeit und Kopflosigkeit, nahm diese Konferenz ein armseliges Ende. Die Zensus-Bourgeoisie verhielt sich gegen die Konferenz mit der grössten Feindseligkeit, denn sie sah in ihr den Versuch, sie, die Bourgeoisie, von den Positionen wegzudrängen, denen sie sich auf der Moskauer Konferenz genähert hatte. Das revolutionäre Proletariat und die mit ihm verbündeten Massen der Bauern und Soldaten verurteilten von vornherein die Fälschermethode, nach der die Demokratische Konferenz einberufen wurde. Die direkte Aufgabe der Vermittler war, ein „verantwortliches“ Ministerium zu schaffen.

Aber auch das wurde nicht erreicht. Kerenski wollte von Verantwortlichkeit nichts wissen und duldete sie nicht, denn sie wurde von der Bourgeoisie, die sein Rückgrad bildete, nicht geduldet. Die Unverantwortlichkeit in Bezug auf die Organe der sogen. Demokratie bedeutete aber die tatsächliche Verantwortlichkeit vor den Kadetten und vor den Botschaftern der Entente. Einstweilen genügte das der Bourgeoisie. In der Frage der Koalition kam die ganze Unhaltbarkeit der demokratischen Konferenz zu Tage: Für eine Koalition mit der Bourgeoisie wurden nur wenig mehr Stimmen abgegeben als gegen diese Koalition; die Majorität stimmte *gegen* eine Koalition mit den Kadetten. Aber nach Abzug der Kadetten blieben innerhalb der Bourgeoisie keine ernsthaften Contre-Agenten für eine Koalition mehr übrig. Zeretelli setzte es der Konferenz umständlich auseinander. Um so schlimmer, wenn die Konferenz es nicht verstanden hatte. Hinter dem Rücken der Konferenz wurden skrupellos Verhandlungen mit den von der Konferenz abgelehnten Kadetten geführt; dabei wurde beschlossen, dass die Kadetten nicht als Kadetten figurieren sollten, sondern als . . . „sozial Arbeitende". Bedrängt von rechts und von links, liess sich die kleinbürgerliche Demokratie alles gefallen und demonstrierte somit ihre vollkommene politische Erschlaffung.

Aus dem Schoss der Demokratischen Konferenz wurde der Sowjet ausgeschieden, der durch Vertreter der Zensus-Elemente ergänzt werden sollte; dieses Vor-Parlament sollte die leere Stelle ausfüllen, die bis zur Einberufung der Konstituante übrig blieb. Im Gegensatz zu dem ursprünglichen Plan Zeretellis, aber in vollem Einvernehmen mit den Plänen der Bourgeoisie behielt das neue Koalitionsministerium in Bezug auf das Vor-Parlament seine formale Unabhängigkeit. Das Ganze machte den Eindruck eines traurigen und kraftlosen Kanzleiprodukts, das die völlige Kapitulation der kleinbürgerlichen Demokratie vor dem Zensus-Liberalismus verbarg, dem Liberalismus, der einen Monat vorher Kornilows An-

sturm gegen die Revolution öffentlich unterstützte. Auf diese Weise lief alles auf die Wiederherstellung und Stabilisierung der Koalition mit der liberalen Bourgeoisie hinaus. Es konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, dass völlig unabhängig von der Zusammensetzung der Konstituante die Regierungsgewalt sich faktisch in den Händen der Bourgeoisie befinden würde, denn die Vermittlungsparteien gelangten trotz des Uebergewichts, das ihnen die Volksmassen verliehen, immer wieder zur Koalition mit den Kadetten: sie hielten es für unmöglich, ohne die Bourgeoisie eine Regierung zu schaffen. Die Volksmassen standen der Partei Miljukows mit der grössten Feindseligkeit gegenüber. Bei allen Wahlen, während der ganzen Revolutionszeit, fielen die Kadetten unbarmherzig durch, und dennoch wiesen die selben Parteien — die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki — die bei den Wahlen über die Kadettenpartei den Sieg davontrugen, gleich nach den Wahlen in der Koalitionsregierung den Kadetten einen Ehrenplatz an. Es ist zu begreifen, dass die Volksmassen immer mehr einsahen, dass die vermittelnden Parteien bei der liberalen Bourgeoisie eigentlich nur die Rolle von Kommis spielten.

Schwierigkeiten an der Front und im Hinterland

Die innere Lage wurde unterdessen immer komplizierter und schlimmer. Der Krieg zog sich weiter dahin: ziellos, sinnlos und aussichtslos. Die Regierung unternahm keine Schritte, um sich aus dem verwünschten Zirkel zu befreien. Da wurde der lächerliche Plan aufgestellt, den Menschewik Skobelew nach Paris abzusenden, um auf die Imperialisten der Entente einzuwirken. Aber kein Mensch mit gesundem Menschenverstand legte diesem Plan eine ernsthafte Bedeutung bei. Kornilow hatte den Deutschen Riga abgetreten, um das öffentliche Bewusstsein zu terrorisieren und in dieser

Atmosphäre die Knutendisziplin in der Armee zu festigen. Petrograd war bedroht. Aber die bürgerlichen Elemente sahen dieser Gefahr mit offensichtlicher Schadenfreude entgegen. Der ehemalige Duma-Präsident Rodsjanko sprach offen davon, dass die Einnahme des korrumpierten Petrograds durch die Deutschen noch kein grosses Unglück bedeutete. Er wies auf das Beispiel von Riga hin, wo nach dem Einzug der Deutschen die Sowjet-Einrichtung abgeschafft und mit den alten Polizisten die Ordnung wieder eingeführt worden wäre.

Die Ostsee-Flotte ist verloren; aber diese Flotte ist von revolutionärer Propaganda zersetzt: folglich ist der Verlust der Flotte nicht so sehr schmerzlich. In diesem Zynismus des geschwätzigen Grandseigneurs fanden die verborgenen Gedanken der breitesten Bourgeoisiekreise ihren Ausdruck. Eine Einnahme von Petrograd durch die Deutschen bedeutet ja noch keineswegs seinen Verlust. Nach dem Friedensvertrag würde man Petrograd zurückhaben, aber geläutert durch den deutschen Militarismus. Unterdessen würde die Revolution ihr Haupt verloren haben und man würde mit ihr leichter fertig werden können. Die Regierung Kerenskis dachte gar nicht daran, die Hauptstadt ernsthaft zu verteidigen. Im Gegenteil, man bereitete die öffentliche Meinung auf eine eventuelle Kapitulation vor. Die Regierungsinstitutionen wurden auch schon aus Petrograd nach Moskau und anderen Städten evakuiert.

Bei diesem Sachverhalt trat die Soldatensektion des Petrograder Sowjets zusammen. Die Stimmung war gespannt und unruhig. Die Regierung sei unfähig, Petrograd zu schützen? Dann soll man Frieden schliessen! Und wenn sie keinen Frieden zu schliessen vermag, so mag sie zum Teufel gehn! In dieser Fragestellung äusserte sich die Stimmung der Soldatensektion. Das war bereits die Morgenröte der Oktober-Revolution.

An der Front wurde die Lage mit jedem Tag schlimmer. Der kalte Herbst mit dem Regen und dem Schmutz rückte näher. Ein vierter Kriegswinter stand bevor. Die Verpflegung

verschlimmerte sich mit jedem Tag. Im Hinterland hatte man die Front vergessen — es gab für die Regimenter weder Ablösungen noch Auffüllungen, noch die nötige warme Kleidung. Die Desertionen nahmen immer mehr zu. Die alten Armeekomitees, die noch in der ersten Periode der Revolution gewählt worden waren, verblieben auf ihrem Posten und unterstützten die Politik Kerenskis. Alle Neuwahlen waren verboten. Zwischen den Komitees und den Massen der Soldaten bildete sich ein Abgrund. Schliesslich hatten die Soldaten für die Komitees nur noch Hass übrig. Immer häufiger kamen nach Petrograd Abgeordnete aus den Schützengräben und legten in den Sitzungen des Petrograder Sowjets beharrlich immer wieder die Frage vor: Was soll man tun? Durch wen und wie soll dem Krieg ein Ende gemacht werden? Warum hüllt sich der Petrograder Sowjet in Schweigen?

Der unvermeidliche Kampf um die Regierungsgewalt.

Der Petrograder Sowjet schwieg aber nicht. Er forderte die sofortige Uebergabe in die Hände der Sowjets der ganzen zentralen wie lokalen Gewalt, die sofortige Uebergabe des Grund und Bodens an die Bauern; forderte die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter und den sofortigen Eintritt in Friedensverhandlungen. Solange wir eine Oppositionspartei waren, war unsere Parole: die ganze Gewalt den Sowjets — eine Progaganda-Parole. Sobald wir aber in allen Hauptsowjets die Majorität hatten, legte uns diese Parole die Verpflichtung auf, den direkten und unmittelbaren Kampf um die Macht auszufechten.

Die Situation auf dem Lande war aufs äusserste verworren und kompliziert. Die Revolution hatte den Bauern Land versprochen, zugleich aber verlangten die leitenden Parteien, dass die Bauern bis zum Zusammentritt der Konstituante dieses Land nicht anrührten. Zuerst wartete der Bauer ge-

duldig; als er aber die Geduld zu verlieren begann, da ergriff das Koalitionsministerium gegen ihn Gewaltmassregeln. Die Konstituierende Versammlung wurde unterdessen immer weiter hinausgeschoben. Die Bourgeoisie bestand darauf, dass die Konstituante erst nach Friedensschluss einberufen würde. Die Bauernmassen verloren immer mehr und mehr die Geduld. Das, was wir ganz am Anfang der Revolution vorausgesagt hatten, begann sich nun zu verwirklichen: die Bauern rissen eigenmächtig das Land an sich. Die Repressalien von Seiten der Regierung wurden verstärkt; eins nach dem andern wurden revolutionäre Landkomitees verhaftet. In einigen Bezirken hatte Kerenski den Kriegszustand proklamiert. Aus den Dörfern strömten Deputationen nach dem Petrograder Sowjet. Sie klagten darüber, dass die Bauern verhaftet würden, wenn sie entsprechend dem Programm des Petrograder Sowjets das Land der Gutsbesitzer in die Hände der Bauernkomitees übergäben. Die Bauern erwarteten unsern Schutz. Wir gaben Ihnen zur Antwort, dass wir sie nur dann beschützen könnten, wenn wir die Regierungsgewalt besässen. Daraus ergab sich die Folgerung, dass, wenn die Sowjets sich nicht in einfache Redeanstalten verwandeln wollten, sie die Regierungsgewalt an sich reissen müssten.

Es ist sinnlos, anderthalb oder zwei Monate vor dem Zusammentritt der Konstituante um die Macht der Sowjets zu kämpfen! — sagten uns unsere Nachbarn von rechts. Aber wir waren keineswegs von diesem Fetischismus der Konstituante angesteckt. Vor allem hatten wir ja keine Garantien dafür, dass sie in der Tat einberufen werden würde. Der Zerfall der Armee, die Massendesertionen, die Verpflegungskalamitäten, die Agrarrevolten — all das hatte eine Lage geschaffen, die für die Wahlen für die Konstituante wenig günstig war. Eine eventuelle Uebergabe Petrograds an die Deutschen drohte überhaupt, die Frage der Wahlen von der Tagesordnung zu entfernen. Und dann — wäre selbst die Konstituierende Versammlung unter Leitung der alten

Parteien, nach den alten Listen zusammengetreten, so wäre sie nur ein Deckmantel und ein Heiligungsmittel für die Koalitionsmacht geworden. Weder die Sozialisten-Revolutionäre noch die Menschewiki waren imstande, ohne die Bourgeoisie, die Regierung in ihre Hände zu nehmen. Die revolutionäre Klasse allein war dazu berufen, den bösen Kreis zu zerstören, in dem sich die Revolution bewegte und sich verlor. Es hiess: die Macht denjenigen Elementen entreissen, die direkt oder indirekt der Bourgeoisie dienten und den Staatsapparat als Werkzeug der Obstruktion gegen die revolutionären Forderungen des Volkes gebrauchten.

Der Kampf um den Kongress der Sowjets

Die Regierungsgewalt den Sowjets! forderte unsere Partei. In der vorhergehenden Periode bedeutete das, in die Parteisprache übertragen, die Macht der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki, im Gegensatz zur Koalition mit der liberalen Bourgeoisie. Jetzt aber, im Oktober 1917 bedeutete diese selbe Parole die Uebergabe der ganzen Gewalt an das revolutionäre Proletariat, an dessen Spitze zu dieser Zeit die Partei der Bolschewiki stand. Es handelte sich also um die Diktatur der Arbeiterklasse, die hinter sich die viele Millionen starken Massen der ärmsten Bauernschaft führte, oder richtiger, zu führen im stande war. Darin bestand der historische Sinn des Oktober-Aufstandes.

Alles lenkte die Partei auf diesen Weg hin. Seit den ersten Tagen der Revolution predigten wir die Notwendigkeit und Unausbleiblichkeit einer Uebergabe der Regierungsgewalt an die Sowjets. Nach einem schweren inneren Kampfe hatten die meisten Sowjets sich diese Forderung zu eigen gemacht und sich auf unsern Standpunkt gestellt. Wir bereiteten den Zweiten Allrussischen Kongress der Sowjets vor, auf dem wir den vollkommenen Sieg unserer Partei zu sehen erwar-

teten. Das Zentral-Exekutiv-Komitee unter der Leitung von Dan (der vorsichtige Tschcheidse war rechtzeitig nach dem Kaukasus abgereist) arbeitete mit allen Mitteln der Einberufung des Sowjet-Kongresses entgegen. Nach vielen Bemühungen erreichten wir schliesslich, auf die Sowjet-Fraktion der Demokratischen Konferenz gestützt, dass der Termin zur Einberufung des Kongresses festgesetzt wurde: es war der 25. Oktober. Dieses Datum bekam für die Geschichte Russlands die höchste Bedeutung. Zum voraus hatten wir nach Petrograd den Kongress der Sowjets des nördlichen Gebiets mit Einschluss der Ostsee-Flotte und der Stadt Moskau einberufen. Auf diesem Kongress hatten wir eine stabile Majorität; wir sicherten uns eine gewisse Deckung nach rechts in Form der Fraktion der linksstehenden Sozialisten-Revolutionäre und legten somit organisatorisch den ersten Grundstein zum Oktober-Aufstand.

Der Konflikt aus Anlass der Petrograder-Garnison

Aber noch viel früher, vor dem Kongress der nördlichen Sowjets fand ein Ereignis statt, das im weiteren politischen Kampfe eine höchst wichtige Rolle spielen sollte. Anfang Oktober erschien in der Sitzung des Petrograder Exekutiv-Komitees der Sowjet-Vertreter beim Generalstab des Petrograder Militärbezirks und machte die Mitteilung, dass aus dem Generalstab das Absenden von zwei Dritteln der Petrograder Garnison nach der Front gefordert würde. Wozu? Zum Schutz von Petrograd. Das Absenden sollte nicht sofort stattfinden, aber man müsste sofort mit den Vorbereitungen beginnen. Der Generalstab verlangte vom Petrograder Sowjet eine Genehmigung dieses Projekts. Wir spitzten die Ohren. Ende August waren aus Petersburg ebenfalls fünf revolutionäre Regimenter ganz oder teilweise entfernt worden. Das geschah damals auf das Verlangen des damaligen General-

stabschefs Kornilow, der gerade in jenen Tagen gegen Petrograd die Kaukasische Division rüstete, um ein für alle Mal mit der revolutionären Hauptstadt fertig zu werden. Auf diese Weise hatten wir schon die Erfahrung mit diesen rein politischen Verschiebungen von Regimentern unter dem Vorwand von Militäroperationen. Ich will im Voraus sagen, dass nach der Oktober-Revolution aus bekannt gewordenen Dokumenten voll und deutlich klar wurde, dass die projektierte Entfernung der Petrograder Garnison mit militärischen Zielen nichts zu schaffen hatte und dem Hauptkommandierenden Duchonin gegen seinen Willen aufgedrängt worden war, und zwar von keinem andern als von Kerenski, der so die Hauptstadt von den revolutionärsten, d. h. den ihm gegenüber am feindlichsten gestimmten Soldaten zu befreien suchte. Aber damals, Anfang Oktober, rief unser Verdacht zuerst einen Sturm patriotischer Entrüstung hervor. Der Generalstab drängte: Kerenski wartete nicht länger, ihm brannte der Boden unter den Füssen. Wir liessen mit der Antwort nicht lange auf uns warten. Der Hauptstadt drohte entschieden Gefahr, und vor uns stand die Frage der Verteidigung von Petrograd in ihrer ganzen ungeheuerlichen Bedeutung. Aber nach der Erfahrung in der Kornilow-Affäre, nach den Worten Rodsjankos vom Heil einer deutschen Besetzung — woher sollte man nach all dem das Vertrauen haben, dass Petrograd nicht absichtlich den Deutschen übergeben würde, um es für seinen aufrührerischen Geist zu bestrafen? Das Exekutiv-Komitee weigerte sich, den Befehl zur Entfernung von zwei Dritteln der Garnison blindlings zu akzeptieren. Wir müssen zuerst prüfen — erklärten wir — ob dieser Befehl in der Tat von militärischen Erwägungen diktiert sei, und dazu sei es nötig, ein Organ der Prüfung zu schaffen. So entstand der Gedanke, neben der Soldaten-Sektion des Sowjets, d. h. der politischen Vertretung der Garnison, ein rein operatives Organ in Form des Militär-Revolutionären-Komitees zu schaffen, das nachträglich eine so ungeheure Macht ge-

wann und faktisch das Werkzeug des Oktober-Umsturzes wurde. Es ist unzweifelhaft, dass wir in jenen Stunden, als wir die Idee der Schaffung eines solchen Organs in den Vordergrund rückten, eines Organs, das in sich die Fäden der rein militärischen Leitung der Petrograder Garnison vereinigen sollte — wir uns vollkommen klar darüber waren, dass gerade dieses Organ ein unschätzbares revolutionäres Werkzeug werden konnte. Es war die Zeit, da wir bereits offen dem Aufstand entgegenschritten und ihn organisatorisch vorbereiteten.

Am 25. Oktober sollte, wie gesagt, der Allrussische Kongress der Sowjets stattfinden. Es konnte kein Zweifel bestehen, dass der Kongress für die Uebergabe der Regierungsgewalt an die Sowjets sein würde. Aber ein derartiger Beschluss musste unverzüglich verwirklicht werden, sonst bedeutete er nichts mehr, als eine würdelose platonische Demonstration. Die Logik der Dinge forderte es, dass wir den Aufstand auf den 25. Oktober ansetzten. Genau so verstand die gesamte bürgerliche Presse die Sache. Das Schicksal des Kongresses hing aber in erster Linie von der Petrograder Garnison ab, — würde nun die Garnison es Kerenski ermöglichen, den Sowjet-Kongress zu umzingeln und ihn mit Hülfe von einigen hundert oder tausend Fähnrichen, Unteroffizieren und Korporalen auseinander zu jagen? Schon der Versuch, die Garnison zu entfernen — bedeutete er nicht so viel, dass die Regierung sich vorbereitete, den Sowjet-Kongress aufzulösen? Es wäre auch sonderbar gewesen, wenn die Regierung es nicht getan hätte, da sie sah, wie wir offen, vor dem Angesicht des ganzen Landes, die Sowjet-Kräfte mobilisierten, um der Koalitions-Regierung den Todesstoss zu versetzen.

Auf diese Weise entwickelte sich in Petrograd dieser Konflikt zur Frage nach dem Schicksal der Garnison. Zunächst beschäftigte diese Frage aufs lebhafteste alle Soldaten. Aber auch die Arbeiter hatten für diesen Konflikt das lebhafteste Interesse, da sie fürchteten, dass sie nach Entfernung der Garnison von den Fähnrichen und Kosaken abgewürgt werden

würden. Der Konflikt gewann auf diese Weise einen ausserordentlich scharfen Charakter und spielte sich auf einem Boden ab, der für die Regierung Kerenskis äusserst ungünstig war.

Parallel dazu vollzog sich der bereits oben charakterisierte Kampf um die Einberufung des Allrussischen Sowjet-Kongresses; dabei proklamierten wir im Namen des Petrograder Sowjets und des Nordischen Provinzial-Kongresses offen, dass der zweite Sowjet-Kongress die Regierung Kerenskis stürzen und der alleinige Herr Russlands werden müsste. Der Aufstand war faktisch bereits im Gange. Er entwickelte sich in aller Oeffentlichkeit, vor den Augen des ganzen Landes.

Im Lauf des Monats Oktober spielte im innern Leben unserer Partei die Frage des Aufstandes eine grosse Rolle. Lenin, der sich in Finnland verborgen hielt, forderte in zahllosen Briefen beharrlich eine entschiedenere Taktik. Von unten herauf brodelte es, und es wuchs die Unzufriedenheit, dass die Partei der Bolschewiki, die auf dem Petrograder Kongress die Majorität hatte, keine praktischen Folgerungen aus ihren eigenen Parolen zog. Am 10. Oktober fand eine geheime Sitzung des Zentral-Komitees unserer Partei unter Beisein von Lenin statt. Auf der Tagesordnung stand die Frage des Aufstandes. Mit einer Majorität aller Stimmen gegen zwei wurde die Resolution gefasst, dass das einzige Mittel, die Revolution und das Land vor einem endgültigen Zerfall zu retten, der Aufstand wäre, der die ganze Regierungsgewalt in die Hände der Sowjets übergeben sollte.

Der Demokratische Sowjet und das „Vorparlament“.

Der Demokratische Sowjet, der sich aus der Demokratischen Konferenz abgesondert hatte, sog in sich die ganze Hülflosigkeit der letzteren auf. Die alten Sowjet-Parteien, die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki hatten in die-

sem Sowjet eine künstliche Majorität für sich geschaffen, aber einzig und allein, um ihre politische Erschlaffung um so deutlicher zu offenbaren. Hinter den Kulissen der Sowjets führte Zeretelli verworrene Verhandlungen mit Kerenski und den Vertretern der „Zensus-Elemente", wie man sich im Sowjet auszudrücken begann, um das „beleidigende" Wort *Bourgeoisie* zu vermeiden. Der Bericht Zeretellis über den Verlauf und den Ausgang der Verhandlungen bildete eine Art Leichenrede für eine ganze Periode der Revolution. Es stellte sich heraus, dass weder Kerenski noch die Zensus-Elemente die Verantwortung vor der neuen halbvertretenden Institution auf sich nehmen wollten. Andererseits gelang es ausserhalb der Kadettenpartei keine sogen. „tüchtigen," sozial arbeitenden Persönlichkeiten zu finden. Die Organisatoren des Unternehmens mussten also in beiden Punkten kapitulieren, und die Kapitulation wurde umso vielsagender, da die Demokratische Konferenz doch gerade dazu einberufen wurde, um das verantwortungslose Regime abzustreifen, — dabei lehnte die Konferenz auf dem Wege einer formalen Abstimmung eine Koalition mit den Kadetten ab. Auf den wenigen Tagungen des Demokratischen Sowjets, die vor dem Umsturz stattgefunden hatten, herrschte eine Atmosphäre voller Spannung und völliger Arbeitsunfähigkeit. Der Sowjet spiegelte nicht die Vorwärtsbewegung der Revolution wider, sondern den Zerfall der Parteien, die hinter der Revolution zurückgeblieben waren.

Noch während der Demokratischen Konferenz warf ich in unserer Parteifraktion die Frage auf, ob wir nicht die Konferenz demonstrativ verlassen und den Demokratischen Sowjet boykottieren sollten. Durch eine Aktion sollte den Massen gezeigt werden, dass die „Vermittler" die Revolution in eine Sackgasse getrieben hatten. Der Kampf um die Schaffung einer Sowjet-Regierung konnte lediglich auf rein revolutionärem Wege geführt werden. Die Gewalt musste denjenigen entrissen werden, die zum Positiven unfähig waren und die je weiter um so mehr selbst die Fähigkeit verloren, aktiv — sei

es auch nur Negatives zu schaffen. Wir mussten unsern politischen Weg — der durch die Mobilisation der Kräfte um die Sowjets, den Allrussischen Sowjet-Kongress und den Aufstand hindurch führte, — ihrem Weg entgegenstellen, einem Weg, der durch das künstlich zusammengesuchte Vorparlament und die hypothetische Konstituierende Versammlung ging. Das konnte nur durch einen offenen Bruch mit jener Institution geschehen, die von Zeretelli und seinen Gesinnungsgenossen geschaffen worden war, einen Bruch, der sich vor den Augen des ganzen Volkes vollzog; ferner durch die Konzentration der ganzen Aufmerksamkeit und aller Kräfte der Arbeiterklasse auf die Sowjet-Institutionen. Aus diesem Grunde eben schlug ich vor, demonstrativ den Saal zu verlassen und in den Fabriken und den Regimentern eine revolutionäre Agitation gegen die Versuche zu führen, den revolutionären Willen des Volkes zu unterschlagen und die Entwicklung der Revolution wieder in das Fahrwasser eines Paktes mit der Bourgeoisie zu lenken. In diesem Sinne sprach sich auch Lenin aus, von dem wir einige Tage darauf einen Brief erhielten. Unter den Parteispitzen war man in dieser Frage noch schwankend. Die Julitage hatten im Bewusstsein der Partei eine tiefe Spur hinterlassen. Die große Masse der Arbeiter und Soldaten hatte sich vom Julidebacle viel schneller erholt als viele der führenden Genossen, die von einem verfrühten Ansturm der Massen ein Misslingen der Revolution überhaupt befürchteten. In der Fraktion der Demokratischen Konferenz gewann ich *für* meinen Antrag 50 Stimmen; dagegen waren 70 Stimmen, die sich für eine Mitarbeit am Demokratischen Sowjet aussprachen. Die Erfahrungen dieser Mitarbeiterschaft waren jedoch dazu angetan, den linken Flügel der Partei bald zu stärken. Es wurde nur allzu klar, dass mit Hilfe der an Betrügereien grenzenden Kombinationen, die zur Aufgabe hatten, den Zensus-Elementen die weitere Leitung der Revolution zu sichern; mit Hilfe der in den untern Volksmengen diskreditierten Vermittler kein Ausweg aus der

Sackgasse gefunden werden würde, in die die Revolution durch die Schlappheit der kleinbürgerlichen Demokratie geraten war. Zu der Zeit, da der Demokratische Sowjet, durch die Zensus-Elemente ergänzt, sich in das Vorparlament verwandelte, stand in unserer Partei bereits der Entschluss fest, mit dieser Institution zu brechen.

Die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki

Wir standen vor der Frage, ob uns die linken Sozialisten-Revolutionäre auf diesem Wege folgen würden oder nicht. Diese Gruppe befand sich im Prozess der Entstehung, wobei aber dieser Prozess, mit unserem Parteimasstabe gemessen, viel zu langsam und zaghaft vor sich ging. Zu Beginn der Revolution war die Partei der Sozialisten-Revolutionäre auf dem ganzen Gebiete des politischen Lebens dominierend. Bauern, Soldaten, sogar Arbeiter stimmten unter den Volksmassen für die Sozialisten-Revolutionäre. Die Partei selbst war auf nichts derartiges gefasst gewesen, und mehr als einmal hatte es den Anschein, als ob sie in den Wellen ihres eigenen Erfolges ertrinken sollte. Nach Abzug der rein kapitalistischen und Grossgrundbesitzer-Gruppen und der Zensus-Elemente der Gebildeten stimmten Alle und Alles für die revolutionären „Narodniki". Das entsprach ganz dem anfänglichen Stadium der Revolution, da die Klassengrenzen noch nicht scharf geschieden waren, und der Drang nach einer sogenannten einheitlichen revolutionären Front seinen Ausdruck in dem verschwommenen Programm derjenigen Partei fand, die sowohl den Arbeiter, der sich vom Bauernstand loszutrennen fürchtete, wie den Bauer, der Land und Freiheit suchte, wie auch den Intellektuellen, der diese beiden zu lenken trachtete, und den Beamten, der sich an das neue Regime anzupassen suchte, unter ihre Fittiche nahm.

Als Kerenski, der zur Zeit des Zarismus zu den „Trudowiki"

zählte, nach dem Erfolg der Revolution zu den Sozialisten-Revolutionären überging, da wuchs die Popularität dieser Partei desto mehr an, je höhere Stufen der Regierung Kerenski erklomm. Aus lauter Respekt (er war nicht immer rein platonisch) vor dem Kriegsminister beeilten sich viele Generale und Oberste, sich in die Partei der ehemaligen Terroristen einzutragen. Die alten Sozialisten-Revolutionäre von revolutionärem Schlage beobachteten schon damals mit einer gewissen Unruhe die stets wachsende Zahl der „März-Sozialisten-Revolutionäre“, d. h. solcher Parteimitglieder, die erst im März den revolutionären Geist eines Narodnik in sich entdeckt hatten, — also erst nachdem die Revolution das alte Regime gestürzt und die revolutionären Narodniki an die Spitze der Regierung gestellt hatte. Auf solche Weise schloss diese Partei, im Rahmen ihrer Formlosigkeit, nicht allein die inneren Widersprüche der sich entwickelnden Revolution in sich, sondern auch die zurückgebliebenen Vorurteile der Bauernmasssn, sowohl wie die Sentimentalität, die Haltlosigkeit und die Streberei der gebildeten Schichten. Es war vollkommen klar, dass die Partei in dieser Form nicht lange bestehen konnte. Im ideellen Sinne erwies sie sich von Anfang an als ohnmächtig.

Die politisch leitende Rolle gehörte den Menschewiki. Diese waren durch die Schule des Marxismus gegangen und hatten daraus gewisse Methoden und Gepflogenheiten übernommen, die ihnen halfen, in der politischen Situation sich soweit zu orientieren, um den Sinn des sich vollziehenden Klassenkampfes zu fälschen und in dem unter den gegebenen Bedingungen höchstmöglichen Grade die Hegemonie der liberalen Bourgeoisie zu sichern. Das war auch der Grund, warum die Menschewiki, die direkten Fürsprecher des Rechtes der Bourgeoisie auf die Regierungsgewalt, sich so schnell ausgegeben hatten und zur Zeit des Oktober-Umsturzes beinahe beim Nichts angelangt waren.

Die Sozialisten-Revolutionäre verloren ebenfalls immer mehr

und mehr an Einfluss — zuerst unter den Arbeitern, dann in der Armee, und schliesslich auch auf dem Lande. Aber numerisch waren sie zur Zeit des Oktober-Aufstandes noch eine sehr mächtige Partei. Die Partei war jedoch durch Klassengegensätze von innen heraus zerfressen. Im Gegensatz zum rechten Flügel, der in der Person seiner höchst chauvinistischen Elemente, wie Awxentjew, Breschko-Breschkowskaja, Sawinkow und anderer, endgültig in das Lager der Gegenrevolution übergegangen war, bildete sich ein linker Flügel, der die Verbindung mit den arbeitenden Massen zu behalten strebte. Zieht man die Tatsache ab, dass der Sozialist-Revolutionär Awxentjew in seiner Eigenschaft als Innenminister die bäurischen Agrar-Komitees wegen ihrer eigenmächtigen Lösung der Agrarfrage verhaften liess, die Komitees also, die aus Sozialisten-Revolutionären bestanden — so wird uns die Tragweite der „Widersprüche" innerhalb dieser Partei zur Genüge klar.

Im Mittelpunkt stand der traditionelle Parteiführer Tschernow. Ein erfahrener Schriftsteller, in der sozialistischen Literatur belesen, mit viel Erfahrung im Fraktionskampf, blieb er unveränderlich an der Spitze seiner Partei zu den Zeiten, da das Parteileben sich in den Emigrantenkreisen im Auslande abwickelte. Die Revolution, die durch ihre erste, unterscheidungslose Welle die Partei der Sozialisten-Revolutionäre auf eine ungeahnte Höhe empergehoben hatte, hob rein automatisch auch Tschernow hoch, aber scheinbar nur dazu, um seine völlige Hilflosigkeit selbst in den Reihen der leitenden Politiker der ersten Periode zu enthüllen. Die harmlosen Mittelchen, die Tschernow in den ausländischen Kreisen der Narodniki das Uebergewicht sicherten, erwiesen sich auf der Wage der Revolution als viel zu leicht. Er beschränkte sich darauf, keine verantwortlichen Beschlüsse zu fassen, in allen kritischen Fällen auszuweichen, abzuwarten, und Enthaltung zu üben. Ein solche Art Taktik sicherte ihm einstweilen das Zentrum zwischen den immer mehr auseinandergehenden

Flügeln. Aber die Einheit der Partei lange zu bewahren — das war nicht mehr möglich. Sawinkow, der ehemalige Terrorist, nahm an der Verschwörung Kornilows teil, lebte in rührender Uebereinstimmung mit den contre-revolutionären Kreisen der Kosaken-Offiziere und bereitete den Anschlag gegen die Petrograder Arbeiter und Soldaten vor, in deren Mitte sich eine genügend grosse Anzahl linksstehender Sozialisten-Revolutionäre befand. Sawinkow fiel als Opfer des linken Flügels: das Zentrum hatte ihn aus der Partei ausgeschlossen; man wagte es aber nicht, gegen Kerenski die Hand zu erheben. Im Vorparlament stellte sich die ganze Zerfahrenheit der Partei heraus: drei Gruppierungen traten, wenn auch unter der Fahne der einen und derselben Partei, selbständig hervor. Dabei wusste keine einzige Gruppe genau, was sie wollte. Eine formale Vorherrschaft dieser „Partei" auf der Konstituierenden Versammlung hätte nur eine Fortsetzung der politischen Erschlaffung bedeutet.

Austritt aus dem Vorparlament. Die Stimme der Front.

Bevor wir aus dem Vorparlament austraten, in dem wir laut der politischen Statistik Kerenskis und Zeretellis gegen 50 Sitze beanspruchen durften, hielten wir mit der Gruppe der linken Sozialisten-Revolutionäre eine beratende Versammlung ab. Sie lehnten es ab, uns zu folgen, unter dem Vorwande, sie müssten erst in der Praxis vor der Bauernschaft die ganze Unzulänglichkeit des Vorparlaments enthüllen. „Wir halten es für notwendig, Euch zu warnen", sagte einer der leitenden linken Sozialisten-Revolutionäre, „wenn Ihr aus dem Vorparlament austreten wollt, um sofort auf die Strasse in den offenen Kampf zu ziehen, so gehen wir mit Euch nicht". Die bürgerliche versöhnende Presse beschuldigte uns, dass wir gerade deshalb das Vorparlament stürzen wollten, weil wir eine revolutionäre Situation zu schaffen suchten. In der Ver-

sammlung unserer Fraktion im Vorparlament wurde beschlossen, auf die linken S.-R. nicht zu warten, sondern selbständig vorzugehen. Die von der Tribüne des Vorparlaments verkündete Erklärung unserer Partei, die auseinander setzte, warum wir mit dieser Institution brächen, wurde von Seiten der Majoritätsgruppierungen mit einem Gebrüll ohnmächtigen Hasses aufgenommen. Im Petrograder Deputierten-Kongress, auf dem unser Austritt aus dem Vorparlament von überwiegender Mehrheit gebilligt wurde, erklärte uns der Leader der kleinen Gruppe der Menschewiki-„Internationalisten" Martow, dass unser Austritt aus dem provisorischen „Sowjet der Republik" (das war die offizielle Benennung dieser wenig geehrten Institution) nur dann einen Sinn haben würde, wenn wir die Absicht hätten, unmittelbar zum offenen Angriff überzugehen. Die Sache war aber die, dass wir gerade das auch beabsichtigten. Die Anwälte der liberalen Bourgeoisie hatten recht, als sie uns beschuldigten, wir suchten eine revolutionäre Situation zu schaffen. In offenem Aufstand und der direkten Machtergreifung sahen wir den einzigen Ausweg aus der Lage.

Wieder wurden, wie in den Julitagen, die Presse und die andern Organe der sogen. öffentlichen Meinung gegen uns mobilisiert. Aus den Juli-Arsenalen wurden die vergiftetsten Waffen hervorgeholt, die nach den Kornilow-Tagen einstweilen dort aufgehoben worden waren. Vergebliche Mühe! Die Volksmassen strömten uns unaufhaltsam zu, ihre Stimmung wuchs von Stunde zu Stunde. Aus den Schützengräben kamen immerzu Delegierte. „Wie lange noch", sprachen sie in den Sitzungen des Petrograder Sowjet, „wird sich diese unerträgliche Lage hinziehen? Die Soldaten lassen Euch durch uns sagen: Wenn bis zum 1. November keine entscheidenden Schritte für Friedensverhandlungen unternommen werden, dann werden sich die Schützengräben leeren, und die gesamte Armee wird sich auf das Hinterland stürzen!" Ein solcher Entschluss verbreitete sich in der Tat in weitem Masse an der Front. Unter den Soldaten zirkulierten selbstangefertigte Flug-

blätter, in denen sie aufgefordert wurden, nicht länger als bis zum ersten Schneefall in den Schützengräben zu bleiben. „Ihr habt uns vergessen", riefen die Deputierten aus den Schützengräben in den Sitzungen des Sowjets. „Wenn Ihr keinen Ausweg aus der Lage findet, so werden wir selbst hierher kommen, und mit den Gewehrkolben unsere Feinde auseinanderjagen, — aber dann auch Euch zusammen mit ihnen." — Im Lauf von einigen Wochen war der Petrograder Sowjet der Anziehungsmittelpunkt für die ganze Armee geworden. Nach dem Umschwung in seiner leitenden Richtung und der Neuwahl des Präsidiums erweckten seine Resolutionen bei den erschöpften und verzweifelten Truppen an der Front die Hoffnung, dass ein Ausweg praktisch allein auf dem von den Bolschewiki vorgeschlagenen Weg zu finden wäre. Das war: Bekanntmachung der Geheimverträge und Angebot eines sofortigen Waffenstillstandes an allen Fronten. „Ihr behauptet, dass die Regierungsgewalt in die Hände der Sowjets übergehen müsse, — so ergreift doch diese Gewalt. Ihr befürchtet, dass die Front Euch im Stich lassen werde. Lasst Eure Zweifel — die grosse Masse der Soldaten ist in erdrückender Majorität auf Eurer Seite."

Unterdessen spitzte sich der Konflikt wegen der Frage nach dem Verbleib der Garnison immer mehr zu. Fast täglich versammelte sich eine Garnisonkonferenz aus den Kompagnien-, Regiments- und Kommando-Komitees. Der Einfluss unserer Partei auf die Garnison wurde endgültig und uneingeschränkt befestigt. Der Generalstab des Petrograder Rayons befand sich im Zustand äusserster Fassungslosigkeit. Bald versuchte er, regelrechte Beziehungen mit uns anzuknüpfen, bald drohte er uns — von den Führern der Zentral-Exekutive aufgehetzt — mit Repressalien.

Die Kommissare des Militär-Revolutionären Komitees.

Es wurde bereits die am Petrograder Sowjet bestehende Organisation des Militär-Revolutionären Komitees erwähnt, das *de facto* als der Sowjet-Stab der Petrograder Garnison, im Gegensatz zum Generalstab Kerenskis, gedacht war. „Aber die Existenz zweier Generalstäbe ist unzulässig", belehrten uns in doktrinärer Weise die Vertreter der Versöhnungsparteien. — „Ist denn aber eine Situation zulässig, in der die Garnison dem offziellen Generalstab nicht mehr vertraut und die Befürchtung hegt, dass die Entfernung der Soldaten aus Petrograd von einem neuen contre-revolutionären Unternehmen diktiert ist?", erwiderten wir. „Die Schaffung eines zweiten Generalstabs bedeutet Revolte", antwortete man uns von rechts. „Euer Militär-Revolutionäres Komitee wird viel weniger die Ueberprüfung der Operationspläne und Verfügungen der Militärbehörden zur Aufgabe haben, als die Vorbereitung und die Durchführung eines Aufstandes gegen die jetzige Regierung." — Dieser Einwand war vollkommen berechtigt. Aber gerade deshalb erschreckte er niemanden. Die vorwiegende Majorität des Sowjets war sich der Notwendigkeit eines Sturzes der Koalitionsregierung bewusst. Je umständlicher die Menschewiki und die Sozialisten-Revolutionäre bewiesen, dass das Militär-Revolutionäre Komitee sich unvermeidlich in ein Organ des Aufstandes verwandeln würde, mit um so grösserer Bereitwilligkeit unterstützte der Petrograder Sowjet dieses neue Kampforgan.

Die erste Tat des Militär-Revolutionären Komitees war die Einsetzung von Kommissaren in alle Teile der Petrograder Garnison und in alle wichtigsten Institutionen der Hauptstadt und deren Umgebung. Von den verschiedensten Seiten gingen uns Mitteilungen zu, dass die Regierung, oder richtiger gesagt die Regierungsparteien energisch ihre Kräfte organisierten und bewaffneten. Aus den verschiedensten — staatlichen sowohl wie privaten — Waffenlagern wurden

Flinten, Revolver, Maschinengewehre und Patronen hervorgeholt, mit denen die Fähnriche, die Studenten, die bürgerliche Jugend überhaupt, bewaffnet wurden. So mussten unverzüglich Präventivmassregeln ergriffen werden. In alle Waffenlager und Magazine wurden Kommissare eingesetzt. Fast ohne Widerstand wurden diese die Herren der Situation. Freilich, die Kommandanten und die Besitzer der Waffenlager versuchten, die Kommissare nicht anzuerkennen, aber man brauchte sich nur an das Komitee der Soldaten oder der Angestellten einer beliebigen Institution zu wenden, und der Widerstand wurde sofort gebrochen. Die Waffen wurden später nur noch auf Anweisung unserer Kommissare ausgehändigt.

Die Regimenter der Petrograder Garnison hatten schon früher ihre Kommissare gehabt, aber diese letzteren wurden vom Zentral-Exekutivkomitee bestimmt. Ich erwähnte bereits, dass nach dem Junikongress der Sowjets und besonders nach der Demonstration vom 18. Juni, die die stets wachsende Macht der Bolschewiki an den Tag gelegt hatte, die Versöhnungspartei den Petrograder Sowjet fast vollständig vom praktischen Einfluss auf den Gang der Ereignisse in der revolutionären Hauptstadt zurückgedrängt hatte. Die Leitung der Petrograder Garnison konzentrierte sich in den Händen des Zentral-Exekutivkomitees. Nun aber bestand die Aufgabe darin, überall die Kommissare des Petrograder Sowjets durchzusetzen. Das wurde unter der tatkräftigsten Mitarbeiterschaft der Soldatenmassen erreicht. Am Schluss der Meetings, auf denen Redner der verschiedenen Parteien auftraten, erklärte ein Regiment nach dem andern, dass sie nur noch die Kommissare des Petrograder Sowjets anerkennen und ohne deren Beschlüsse keinen Schritt machen würden.

Bei der Einsetzung dieser Kommissare spielte die militärische Organisation der Bolschewiki eine grosse Rolle. Vor den Julitagen hatte diese eine gewaltige Agitationsarbeit entfaltet. Am 5. Juli demolierte das von Kerenskl nach Petrograd

gebrachte Kraftfahrerbataillon die Villa der Kschessinskaja, in der sich die militärische Organisation unserer Partei befand. Die meisten Leiter unserer militärischen Organisation und viele ihrer Mitglieder wurden verhaftet, die Publikationen wurden unterdrückt, die Druckerei zerstört. Nur nach und nach machte die Organisation ihren Apparat wieder gebrauchsfähig, diesmal aber auf konspirativem Wege. Numerisch nahm sie nur einen geringen Teil der Petrograder Garnison in sich auf — im ganzen einige hundert Mann. Aber darunter befanden sich viele entschlossene Leute vom Kraftfahrerkorps, der Revolution bedingungslos ergebene Soldaten und junge Offiziere; es waren meistenteils Unteroffiziere, die im Juli und August durch die Gefängnisse Kerenskis gegangen waren. Sie alle stellten sich dem revolutionären Soldaten-Komitee zur Verfügung; sie wurden dann auch auf die verantwortlichsten und gefährlichsten Posten gestellt.

Es ist gewiss nicht überflüssig zu bemerken, dass namentlich die Mitglieder der Militär-Organisation unserer Partei die Idee eines sofortigen Aufstandes im Oktober mit ausserordentlicher Vorsicht und selbst mit einer gewissen Skepsis aufnahmen. Der geschlossene Charakter der Organisation und ihr offizielles militärisches Gepräge beeinflussten ihre Leiter in dem Sinne, dass sie die rein technischen und organisatorischen Mittel des Aufstandes überschätzten — und unter diesem Gesichtspunkt waren wir entschieden die Schwachen. Unsere Kraft bestand im revolutionären Elan der Massen und ihrer Bereitwilligkeit, unter unseren Fahnen zu kämpfen.

Das Steigen der Flut.

Neben der Organisationsarbeit ging eine stürmische Agitation vor sich. Es war eine Periode ununterbrochener Meetings in den Fabriken, im Zirkus „Moderne“ und „Ciniselli“, in den Klubs und in den Kasernen. Die Atmosphäre

aller Meetings war mit Elektrizität gesättigt. Jede Erwähnung des Aufstandes wurde von einem Sturm von Applaus und Rufen der Begeisterung empfangen. Die bürgerliche Presse trug zur Stimmung der allgemeinen Unruhe viel bei. Die von mir unterschriebene Order an die Munitionsfabrik zu Sestrorjetzk, der Roten Garde 5000 Gewehre auszuhändigen, rief in den bürgerlichen Kreisen eine unbeschreibliche Panik hervor. Ueberall sprach und schrieb man von einem allgemeinen Gemetzel, das vorbereitet würde. Das hinderte natürlich die Arbeiter der Waffenfabrik zu Sestrorjetzk nicht, den Roten Gardisten Waffen zu liefern. Je mehr die bürgerliche Presse gegen uns hetzte und uns verleumdete, um so glühender wurde die Antwort der Massen auf unsern Appell. Beiden Seiten wurde es immer klarer, dass die Krise im Lauf der allernächsten Tage eine Lösung finden musste. Die Presse der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki schlug Alarm: „Die Revolution ist in höchster Gefahr!“ — „Es bereitet sich eine Wiederholung der Julitage vor, — aber auf weiterer Basis und also auch mit viel gefährlicheren Folgen!“ — . . . Gorki prophezeite tagaus tagein in seiner „Nowaja Schisn“ den nahenden Untergang der gesamten Kultur. Die sozialistische Färbung verliess überhaupt ungeheuer schnell das Bewustsein der bürgerlichen Intelligenz, sobald sich das strenge Regime der Arbeiterdiktatur näherte. Dafür aber begrüssten die Soldaten selbst der rückständigsten Regimenter die Kommissare des Militär-Revolutionären Komitees mit Begeisterung. Sogar von den Kosakenkontingents und von der sozialistischen Minorität der Fähnriche kamen Delegierte zu uns. Im Fall eines offenen Zusammenstosses stellten sie uns zumindest die Neutralität ihrer Kontingente in Aussicht. Die Regierung Kerenskis hing offensichtlich in der Luft.

Der Rayonsstab trat mit uns in Verhandlungen und schlug uns einen Kompromis vor. Um die Widerstandskraft des Feindes zu ermessen, traten wir in Verhandlungen ein. Aber

der Generalstab war nervös: bald beschwichtigte, bald drohte er und erklärte sogar unsere Kommissare für ungültig, was übrigens auf ihre Tätigkeit nicht den geringsten Einfluss ausübte. In Uebereinstimmung mit dem Generalstab setzte das Zentral-Exekutivkomitee als Hauptkommissar im Petrograder Militärbezirk den Stabskapitän Malewski ein, und drückte grossmütig seine Bereitwilligkeit aus, unsere Kommissare anzuerkennen, — unter der Bedingung, dass sie sich diesem Hauptkommissar unterwürfen. Dieser Vorschlag wurde von uns abgelehnt, und die Verhandlungen brachen ab. Angesehene Menschewiki und Sozialisten-Revolutionäre kamen als Vermittler zu uns, beschwichtigten uns, drohten und prophezeiten unseren Untergang und den Untergang der Revolution überhaupt.

„Der Tag des Petrograder Sowjets."

Das Gebäude des Smolni-Instituts befand sich zu jener Zeit bereits in den Händen des Petrograder Sowjets und unserer Partei. Die Menschewiki und die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre übertrugen ihre politische Tätigkeit in das Marien-Palais, wo das kaum geborene Vorparlament in seinen letzten Zügen lag. Kerenski trat im Vorparlament mit einer grossen Rede hervor, in der er unter stürmischem Applaus des bürgerlichen Flügels und hinter kreischenden Drohungen seine Ohnmacht zu verbergen suchte. Der Generalstab machte noch einen letzten Versuch des Widerstandes. Er schickte an alle Teile der Garnison die Aufforderung, von jedem Kontingent je zwei Delegierte abzusenden, zum Zweck der Verhandlungen wegen der Entfernung des Militärs aus der Hauptstadt. Die Beratung war auf den 22. Oktober ein Uhr mittags angesetzt. Die Regimenter benachrichtigten uns sofort von dieser Aufforderung. Wir beriefen telephonisch eine Garnisonberatung auf 11 Uhr vormittags

ein. Ein Teil der Delegierten begab sich dennoch in den Generalstab, aber nur, um die Erklärung abzugeben, dass sie ohne den Beschluss des Petrograder Sowjets keinen Schritt machen würden. Die Garnisonberatung bestätigte fast einstimmig ihre Treue an das Militär-Revolutionäre Komitee. Einwände wurden nur von Seiten der offiziellen Vertreter der ehemaligen Sowjet-Parteien gemacht, aber diese fanden bei den Delegierten der Regimenter keinen Anklang. Die Anstrengungen des Generalstabes hatten uns nur umso deutlicher gezeigt, dass wir festen Boden unter den Füssen hatten. An erster Stelle stand das Wolynien-Regiment, dasjenige Regiment, das in der Nacht vom 4. Juli unter den Klängen seiner Regimentsmusik das Taurische Palais verlassen hatte, um die Bolschewiki zu knebeln.

Wie erwähnt, hatte das Zentral-Exekutiv-Komitee die Kasse des Petrograder Sowjets und seine Publikationen in den Händen. Der Versuch, sich sei es auch nur einer dieser Publikationen zu bemächtigen, hatte zu nichts geführt. Seit Ende September hatten wir eine Reihe von Schritten unternommen, um eine selbständige Zeitung des Petrograder Sowjets zu schaffen. Aber alle Druckereien waren besetzt, und deren Besitzer boykottierten uns, unterstützt von dem Zentral-Exekutiv-Komitee. So beschlossen wir, den „Tag des Petrograder Sowjets“ zu arrangieren, um eine grosszügige Agitation zu entwickeln und Geldmittel für eine Zeitung zu sammeln. Dieser Tag war zwei Wochen vorher auf den 22. Oktober festgesetzt worden; er fiel also auf den Augenblick des offenen Aufstandes.

Die feindliche Presse versicherte mit Gewissheit, dass am 22. Oktober in den Strassen von Petrograd ein bewaffneter Aufstand der Bolschewiki stattfinden würde. Dass der Aufstand stattfinden würde, — daran zweifelte kein Mensch. Man war nur noch bemüht, das Datum zu erraten, — man erging sich in Vermutungen und Prophezeiungen und versuchte, uns auf diesem Wege eine Widerlegung oder Be-

stätigung abzuzwingen. Aber der Sowjet schritt ruhig und sicher vorwärts, ohne auf das Gebrüll der öffentlichen Meinung der Bourgeoisie einzugehen. Der 22. Oktober wurde zum Paradetag der Kräfte der proletarischen Armee. Er verlief vortrefflich in jeder Hinsicht. Ungeachtet aller von rechts aus erlassenen Warnungen, dass in den Strassen von Petrograd das Blut in Strömen fliessen würde, drängten sich die Volksmassen zu den Meetings des Petrograder Sowjets in Scharen. Alle Rednerkräfte wurden in Bewegung gesetzt. Alle öffentlichen Institutionen waren überfüllt. Stundenlang gingen ununterbrochen die Meetings vor sich. Als Redner traten auf: Unsere Parteimitglieder, Delegierte des Sowjet-Kongresses, Vertreter von der Front, linksstehende Sozialisten-Revolutionäre und Anarchisten. Alle Gebäude der öffentlichen Institutionen waren von den Wogen der Arbeiter, Soldaten und Matrosen überflutet. Solche Versammlungen hatten sogar während der Revolution in Petrograd nur selten stattgefunden. Auch ein bedeutender Teil des Kleinbürgertums geriet in Bewegung, eher aufgehetzt als erschreckt durch das Geschrei, die Warnungen und die Hetzjagd der bürgerlichen Presse. Zehntausende von Menschen überfluteten das Gebäude des Volkshauses, wälzten sich in den Korridors und überfüllten die Säle. Um die eisernen Säulen herum hingen wie ungeheure Weinranken Guirlanden von Menschenköpfen, Händen und Füssen. In der Luft herrschte jene elektrische Spannung, die alle kritischsten Momente der Revolution auszeichnet, „Nieder mit der Regierung Kerenskis!“ — „Nieder mit dem Krieg!“ — „Die ganze Regierungsgewalt den Sowjets!“ Vor diesen ungeheuren Menschenmengen wagte sich aus der Mitte der ehemaligen Sowjetparteien kein Mensch mit einem Wort des Widerspruchs hervor. Der Petrograder Sowjet dominierte absolut. Eigentlich war die Kampagne bereits gewonnen. Es blieb nur noch übrig, der illusorischen Regierung den letzten militärischen Stoss zu versetzen.

Eroberung der schwankenden Kontingente.

Die Vorsichtigsten unter uns selbst erzählten sich, es gäbe noch Kontingente, die nicht für uns wären, so die Kosaken, das Kavallerieregiment, das Semenow-Regiment, die Kraftfahrer. Zu diesen Kontingenten wurden Kommissare und Agitatoren abgeordnet. Ihre Berichte klangen durchaus befriedigend: die bis zur Rotglut erhitzte Atmosphäre nahm Alles und Alle gefangen und selbst die konservativsten Elemente der Armee hatten keine Möglichkeit mehr, der allgemeinen Tendenz der Petrograder Garnison zu widerstehen. Ich war auf einem unter freiem Himmel abgehaltenen Meeting des Semenow-Regiments, das als die beste Stütze der Regierung Kerenskis galt. Dort hatten sich die angesehensten Redner des rechten Flügels eingefunden. Sie klammerten sich an das konservative Garderegiment, als den letzten Halt der Koalitionsregierung. Nichts half mehr. Mit einer überwiegenden Majorität sprach sich das Regiment für uns aus und schnitt den ehemaligen Ministern einfach das Wort ab. Diejenigen Gruppen, die noch gegen die Parolen des Sowjets arbeiteten, setzten sich zumeist aus Offzieren, Einjährig-Freiwilligen und aus der bürgerlichen Intelligenz und Halbintelligenz zusammen. Die Arbeiter- und Bauernmassen waren ganz auf unserer Seite. Die Abgrenzung vollzog sich auf einer scharf gezogenen sozialen Linie.

Die zentrale Militärbasis von Petrograd ist die Peter-Pauls-Festung. Wir hatten dort als Kommandanten einen jungen Leutnant eingesetzt. Es erwies sich, dass er am Platze war und in einigen Stunden die Situation beherrschte. Die rechtmässigen Herren der Festung traten abwartend zur Seite. Als zuverlässige Elemente galten für uns die Kraftfahrsoldaten, die im Juli die im Schloss der Kschessinskaja befindliche Militärorganisation unserer Partei zerstört und dieses Schloss besetzt hatten. Am 23. fuhr ich gegen 2 Uhr mittags nach der Festung. Die Redner des rechten Flügels verhielten

sich im höchsten Masse vorsichtig und ausweichend; sie gingen hartnäckig der Frage nach der Person Kerenskis aus dem Wege, während Kerenskis Name auch unter den Soldaten unvermeidlich Rufe des Protestes und der Empörung hervorrief. Uns hörte man an, und man folgte uns. Gegen 4 Uhr versammelten sich die Kraftfahrleute in der Nachbarschaft, im Zirkus „Moderne“ zu einer Bataillons-Sitzung. Als Redner trat dort unter anderen der General-Quartiermeister Paradjelow auf. Er sprach mit äusserster Vorsicht. Weit zurück lagen die Tage, da die offiziellen und offiziösen Redner nicht anders von der Arbeiterpartei sprachen, als von einer Bande von Verrätern und Mietlingen des deutschen Kaisers. Der Stellvertreter des Generalstabschefs trat auf mich zu: „Aber ich bitte Sie, man muss sich doch irgendwie einigen...“ Aber schon war es zu spät. Nach den Diskussionen entschied sich das Bataillon mit einer Mehrheit gegen 30 Stimmen für die Uebergabe der Regierung an die Sowjets.

Der Beginn des Aufstandes

Die Regierung Kerenskis warf sich kopflos hin und her. Von der Front wurden zwei neue Bataillone Kraftfahrer und die Flieger-Abwehrbatterie zitiert; es wurde auch versucht, die Kavallerie-Kontingente herbeizuholen . . . Die Kraftfahrer schickten von unterwegs an den Petrograder Sowjet ein Telegramm: Man führt uns nach Petrograd, wissen nicht wozu, bitten um Aufklärung. — Wir hiessen sie Halt machen und eine Delegation nach Petrograd schicken. Die Delegierten kamen und erklärten uns in den Sitzungen der Sowjets, dass das Bataillon vollzählig auf unserer Seite wäre. Das rief einen Sturm der Begeisterung hervor. Das Bataillon wurde angewiesen, sofort die Hauptstadt zu beziehen.

Die Zahl der Delegierten von der Front wuchs mit jedem Tag. Sie kamen, erkundigten sich nach dem Stand der Dinge,

liessen sich von uns Literatur geben und kehrten nach der Front zurück, um dort die Botschaft zu verbreiten, dass der Petrograder Sowjet für eine Regierung der Arbeiter, Soldaten und Bauern kämpfte. „Die Schützengräben werden Euch unterstützen" sprachen sie zu uns. Die alten Armeekomitees, die während der letzten vier, fünf Monate keine Neuwahlen erfahren hatten, schickten uns Telegramme voller Drohungen, die aber niemanden schreckten: Wir wussten, dass die Komitees den Massen der Soldaten mindestens so fern standen, wie das Zentral-Exekutiv Komitee den lokalen Sowjets.

Das Militär-Revolutionäre Komitee setzte an allen Bahnhöfen Kommissare ein. Diese verfolgten aufmerksam die ankommenden und abgehenden Züge und, besonders, die Verschiebung der Truppen. Ein ununterbrochener Telephon- und Automobilverkehr mit den anliegenden Städten und deren Garnisonen wurde eingeführt. Alle an Petrograd anschliessenden Sowjets wurden verpflichtet, aufmerksam darauf zu achten, dass in die Hauptstadt keine contre-revolutionären oder, richtiger, keine von der Regierung betrogenen Truppen einträfen. Das untere Bahnhofpersonal und die Arbeiter erkannten unsere Kommissare sofort an. Auf der Telephonstation traten am 24. Schwierigkeiten ein: wir bekamen keine Verbindung mehr. Die Station war von Fähnrichen besetzt worden, unter deren Schutz die Telephonistinnen sich in Opposition zum Sowjet setzten. Das war das erste Anzeichen der kommenden Sabotage. Das Militär-Revolutionäre Komitee schickte nach der Telephonstation eine Abteilung Soldaten und stellte am Eingang zwei kleine Kanonen auf. So begann die Besitzergreifung der Regierungsorgane. Die Matrosen und die Roten Gardisten belegten mit kleinen Trupps den Telegraph, das Postamt und andere Aemter. Es wurden Massregeln ergriffen, um die Staatsbank zu erobern. Der Mittelpunkt der Regierung, das Smolni-Institut, wurde in eine Festung verwandelt. Auf dem Dachboden hatten sich noch als Erbe vom alten Zentral-Exekutiv-Komitee ein paar Dutzend

Maschinengewehre gefunden; aber sie waren verwahrlost, und es fehlte die kundige Bedienung. Wir beorderten nach dem Smolni eine ergänzende Maschinengewehr-Abteilung. Am frühen Morgen rollten schon die Soldaten unter dröhnendem Gepolter ihre Maschinengewehre über die Steinfliesen der langen und halbdunklen Korridore des Smolni-Instituts. Zu den Türen schauten die erstaunten oder erschreckten Gesichter der wenigen im Smolni noch zurückgebliebenen Sozialisten-Revolutionäre oder Menschewiki heraus.

Der Sowjet versammelte sich im Smolni täglich, genau so wie die Garnisonkonferenz.

Im dritten Stockwerk des Smolni, in einem kleinen Eckzimmer, tagte in Permanenz das Militär-Revolutionäre-Komitee. Dort liefen alle Nachrichten zusammen: über die Verschiebung der Truppen, über die Stimmung unter den Soldaten und den Arbeitern, über die Agitation in den Kasernen, über die Exzesse der Pogromleute, über die Beratungen der bürgerlichen Politiker, über das Treiben im Winterpalais und die Pläne der früheren Sowjet-Parteien. Von allen Seiten trafen die Berichterstatter ein. Es kamen Arbeiter, Offiziere, Pförtner, sozialistisch gesinnte Fähnriche, Dienstmädchen, Damen. Viele erzählten blanken Unsinn, andere wieder übermittelten ernsthafte und wertvolle Nachrichten. Der entscheidende Augenblick rückte näher. Es war klar, dass es kein Zurück mehr gab.

Am 4. Oktober, abends, erschien Kerenski im Vorparlament und verlangte die Genehmigung der Repressivmassregeln gegen die Bolschewiki. Aber das Vorparlament befand sich im Zustand trauriger Kopflosigkeit und völligen Zerfalls. Die Kadetten überredeten die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre, eine Vertrauensresolution anzunehmen, die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre übten eine Pression auf das Zentrum aus, das Zentrum schwankte, der „linke" Flügel führte eine Politik parlamentarischer Opposition. Nach vielen Beratungen, Streitigkeiten und vielem Hin und Her ging die

Resolution des linken Flügels durch, die die aufrührerische Bewegung des Sowjets verurteilte; die Verantwortung für diese Bewegung wurde aber auf die antidemokratische Politik der Regierung geschoben. Mit der Post liefen Dutzende von Briefen ein, die uns Nachrichten von Todesurteilen, die gegen uns gefällt wurden, brachten, von Höllenmaschinen, von einem bevorstehenden Dynamitattentat auf das Smolni-Institut usw. Die bürgerliche Presse heulte wild vor lauter Hass und Furcht. Gorki, der sein „Lied vom Falken" gründlich vergessen zu haben schien, fuhr in der „Nowaja Schisn" mit seinen Prophezeiungen eines bevorstehenden Weltunterganges fort.

Die Mitglieder des Militär-Revolutionären-Komitees hatten die ganze letzte Woche Smolni nicht mehr verlassen; sie schliefen auf den Diwans und gönnten sich nur wenig Schlaf, in einem fort geweckt von Kurieren, Kundschaftern, Radfahrern, Telegraphisten und Telephonanrufen. Am aufregendsten war die Nacht vom 24. auf den 25. Wir wurden telephonisch aus Pawlowsk benachrichtigt, dass die Regierung die Artillerie von dort abberiefe, ebenso aus Peterhof — die Unteroffiziersschule. Im Winterpalais wurden um Kerenski Fähnriche, Offiziere und die Angriffstruppen vom Frauenregiment gesammelt. Wir erteilten telephonisch die Order, auf allen Wegen, die nach Petrograd führten, sichere Militärposten aufzustellen und dem von der Regierung herbeigerufenen Militär Agitatoren entgegenzusenden. Wenn Worte allein nicht wirken sollten, dann sollte man die Waffen in Gang setzen. Alle Verhandlungen wurden telephonisch ganz offen geführt und waren infolgedessen den Regierungsagenten vollkommen zugänglich.

Die Kommissare teilten uns telephonisch mit, dass auf allen Zufahrtsstrassen nach Petrograd unsere Freunde wachten. Dennoch drang ein Teil der Oranienbaumer Fähnriche nachts durch und wir verfolgten telephonisch ihre weitere Bewegung. Die Aussenwache des Smolni wurde verstärkt, indem wir eine neue Kompagnie herbeiholten. Die Verbindung mit allen

Teilen der Garnison blieb ununterbrochen. Die wachthabenden Kompagnien blieben in allen Regimentern auf den Füssen. Tag und Nacht standen die Delegierten zur Verfügung des Militär-Revolutionären-Komitees. Es wurde Befehl erteilt, die Agitation der Schwarzen Hundert energisch zu unterdrücken und beim ersten Versuch von Strassenkrawallen Waffen zu gebrauchen und unbarmherzig vorzugehen.

Im Lauf dieser entscheidenden Nacht gingen alle wichtigsten Punkte der Stadt in unsere Hände über — fast widerstandslos, ohne Kampf, ohne Opfer. Die Staatsbank war von einer Regierungswache und einem Panzerauto bewacht gewesen. Das Gebäude wurde auf allen Seiten von unseren Truppen umzingelt, und das Panzerauto wurde überrumpelt, sodass die Bank ohne einen einzigen Schuss in die Hände des Militär-Revolutionären-Komitees überging.

Auf der Newa lag neben der Franco-Russischen Fabrik der Kreuzer „Aurora", der sich in Reparatur befand. Seine Besatzung bestand ausschliesslich aus Matrosen, die der Revolution bedingungslos ergeben waren. Als Kornilow Ende August Petrograd bedrohte, wurden die Matrosen der „Aurora" von der Regierung herbeigerufen, um das Winterpalais zu schützen. Und obwohl sie schon damals der Regierung Kerenskis mit grösster Feindseligkeit gegenüberstanden, so begriffen sie doch ihre Pflicht, den contre-revolutionären Ansturm abzuwehren, und nahmen ohne jede Gegenrede ihre Posten ein. Als die Gefahr vorbei war, wurden sie dann abgeschoben. Jetzt, in den Tagen des Oktoberaufstandes waren sie allzu gefährlich. So wurde vom Marineministerium an die „Aurora" der Befehl erteilt, auszulaufen und die Gewässer Petrograds zu verlassen. Die Besatzung teilte es uns unverzüglich mit. Wir hoben den Befehl auf, und der Kreuzer blieb auf seinem Platz, bereit, jeden Augenblick alle seine Kampfeskräfte im Namen der Sowjetregierung in Bewegung zu setzen.

Der entscheidende Tag.

Im Morgengrauen des 25. erschienen im Smolni ein Arbeiter und eine Arbeiterin aus der Parteidruckerei mit der Mitteilung, die Regierung hätte das Zentralorgan unserer Partei und die neue Zeitung des Petrograder Sowjets unterdrückt. Die Druckerei war von irgend welchen Regierungsagenten versiegelt worden. Das Militär-Revolutionäre Komitee hob sofort diese Verfügung auf, nahm die beiden Organe unter seinen Schutz und betraute „das ruhmreiche Wolynien-Regiment mit der hohen Ehre, das freie sozialistische Wort vor contre-revolutionären Attentaten zu schützen“. Die Druckerei arbeitete nachher ohne Unterbrechung, und die beiden Zeitungen erschienen zur festgesetzten Stunde.

Die Regierung hielt immer noch ihre Sitzungen im Winterpalais ab, aber sie war nur noch der Schatten einer Regierung. In politischer Hinsicht existierte sie nicht mehr. Im Laufe des 25. Oktober wurde das Winterpalais nach und nach von allen Seiten von unsern Truppen umzingelt. Um ein Uhr mittags gab ich in der Sitzung des Petrograder Sowjets im Namen des Militär-Revolutionären Komitees die Erklärung ab, dass die Regierung Kerenskis nicht mehr existierte und dass bis zu weiterem Beschluss des Allrussischen Sowjet-Kongresses die Regierungsgewalt in die Hände des Militär-Revolutionären Komitees überginge.

Lenin hatte schon einige Tage vorher Finnland verlassen und hielt sich versteckt in Arbeiterwohnungen in den Vororten auf. Am 25. abends traf er heimlich im Smolni ein. Laut Zeitungsnachrichten stellte er sich die Lage so vor, dass zwischen uns und der Regierung Kerenskis ein provisorisches Kompromiss im Abschluss sei. Die bürgerliche Presse hatte von dem bevorstehenden Aufstande so viel Aufhebens gemacht: von dem Aufmarsch bewaffneter Soldaten in den Strassen, den Krawallen und den unausbleiblichen Strömen Blutes, dass sie jetzt den Aufstand, der sich in der Tat voll-

zog, gar nicht wahrnahm und die Verhandlungen zwischen dem Generalstab und uns für bare Münze hielt. Unterdessen wurde ohne Wirrwar, ohne Strassenzusammenstösse, ohne Schiessen und Blutvergiessen eine Institution nach der anderen von den strengen und gut disziplinierten Kolonnen der Soldaten, Matrosen und Roten Gardisten eingenommen — alles nach genauen telephonischen Anweisungen, die von dem kleinen Zimmer im dritten Stockwerk des Smolni-Institutes ausgingen.

Am Abend fand eine provisorische Sitzung des Zweiten Allrussischen Sowjet-Kongresses statt. Als Berichterstatter im Namen des Zentral-Exekutiv-Komitees trat Dan auf. Er hielt eine Anklagerede gegen die Aufwiegler, Expropriateure und Revolteure und war bemüht, den Kongress vor dem unvermeidlichen Krach des Aufstandes bange zu machen, der angeblich in wenigen Tagen durch die Kräfte der Front unterdrückt werden musste. Seine Rede klang nicht überzeugend und war unpassend in einem Saal, in dem die überwiegende Mehrheit der Delegierten den Gang des siegreichen Petrograder Aufstandes mit Entzücken verfolgte.

Das Winterpalais war in diesem Moment bereits umzingelt, aber noch nicht eingenommen. Von Zeit zu Zeit wurden aus seinen Fenstern Schüsse auf die belagernden Truppen abgegeben, die langsam und vorsichtig ihren Ring immer verengten. Aus der Peter-Pauls-Festung wurden zwei, drei Kanonenschüsse auf das Palais abgegeben. Ihr entferntes Dröhnen drang bis an die Mauern des Smolni-Institutes. In ohnmächtiger Empörung sprach Martow von der Tribüne des Kongresses herab vom Bürgerkrieg und ganz besonders von der Belagerung des Winterpalais, wo unter den Ministern sich — oh, Entsetzen! — Mitglieder der Partei der Menschewiki befänden. Ihm opponierten zwei Matrosen, die zum Zweck der Berichterstattung direkt vom Kampfplatz eingetroffen waren. Sie erinnerten an den Auftritt am 18. Juni, an die ganze verräterische Politik der alten Regierung, an die

Wiedereinführung der Todesstrafe für die Soldaten, an die Verhaftungen und Unterdrückungen revolutionärer Organisationen; und sie gelobten, zu siegen oder zu sterben. Dieselben Matrosen überbrachten uns auch die Botschaft von unseren ersten Opfern auf dem Platz vor dem Palais.

Wie auf ein unsichtbares Signal erhoben sich Alle von den Sitzen, und mit einer Einstimmigkeit, die nur durch eine hohe moralische Spannung geschaffen wird, sang die Versammlung den Trauergesang. Wer diesen Augenblick miterlebt hat, der wird ihn nie vergessen ...

Die Sitzung wurde unterbrochen. Es war unmöglich, theoretisch die Frage nach dem Aufbau der Regierung weiter zu erörtern, unter dem Getöse des Kampfes und der Schüsse vor dem Winterpalais, wo das Schicksal dieser selben Regierung praktisch gelöst wurde.

Die Einnahme des Palais zog sich jedoch hinaus, und das rief unter den weniger entschiedenen Elementen des Kongresses eine Schwankung hervor. Der rechte Flügel prophezeite uns durch seine Redner einen baldigen Untergang. Voller Spannung warteten alle auf die Nachrichten vom Platz vor dem Winterpalais. Nach einiger Zeit erschien Antonow, der die Operationen leitete. Im Saal trat vollkommene Stille ein: Das Winterpalais — genommen, Kerenski — geflüchtet, die übrigen Minister verhaftet und nach der Peter-Pauls-Festung verbracht! Das erste Kapitel der Oktober-Revolution war damit zu Ende.

Die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki, im ganzen gegen sechzig Mann, d. h. gegen ein Zehntel des Kongresses, verliessen unter Protest die Sitzung. Da ihnen nichts anderes übrig blieb, so „übertrugen sie die ganze Verantwortung“ für alles Kommende auf die Bolschewiki und die linken Sozialisten-Revolutionäre. Diese letzteren schwankten hin und her. Ihre Vergangenheit verband sie mit der Partei von Tschernow. Der rechte Flügel dieser Partei hatte sich vollkommen auf den Mittelstand und

die kleinbürgerlichen Elemente, die kleinbürgerliche Intelligenz und die wohlhabenden Dorfschichten verschoben und ging in allen entscheidenden Fragen Hand in Hand mit der liberalen Bourgeoisie gegen uns. Die revolutionärsten Elemente dieser Partei, in denen sich noch der Radikalismus der sozialen Forderungen der ärmsten Bauernmassen spiegelte, tendierte zum Proletariat und dessen Partei. Sie fürchteten jedoch die Nabelschnur zu zerschneiden, die sie mit ihrer alten Partei verband. Als wir das Vorparlament verliessen, lehnten sie es also ab, uns zu folgen und warnten uns vor dem „Abenteuer". Der Aufstand stellte sie aber vor die Notwendigkeit einer Wahl: für die Sowjets oder gegen die Sowjets. Nicht ohne Schwanken schlossen sie ihre Reihen an jener Seite der Barrikade, an der wir uns befanden.

Bildung des Sowjets der Volkskommissare.

In Petrograd war der Sieg vollkommen. Die Regierung befand sich vollends in den Händen des Militär-Revolutionären Komitees. Wir erliessen die ersten Dekrete über die Abschaffung der Todesstrafe, die Neuwahlen der Armeekomitees usw. Aber da stellte sich heraus, dass wir von der Provinz abgeschnitten waren. Die höheren Schichten der Eisenbahn-, der Post- und Telegraphenbeamten waren gegen uns. Die Armeekomitees, die Stadträte und die Semstwos fuhren fort, das Smolni-Institut mit bedrohlichen Telegrammen zu bombardieren, in denen sie uns direkt den Krieg erklärten und mit uns Aufwieglern in kürzester Zeit fertig zu werden versprachen. Unsere Telegramme, Dekrete und Erklärungen erreichten die Provinz nicht, da die Petrograder Telegraphen-Agentur sich weigerte, uns zu unterstützen. In dieser Atmosphäre der Isoliertheit der Hauptstadt vom übrigen Land entstanden und verbreiteten sich beunruhigende und ungeheuerliche Gerüchte mit Leichtigkeit.

Als die bürgerliche und vermittelnde Presse sich davon überzeugen konnte, dass der Sowjet tatsächlich die Gewalt besass, dass die alte Regierung verhaftet war, und in den Strassen von Petrograd die bewaffneten Arbeiter herrschten, da erhob sie gegen uns eine Kampagne von wahrhaft unvergleichlicher Raserei; es gab keine Lüge und keine Verleumdung, die diese Presse gegen das Militär-Revolutionäre Komitee, seine Leiter und seine Kommissare nicht mobil gemacht hätte.

Am 26. fand tags die Sitzung des Petrograder Sowjets unter Teilnahme der Delegierten des Allrussischen Kongresses, der Mitglieder der Garnisonkonferenz und eines zahlreichen Parteipublikums statt. Hier traten zum ersten Mal, nach fast viermonatlicher Unterbrechung, Lenin und Sinowjew auf, empfangen von stürmischen Ovationen. Die Freude über den errungenen Sieg wurde jedoch von der Besorgnis getrübt, wie das Land diesen Umschwung aufnehmen würde und ob die Sowjets die Regierungsgewalt wirklich behalten würden...

Abends fand eine beschliessende Sitzung des Sowjets-Kongresses statt. Lenin brachte zwei Dekrete ein: über den Frieden und über die Landverteilung. Die beiden wurden nach kurzen Diskussionen einstimmig angenommen. In dieser selben Sitzung wurde eine neue Zentralregierung in Form des Sowjets der Volkskommissare geschaffen.

Das Zentralkomitee unserer Partei machte den Versuch, eine Einigung mit den linken Sozialisten-Revolutionären zu erzielen. Es wurde ihnen angeboten, an der Bildung der Sowjet-Regierung teilzunehmen. Sie schwankten und bezogen sich darauf, dass ihrer Meinung nach die Regierung einen Koalitionscharakter innerhalb der Grenzen der Sowjetparteien haben müsste. Aber die Menschewiki und die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre hatten zu dem Sowjet-Kongress jede Beziehung abgebrochen, denn sie hielten eine Koalition mit den anti-Sowjetparteien für notwendig. Uns blieb nichts mehr übrig, als es den linksstehenden Sozialisten-Revolutionären zu überlassen, ihre Nachbarn rechts zur Rückkehr in

das Lager der Revolution zu überreden; aber solange sie dieses hoffnungslose Geschäft betrieben, hielten wir uns für verpflichtet, die ganze Verantwortung für die Regierung ungeteilt auf unsere Partei zu wälzen. Die Liste der Volkskommissare war ausschliesslich aus Bolschewiki zusammengesetzt. Darin lag entschieden eine gewisse politische Gefahr: der Uebergang war zu krass, — man denke nur daran, dass die Führer dieser Partei noch bis zum letzten Tage laut Paragraph 108, d. h. wegen Landesverrat, unter Anklage standen. Aber es gab keine andere Wahl. Die anderen Sowjetparteien schwankten und entzogen sich der Verantwortung: sie zogen es vor, eine abwartende Position einzunehmen. Zu guterletzt zweifelten wir nicht mehr daran, dass unsere Partei allein eine revolutionäre Regierung zu schaffen im Stande sei.

Die ersten Tage des neuen Regimes.

Die vom Kongress bestätigten Dekrete über die Landverteilung und den Frieden wurden in einer ungeheuren Anzahl gedruckt und fanden durch die aus den Dörfern eingetroffenen Delegationen, sowohl wie durch die Agitatoren, die wir nach den Provinzen und den Schützengräben absandten, eine Verbreitung im ganzen Lande. Gleichzeitig gingen die Arbeiten zur Organisation und Bewaffnung der Roten Garde vor sich. Zusammen mit der alten Garnison und den Matrosen trug diese die schwere Aufgabe des Ueberwachungsdienstes. Der Sowjet der Volkskommissare eroberte eine Regierungsinstitution nach der andern, stiess aber überall auf die passive Resistenz der obern und mittlern Beamtenschaft. Die frühern Sowjetparteien verwandten alle ihre Kräfte, um in diesen Schichten eine Stütze zu finden und die Sabotage der neuen Regierung zu organisieren. Unsere Feinde waren überzeugt, dass es sich in der Tat um eine Episode handelte, dass die

Sowjetregierung morgen, übermorgen oder spätestens in acht Tagen gestürzt sein würde . . . Im Smolni-Institut fanden sich unterdessen die ersten ausländischen Konsuln und Botschafts-Mitglieder ein, ebenso von dringenden laufenden Tagesgeschäften wie von der Neugierde getrieben. Korrespondenten eilten mit ihren Notizbüchern und photographischen Apparaten herbei. Alle hatten es eilig, sich die neue Regierung anzusehen, denn alle waren überzeugt, dass ein paar Tage später es bereits zu spät sein würde.

In der Stadt herrschte vollkommene Ordnung. Die Matrosen, Soldaten und Roten Gardisten benahmen sich in diesen ersten Tagen mit ausgezeichneter Disziplin und stützten das Regime rauher revolutionärer Ordnung auf's beste.

Im Lager unserer Feinde erhob sich die Befürchtung, die „Episode“ könnte am Ende zu lange dauern; zugleich betrieb man in aller Eile die Organisation des ersten Anschlages gegen die neue Regierung. Die Initiative gehörte dabei den Sozialisten-Revolutionären und den Menschewiki. In der vergangenen Epoche hatten sie es weder gewollt noch gewagt, die ganze Gewalt in ihre Hände zu nehmen. Ihrer provisorischen politischen Lage entsprechend, begnügten sie sich damit, dass sie innerhalb der Koalitionsregierung als Gehilfen, Kritiker, wohlmeinende Enthüller und Verteidiger der Bourgeoisie funktionierten. Zur Zeit aller Wahlen riefen sie gewissenhaft auf das Haupt der liberalen Bourgeoisie den Fluch herab, um sich dann in der Regierung mit ihr ebenso gewissenhaft zu verbünden. Im Verlauf von sechs Monaten der Revolution kamen sie infolge dieser Politik schliesslich so weit, dass sie das Vertrauen der Volksmassen und der Armee endgültig eingebüsst hatten; der Oktoberaufstand entzog ihnen nun mit einem Schlag auch den Staatsapparat. Noch gestern hatten sie sich für die Herren der Situation gehalten; die von ihnen verfolgten Führer der Bolschewiki lebten illlegal und versteckten sich, ganz wie zur Zeit des Zarismus. Und heute besassen die Bolschewiki die Regie-

rungsgewalt, während die Minister von gestern — die Vermittler und ihre Mitarbeiter — zur Seite geschoben waren und mit einem Schlag jeden Einfluss auf den weiteren Gang der Ereignisse verloren hatten. Die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki wollten und konnten nicht glauben, dass dieser jähe Umsturz den Anfang einer neuen Aera bedeutete. Sie wollten glauben und zwangen sich zu glauben, dass hier eine Zufälligkeit, ein Missverständnis vorliege, das durch einige energische Reden und aufklärende Artikel beseitigt werden könnte. Aber mit jeder Stunde stiessen sie auf immer unüberwindlichere Hindernisse. Daher stammt auch ihr blinder, wahrhaft wahnwitziger Hass gegen uns.

Die bürgerlichen Politiker riskierten es natürlich nicht, sich ins Feuer zu wagen. Sie schoben die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki vor, die im Kampf gegen uns all die Energie erwarben, die ihnen damals abging, als sie die Partei der Halbregierung bildeten. Ihre Organe verbreiteten immer ungeheuerliche Gerüchte und Verleumdungen. In ihrem Namen gingen Proklamationen aus, die direkte Aufforderungnn enthielten, die neue Regierung zu stürzen. Sie organisierten auch die Beamten zum Zwecke der Sabotage und die Fähnriche — zum Zwecke von Militäranschlägen.

Am 27. und 28. erhielten wir immer weiter von den Armeekomitees, den Stadträten, den Semstwos, den Organisationen von Wikschel (der leitenden Institution des Eisenbahnerverbandes) unaufhörliche telegraphische Drohungen. Der Newski Prospekt, die Hauptverkehrsader der Bourgeoisie der Hauptstadt, wurde immer belebter. Die bürgerliche Jugend machte sich von der Erstarrung los und entwickelte, — von der Presse angestachelt, — auf dem Newski Prospekt eine immer grössere Agitation gegen die Sowjetregierung. Mit Hülfe des bürgerlichen Publikums entwaffneten die Fähnriche einzelne Rote Gardisten. In den entlegeneren Strassen wurden die Roten Gardisten und die Matrosen einfach abgeschossen. Eine Gruppe von Fähnrichen bemächtigte sich der Tele-

phonzentrale. Von derselben Seite aus wurden Versuche unternommen, das Telegraphenamt und das Postamt an sich zu reissen. Endlich wurde uns gemeldet, dass drei Panzerautos in die Hände irgend einer uns feindlichen Militärorganisation gefallen waren. Die bürgerlichen Elemente erhoben offensichtlich das Haupt. Die Zeitungen verkündeten, dass unsere letzte Stunde geschlagen habe. Die Unsrigen hatten einige Geheimbefehle aufgefangen, aus denen hervorging, dass gegen den Petrograder Sowjet eine Kampfesorganisation geschaffen worden wäre, in deren Mitte das sogenannte „Komitee zum Schutz der Revolution" stand — ein Komitee, das vom Stadtrat und dem Zentral-Exekutiv-Komitee in seiner alten Zusammensetzung geschaffen worden war. Hier wie dort dominierten die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki. Diesem Komitee stellten sich Fähnriche, Studenten und viele contre-revolutionäre Offiziere zur Verfügung, die hinter dem Rücken der Vermittler den Sowjets den Todesstoss zu versetzen suchten.

Der Fähnrichsaufstand vom 29. Oktober.

Als Stützpunkt für die Organisation der Gegenrevolution dienten die Fähnrichschulen und das „Ingenieur-Schloss", in denen eine ziemlich grosse Anzahl Waffen und Kriegsvorräte konzentriert waren und von denen die Anschläge gegen die revolutionäre Regierung ausgingen.

Truppen von Roten Gardisten und Matrosen umringten die Fähnrichschulen, schickten Unterhändler dahin und forderten die Ablieferung der Waffen. Als Antwort wurde geschossen. Die Belagernden standen unentschlossen herum; um sie versammelte sich Publikum, und hie und da wurden Passanten von abgeirrten Kugeln aus den Fenstern getroffen. Die Zusammenstösse bekamen einen unbestimmten und verzögernden Charakter, und das drohte den revolutionären Truppen

mit Demoralisation. Es mussten die entschiedensten Massregeln ergriffen werden. Die Aufgabe, die Fähnriche zu entwaffnen, wurde dem Kommandanten der Peter-Pauls-Festung, dem Leutenant B. anvertraut. Er umschloss die Fähnrichschulen, liess Panzerautos und Artillerie auffahren und stellte an die Fähnriche das Ultimatum: sie möchten sich ergeben, mit einer Bedenkzeit von zehn Minuten. Aus den Fenstern wurde mit neuen Schüssen geantwortet. Nach zehn Minuten befahl B., das Artilleriefeuer zu eröffnen. Gleich die ersten Schüsse schlugen in den Mauern der Schule eine gähnende Oeffnung. Die Fähnriche ergaben sich, obwohl Viele sich auch durch Flucht zu retten suchten, und noch im Fliehen schossen. So entstand die Erbitterung, die jeden Bürgerkrieg begleitet. Gewiss, die Matrosen verübten an einzelnen Fähnrichen Grausamkeiten. Die bürgerliche Presse warf nachher den Matrosen und der Sowjetregierung Unmenschlichkeit und tierische Brutalität vor. Sie verschwieg aber, dass der Staatsstreich vom 25.—26. Oktober fast ohne einen Schuss und ohne Opfer verlaufen war, und dass nur das contre-revolutionäre Komplott, das von der Bourgeoisie organisiert wurde, und ihre junge Generation in das Feuer des Bürgerkrieges gegen die Arbeiter, Soldaten und Matrosen stürzte, zu unvermeidlichen Grausamkeiten und Opfern führen musste. Der 29. Oktober erzeugte in der Stimmung der Petrograder Bevölkerung einen jähen Umschwung. Die Ereignisse hatten einen tragischeren Charakter angenommen. Und zugleich hatten unsere Feinde begriffen, dass die Sache viel ernsthafter sei als sie glaubten, und dass der Sowjet gar nicht daran denke, die von ihm eroberte Regierungsgewalt auf Befehl der kapitalistischen Zeitungen und der Fähnriche niederzulegen.

Die Säuberung Petrograds von contre-revolutionären Herden vollzog sich mit grosser Intensität. Die Fähnriche wurden fast durchwegs entwaffnet und die Teilnehmer am Komplott verhaftet, in die Peter-Paulsfestung gebracht, oder nach Kron-

stadt transportiert. Die Zeitungen, die offen zu einem Aufstand gegen die Sowjetregierung aufriefen, wurden unterdrückt. Gegen einige Führer der früheren Sowjetparteien, deren Namen unter den aufgefangenen contre-revolutionären Verfügungen figurierten, wurden Haftbefehle erlassen. Der militärische Widerstand der Hauptstadt war endgültig gebrochen.

Nun kam ein langwieriger und erschöpfender Kampf gegen die streikenden Beamten, Techniker, Angestellten usw. an die Reihe. Diese Elemente, die nach der Entlohnung ihrer Arbeit zum grossen Teil zu den unterdrückten Klassen des Volkes gehören, schliessen sich infolge ihrer Existenzbedingungen und ihrer Psychologie an die bürgerliche Gesellschaft an. In Treu und Glauben dienten sie dem Staat, als an der Spitze dieses Staates der Zarismus stand. Sie dienten diesem Staate auch ferner, als die Gewalt in die Hände der imperialistischen Bourgeoisie übergegangen war. Sie, mit ihren Kenntnissen und technischen Fähigkeiten, gingen in der darauf folgenden Periode der Revolution als Erbe zu der Koalitionsregierung über. Als aber die aufständischen Arbeiter, Soldaten und Bauern die ausbeutenden Gesellschaftsklassen vom Staatsruder verdrängten und die Staatslenkung in die eigenen Hände zu nehmen versuchten, da stellten sich die Beamten und die Angestellten auf die Hinterbeine und verweigerten der neuen Regierung jede Unterstützung. Je weiter, um so mehr entfaltete sich diese Sabotage, als deren Organisatoren hauptsächlich die Sozialisten-Revolutionäre und die Menschewiki auftraten, und die mit den Finanzmitteln der Banken und der Entente-Botschafter genährt wurden.

Kerenskis Marsch auf Petrograd.

Je solider die Sowjetregierung in Petrograd dastand, um so mehr verlegten die bürgerlichen Gruppen ihre Hoffnungen auf eine militärische Hilfe von aussen. Die Petrograder Tele-

graphenagentur, der Eisenbahntelegraph und die Radio-Telegraphenstation von Zarskoje Selo brachten von allen Seiten die Nachrichten von ungeheuerlichen militärischen Kräften, die gegen Petrograd marschierten, um die Aufwiegler dort niederzuringen und Ordnung zu schaffen. Kerenski war nach der Front geflüchtet und die bürgerlichen Zeitungen schrieben, dass er gegen die Bolschewiki unzählige Fronttruppen führe. Wir waren vom Lande abgeschnitten, der Telegraph verweigerte uns seine Dienste. Aber die Soldaten, die in Dutzenden und Hunderten im Auftrag ihrer Regimenter, Divisionen und Korps täglich zu uns kamen, sprachen in einem fort: „Fürchtet Euch vor der Front nicht, sie ist ganz und gar auf Eurer Seite, erlasst nur die Verfügung, und wir schicken Euch, wenn es sein muss heute noch, eine Division oder ein Korps zu Hilfe". In der Armee ging dasselbe vor, wie überall: die unteren Schichten waren für uns, die oberen gegen uns. Diese letzteren hatten aber den ganzen militärtechnischen Apparat in ihren Händen. Die einzelnen Teile der viele Millionen zählenden Armee wurden von einander getrennt. Wir waren von der Armee und vom ganzen Lande abgeschnitten. Dessen ungeachtet verbreitete sich die Botschaft von der Sowjetregierung in Petrograd und deren Dekreten unaufhaltsam über das ganze Land und weckte die lokalen Sowjets zu Aufständen gegen die alte Regierung. Die Nachrichten, wonach Kerenski an der Spitze von irgend welchen Truppen gegen Petrograd marschierte, verdichteten sich bald und nahmen bestimmtere Umrisse an. Aus Zarskoje Selo wurden wir benachrichtigt, dass über Luga dort Kosakenabteilungen angerückt waren. In Petrograd wurde ein von Kerenski und dem General Krasnow unterzeichneter Aufruf verbreitet, der die Garnison aufforderte, sich den Regierungstruppen anzuschliessen, die in den nächsten Stunden in Petrograd einziehen sollten. Der Aufstand der Fähnriche vom 29. Oktober befand sich in unverkennbarem Zusammenhang mit dem Unternehmen Kerenskis, er war jedoch in-

folge der energischen Aktionen unsererseits zu früh bekannt geworden. An die Garnison von Zarskoje Selo wurde der Befehl erteilt: die heranrückenden Kosakenkontingente aufzufordern, die Sowjetregierung anzuerkennen und — im Falle ihrer Weigerung — sie zu entwaffnen. Aber die Garnison von Zarskoje Selo erwies sich für Kampfesoperationen als völlig ungeeignet. Sie hatte weder Artillerie noch Führer: die Offiziere standen der Sowjetregierung feindselig gegenüber. Die Kosaken bemächtigten sich der Radio-Station von Zarskoje Selo, der bedeutendsten im Lande, und rückten vor. Die Garnisonen von Peterhof, Zarskoje Selo und Gatschina zeigten weder Initiative noch Entschlossenheit.

Nach dem fast unblutigen Sieg in Petrograd wiegten sich die Soldaten in der Gewissheit, dass die Sache sich auch weiter genau so abspielen würde: man brauchte zu den Kosaken nur einen Agitator zu schicken, der ihnen den Sinn der Arbeiterrevolution erklären würde und sie würden die Waffen strecken! Mit Hilfe von Reden und Verbrüderungen war der contre-revolutionäre Aufstand von Kornilow überwunden worden. Mit Hilfe von Agitation und planmässigen Besetzungen von Regierungsinstitutionen wurde — ohne jeden Kampf — die Regierung Kerenskis gestürzt. Dieselben Methoden wandten nun die Sowjetleiter von Zarskoje Selo, Krasnoje Selo und Gatschina auch gegen die Kosaken des Generals Krasnow an. Aber hier blieb der Erfolg aus. Wenn auch ohne Entschlossenheit und Enthusiasmus — so rückten die Kosaken doch immer weiter vor. Einzelne Kolonnen näherten sich Gatschina und Krasnoje Selo, provozierten Zusammenstösse mit den wenigen Truppen der dortigen Garnisonen und entwaffneten sie manchmal. Von der Stärke der Kerenskischen Truppen hatten wir zuerst keine Ahnung. Die einen sagten, der General Krasnow marschiere an der Spitze von 10,000 Mann; die andern behaupteten, es seien nicht mehr als 1000; die uns feindlichen Zeitungen, schliesslich, kündigten in fingerlangen Lettern an, dass vor Zarskoje Selo zwei Armeekorps lägen.

In der Petrograder Garnison herrschte ebenfalls eine Atmosphäre von Unsicherheit: soeben erst hatte man einen unblutigen Sieg errungen und schon sollte man gegen einen Feind von wer weiss welcher Stärke zu neuen Kämpfen mit wer weiss welchem Ausgang ausziehen. In den Garnisonkonferenzen sprach man hauptsächlich von der Notwendigkeit, neue und immer neue Agitatoren an die Kosaken abzusenden und Aufrufe zu erlassen: den Soldaten erschien es einfach unmöglich, dass die Kosaken sich weigern sollten, denselben Standpunkt einzunehmen, den in ihrem Kampfe die Garnison von Petrograd eingenommen hatte. Die vorderen Kosakentruppen waren unterdessen schon ganz nahe an Petrograd herangerückt, und wir machten uns darauf gefasst, dass der Hauptkampf sich in den Strassen der Stadt abwickeln würde.

Die grösste Entschlossenheit äusserten die Roten Gardisten. Sie forderten bloss Waffen, Kriegsmaterial und Führung. Der militärische Apparat war völlig verwahrlost und verdorben, zum Teil infolge der Vernachlässigung, zum Teil aus böser Absicht. Die Offiziere zogen sich zurück, viele flüchteten; die Gewehre waren an dem einen Orte, die Patronen an einem andern. Noch schlimmer war es um die Artillerie bestellt. Die Geschütze, Lafetten, Geschosse — all das befand sich an verschiedenen Orten, alles musste im Herumtappen erst zusammengesucht werden. Die Regimenter wiesen weder Sappeurinstrumente noch Feldtelephone auf. Der revolutionäre Generalstab, der all das durch Verfügungen von oben in Gang zu setzen suchte, stiess auf unüberwindliche Hindernisse, vor allem in Form von Sabotage des militärtechnischen Personals.

Wir beschlossen dann, uns unmittelbar an die arbeitenden Klassen zu wenden. Wir setzten ihnen auseinander, dass die Errungenschaften der Revolution sich in grösster Gefahr befänden, und dass von ihnen, ihrer Energie, Initiative und Opferfreudigkeit allein es jetzt abhänge, das Regime der

Arbeiter- und Bauernregierung zu retten und zu befestigen. Dieser Appell wurde fast sofort von einem ungeheuren praktischen Erfolg gekrönt. Tausende von Arbeitern zogen der Armee Kerenskis entgegen und begannen, Schützengräben auszuheben. Die Arbeiter der Geschützfabriken richteten selbst Kanonen zu, verschafften sich selbst aus den Lagern die Geschosse, requirierten Pferde, fuhren die Geschütze auf, stellten sie auf, organisierten die Intendantur, trieben Benzin, Motore und Automobile auf, requirierten Verpflegungsmaterial und Futtermittel, stellten den Sanitätstrain auf die Füsse, kurzum — sie schufen jenen ganzen Kampfapparat, den wir vom revolutionären Generalstab aus, allein durch Verfügungen so erfolglos zu schaffen bemüht waren.

Als in den Stellungen Dutzende von Geschützen erschienen, wurde die Stimmung unserer Soldaten sofort eine andere; unter dem Schutz der Artillerie waren sie bereit, den Angriff der Kosaken zurückzuschlagen. In den ersten Linien standen die Matrosen und Roten Gardisten. Manche Offiziere, die uns politisch fern standen, aber sich ehrlich an ihre Regimenter gebunden fühlten, begleiteten ihre Soldaten zu den Stellungen und leiteten deren Aktionen gegen die Kosaken von Krasnow.

Zusammenbruch des Kerenskischen Abenteuers.

Unterdessen verbreitete der Telegraph im ganzen Lande und im Auslande die Nachricht, das „Abenteuer“ der Bolschewiki sei liquidiert, Kerenski habe Petrograd bezogen und mit eiserner Faust die Ordnung wieder hergestellt. Zugleich schrieb in Petrograd selbst die bürgerliche Presse — ermutigt durch die Nähe der Kerenskischen Truppen — von der vollkommenen Demoralisation in den Reihen der Petrograder Garnison, und dem unaufhaltsamen Vormarsch der Kosaken, die mit starker Artillerie versehen sein sollten, und

prophezeite dem Smolni-Institut ein baldiges Ende. Das Haupthindernis bot uns aber, wie gesagt, das Fehlen eines eingeübten technischen Apparares und der Mangel an Menschen, die militärische Aktionen zu leiten im Stande wären. Sogar jene Offiziere, die gewissenhaft ihre Soldaten an die Stellungen begleiteten, lehnten den Posten des obersten Heerführers ab.

Nach langem Suchen entschieden wir uns für folgende Kombination. Die Garnisonkonferenz wählte eine Kommission aus fünf Personen, und dieser wurde die oberste Kontrolle über alle Operationen gegen die contre-revolutionären Truppen, die auf Petrograd marschierten, anvertraut. Diese Kommission einigte sich nachher mit dem Generalstabsoberst Murawjow, der zur Zeit des Kerenskischen Regimes in der Opposition stand und jetzt aus eigener Initiative der Sowjetregierung seine Dienste anbot.

In einer kalten Nacht, am 30. Oktober, fuhren wir mit Murawjow im Automobil zu den Stellungen hinaus. Der Landstrasse entlang zogen Fuhren mit Proviant, Furage und Kriegsmaterial und Artillerie. All das besorgten die Arbeiter von verschiedenen Fabriken. Einige Male hielten unterwegs Posten von Roten Garden unser Automobil an und prüften den Passierschein. Seit den ersten Tagen der Oktober-Revolution waren alle Automobile in der Stadt requiriert, und ohne ein Zeugnis des Smolni durfte in den Strassen der Stadt oder in der Umgebung der Stadt kein einziges Automobil verkehren. Die Wachsamkeit der Roten Garde war über jedes Lob erhaben. Sie standen um kleine Holzfeuer herum, stundenlang, mit der Flinte in der Hand, und der Anblick dieser jungen bewaffneten Arbeiter bei den Holzfeuern auf dem Schnee war das beste Sinnbild der proletarischen Revolution.

In den Stellungen wurden viele Geschütze aufgestellt, es fehlte auch nicht an Geschossen. Der entscheidende Zusammenstoss spielte sich noch am selben Tage zwischen Krasnoje Selo und Zarskoje Selo ab. Nach einem harten Artillerie-

kampf wichen die Kosaken, die, so lange sie keinen Hindernissen begegneten, vorwärts stürmten — eilig zurück. Sie wurden die ganze Zeit hindurch belogen, indem man ihnen von den Grausamkeiten und Brutalitäten der Bolschewiki erzählte, die angeblich Russland an den deutschen Kaiser ausliefern wollten. Man redete ihnen ein, dass fast die ganze Petrograder Garnison mit Ungeduld auf sie als ihre Befreier warte. Der erste ernste Widerstand versetzte ihre Reihen in völlige Verwirrung und verurteilte das ganze Unternehmen Kerenskis zum Scheitern.

Der Rückzug der Krasnowschen Kosaken gab uns die Möglichkeit, uns der Radiostation von Zarskoje Selno zu bemächtigen. Wir gaben sofort ein Radiotelegramm über unsern Sieg über die Truppen Kerenskis auf.[1]

[1] Wir führen hier den Text des Radiotelegramms an: „Dorf Pulkowo. Generalstab, 2 Uhr 10 Minuten nachts. Die Nacht vom 30. auf 31. Oktober wird der Geschichte angehören. Der Versuch Kerenskis, gegen die Hauptstadt contre-revolutionäre Truppen zu führen, erhielt einen entscheidenden Schlag. Kerenski weicht zurück, wir schreiten vorwärts. Die Soldaten, Matrosen und Arbeiter von Petrograd haben gezeigt, dass sie im Stande und willens sind, mit den Waffen in der Hand, den Willen und die Macht der Arbeiterdemokratie zu befestigen. Die Bourgeoisie suchte die Revolutionsarmee zu isolieren. Kerenski versuchte mit Hülfe der Kosaken sie zu brechen. Sowohl das eine, wie das andere erlitt ein trauriges Fiasko.

Die grosse Idee der Diktatur der Arbeiter- und Bauerndemokratie hat die Reihen der Armee festgefügt und ihren Willen gestärkt. Das ganze Land wird von heute an überzeugt sein müssen, dass die Sowjetregierung keine vorübergehende Erscheinung, sondern die unvergängliche Tatsache der Herrschaft der Arbeiter, Soldaten und Bauern bedeute. Das Zurückschlagen Kerenskis heisst das Zurückschlagen der Grundbesitzer, der Bourgeoisie und der Anhänger Kornilows. Die Abwehr Kerenskis heisst die Bestätigung des Rechts des Volkes auf ein friedliches und freies Leben, auf Land, Brot und Macht. Die Truppen von Pulkowo besiegelten mit ihrem tapferen Angriff die Sache der Arbeiter- und Bauernrevolution. Es gibt kein Zurück zur Vergangenheit mehr. Vor uns liegen noch Kämpfe, Hindernisse und Opfer. Aber der Weg ist gebahnt und der Sieg gesichert.

Das revolutionäre Russland und die Sowjetregierung können mit Recht

Unsere ausländischen Freunde teilten uns später mit, dass die deutsche Radiotelegraphenstation laut höherem Befehl dieses Radiotelegramm nicht aufgenommen habe.

Die erste Reaktion der deutschen Regierung auf die Oktoberereignisse drückte sich auf diese Weise in der Angst aus, diese Ereignisse könnten in Deutschland selbst eine Gährung hervorrufen. In Oesterreich-Ungarn wurde ein Teil unseres Telegramms aufgenommen und, soviel uns bekannt ist, wurde es für ganz Europa zur Quelle der Information, dass der unglückselige Versuch Kerenskis, die Gewalt wieder an sich zu reissen, ein trauriges Ende genommen hatte. Unter den Kosaken von Krasnow fing ein Brodeln an. Sie begannen, Patrouillen nach Petrograd und sogar offizielle Delegierte nach dem Smolni zu schicken. Dort hatten sie die Möglichkeit, sich davon zu überzeugen, dass in der Hauptstadt vollständige Ordnung herrschte, und dass diese Ordnung durch die Garnison unterstützt wurde, die Garnison, die bis auf den letzten Mann für die Sowjetregierung eintrat. Die Demoralisation unter den Kosaken nahm um so schärfere Formen an, als ihnen die ganze Sinnlosigkeit ihres Vorhabens klar wurde, wonach Petrograd mit Hilfe von etwas mehr als 1000 Mann Kavallerie eingenommen werden sollte, — die ihnen in Aussicht gestellten Verstärkungen von der Front blieben völlig aus . . .

Die Truppen Krasnows zogen sich nach Gatschina zurück; als wir uns am nächsten Tag dorthin begaben, war der Krasnowsche Stab eigentlich von seinen Kosaken bereits gefangen genommen worden. Unsere Gatschinaer Garnison besetzte alle wichtigen Positionen. Die Kosaken dagegen, obwohl sie nicht entwaffnet waren, waren ihrer Verfassung

---

auf ihre Pulkowoer Truppen stolz sein, die unter dem Kommando des Obersten Walden standen. Ewiges Angedenken den Gefallenen! Ruhm und Ehre den Kämpfern der Revolution, den Soldaten und den volkstreuen Offizieren! Es lebe die revolutionäre sozialistische Volksregierung Russlands. Im Namen des Sowjets der Volkskommissare: L. Trotzki 31. Oktober 1917."

nach zu jedem weiteren Widerstand unfähig. Sie wünschten nur noch das eine: man möchte sie möglichst schnell nach Hause, in das Dongebiet, oder wenigstens zur Front ziehen lassen.

Das Palais von Gatschina bot ein kurioses Schauspiel. An allen Eingängen standen verstärkte Posten. An dem Einfahrtstor Artillerie und Panzerautos. In den mit wertvollen Malereien geschmückten Räumen des Palais hatten sich Matrosen, Soldaten und Rote Gardisten niedergelassen. Auf den Tischen aus kostbarem Material lagen Kleidungsstücke der Soldaten, Tabakpfeifen, leere Sardinenbüchsen. In einem der Räume befand sich der Stab des Generals Krasnow. Auf dem Boden lagen Matratzen, Mützen und Mäntel herum. Der Vertreter des Militär-Revolutionären Komitees, der uns begleitete, trat in das Stabszimmer, liess mit Gepolter den Kolben seiner Flinte auf den Boden aufschlagen, stützte sich darauf und meldete: „General Krasnow, Sie und Ihr Stab sind von der Sowjetregierung verhaftet“. An beiden Türen stellten sich sofort bewaffnete Rote Gardisten auf. Kerenski war nicht da. Er war wieder geflüchtet, wie schon einmal aus dem Winterpalais. Ueber die Umstände dieser Flucht berichtet Krasnow in der schriftlichen Mitteilung, die er am 1. November abgegeben hat. Wir zitieren hier dieses interessante Dokument ohne etwas auszulassen:

Erster November 1917, 7 Uhr abends.

Gegen drei Uhr nachmittags liess mich heute der Oberste Heerführer (Kerenski) zu sich kommen. Er war sehr aufgeregt und nervös.

„General,“ sagte er, „Sie haben mich verraten ... Ihre Kosaken da sagen mit Bestimmtheit, dass sie mich verhaften und den Matrosen ausliefern werden.“

„Jawohl,“ erwiederte ich, „man spricht davon, und ich weiss, dass Sie nirgends Teilnahme finden werden.“

„Aber die Offiziere, sagen sie das auch?“

„Ja, die Offiziere sind mit Ihnen besonders unzufrieden.“

„Was soll ich anfangen? Ich muss also meinem Leben ein Ende machen."

„Wenn Sie ein Ehrenmann sind, werden Sie sofort mit der weissen Flagge nach Petrograd fahren und werden sich im Revolutionären Komitee melden, mit dem Sie als Haupt der Regierung reden sollten."

„Ja, ich werde es tun, General."

„Ich werde Ihnen eine Wache mitgeben und werde bitten, dass ein Matrose Sie begleite."

„Nein, nur kein Matrose. Wissen Sie, dass Dybenko sich hier befindet?"

„Ich weiss nicht, wer Dybenko ist."

„Das ist mein Feind."

„Nun, was ist da zu machen! Wenn Sie ein grosses Spiel spielen, so müssen Sie auch Rede stehen."

„Ja, aber ich will in der Nacht abfahren."

„Wozu? das wäre eine Flucht. Fahren Sie ruhig öffentlich, damit alle sehen, dass Sie nicht die Flucht ergreifen."

„Ja, gut. Aber geben Sie mir eine sichere Wache mit."

„Jawohl."

Ich ging fort, liess den Kosaken vom zehnten Donscher Kosakenregiment Russkow kommen und befahl ihm, acht Kosaken zur Bewachung des Obersten Heerführers zu bestimmen.

Anderthalb Stunden danach kamen die Kosaken und meldeten, Kerenski sei nicht da, er sei geflüchtet. Ich liess Alarm schlagen und befahl, ihn zu suchen; ich nehme an, dass er Gatschina nicht verlassen hat und sich hier irgendwo verborgen hält.

Kommandierender des III. Korps Generalmajor *Krasnow*

Damit war dieses Unternehmen zu Ende.

Unsere Gegner gaben dennoch nicht nach und weigerten sich anzuerkennen, dass die Frage der Regierung gelöst sei. Sie fuhren fort, ihre Hoffnungen auf die Front zu setzen. Eine ganze Reihe von Führern der früheren Sowjetparteien

— Tschernow, Zeretelli, Awxentjew, Gotz und andere — begaben sich nach der Front, führten Verhandlungen mit den alten Armeekomitees, versammelten sich im Hauptquartier bei Duchonin, überredeten ihn, Widerstand zu leisten und versuchten sogar, laut Zeitungsmeldungen, im Hauptquartier ein neues Ministerium zu bilden. Aus alledem wurde nichts. Die alten Armeekomitees hatten ihre ganze Bedeutung verloren, und an der Front ging eine intensive Arbeit zur Einberufung von Konferenzen und Kongressen vor sich, deren Aufgabe die Neuwahlen für alle Frontorganisationen war. Bei diesen Neuwahlen trug die Sowjetregierung überall den Sieg davon.

Aus Gatschina zogen unsere Truppen mit der Eisenbahn weiter, in die Richtung von Luga und Pskow. Dort traten ihnen noch einige Eisenbahnzüge mit Stosstruppen und Kosaken entgegen, die von Kerenski herbeizitiert oder von einzelnen Generälen abgesandt worden waren. Mit einer dieser Abteilungen gab es sogar einen bewaffneten Zusammenstoss. Die meisten Soldaten aber, die von der Front nach Petrograd geschickt wurden, erklärten bei der ersten Begegnung mit den Vertretern der Sowjettruppen, sie seien betrogen worden, und sie würden gegen die Arbeiter- und Soldatenregierung nicht einen Finger rühren.

Reibungen im Innern.

Unterdessen breitete sich der Kampf um die Gewalt der Sowjets über das ganze Land aus. In Moskau gewann dieser Kampf einen äusserst langwierigen und blutigen Charakter. Nicht zuletzt war vielleicht diese Tatsache durch den Umstand verursacht, dass die Leiter des Aufstandes nicht von vorneherein die ganze erforderliche Entschlossenheit des Angriffs bewiesen hatten. Im Bürgerkrieg kann, mehr noch als in jedem anderen Krieg, der Sieg lediglich durch eine

entschiedene und kontinuierliche Offensive gesichert werden. Schwanken — darf es nicht geben; Verhandlungen führen — ist gefährlich; abwartend an einer Stelle verharren — verderblich. Es handelt sich ja um Volksmassen, die noch nie die Gewalt in ihren Händen hatten, die sich stets unter dem Joch einer anderen Klasse befanden und denen infolgedessen das politische Selbstbewusstsein am meisten abgeht. Jedes Schwanken im leitenden Zentrum der Revolution erzeugt sofort eine Zersetzung unter den Massen. Nur in dem Fall, wenn die revolutionäre Partei selbst fest und sicher ihrem Ziel entgegengeht, kann sie den Arbeiterklassen helfen, ihre durch Jahrhunderte hindurch anerzogenen Instinkte der Sklaverei zu überwinden, und kann die Arbeitermassen zum Siege führen. Und nur auf dem Wege einer entscheidenden Offensive kann bei einem aufgewendeten Minimum an Kraft und Opfern der Sieg errungen werden.

Aber die ganze Schwierigkeit besteht eben darin, eine entschlossene und sichere Taktik zu erlangen. Die Unsicherheit der Massen ihren eigenen Kräften gegenüber und ihr Mangel an Regierungserfahrung äussert sich auch in den Führern, die ihrerseits sich ausserdem noch unter dem mächtigen Druck der bürgerlichen öffentlichen Meinung befinden.

Selbst den Gedanken einer eventuellen Diktatur der Arbeitermassen nahm die liberale Bourgeoisie mit Hass und Wut entgegen. Sie gab diesen ihren Gefühlen mittelst all der unzähligen Organe, die zu ihrer Verfügung stehen, Ausdruck. Der liberalen Bourgeoisie folgte getreulich die Intelligenz, die bei all ihrem Radikalismus in Worten und der sozialistischen Färbung ihrer Weltanschauung im tiefsten Inneren ihres Bewusstseins durch und durch von sklavischer Anbetung der Macht der Bourgeoisie und ihrer Regierungskunst durchdrungen ist. Diese ganze „sozialistische" Intelligenz rückte nach rechts und betrachtete die sich stabilisierende Sowjetregierung als den Anfang vom Ende. Hinter den Vertretern der „freien Berufe" zogen die Beamten und das ad-

ministrativ-technische Personal her, alle jene Elemente, die sich geistig und materiell von den Brocken vom Tisch der Bourgeoisie nähren. Die Opposition dieser Schichten hatte zumeist einen passiven Charakter — besonders nach dem Zusammenbruch des Fähnrich-Aufstandes; aber umso unüberwindlicher konnte diese Opposition erscheinen. Uns wurde auf jeden Schritt und Tritt die Mitwirkung verweigert. Entweder die Beamten traten aus dem Ministerium aus, oder sie blieben da und weigerten sich, weiter zu arbeiten. Auch übertrugen sie den Anderen weder die Geschäfte noch die Geldsummen. Bei der Telephonstation bekamen wir keine Verbindung. Auf dem Telegraphenamt wurden unsere Telegramme entweder verstümmelt oder aufgehalten. Wir konnten keine Uebersetzer, keine Stenographen, nicht einmal Kopisten auftreiben. All das musste natürlich jene Atmosphäre schaffen, in der einzelne Elemente an der Spitze unserer eigenen Partei zu zweifeln begannen, ob es bei einer solchen Opposition der bürgerlichen Gesellschaft den arbeitenden Massen gelingen würde, den Regierungsapparat in Gang zu setzen und die Macht beizubehalten. Hie und da wurden Stimmen laut, man müsste eine Einigung erzielen. Einigung mit wem? Mit der liberalen Bourgeoisie? Aber die Erfahrung einer Koalition mit ihr hatte die Revolution in einen furchtbaren Sumpf getrieben. Der Aufstand vom 25. Oktober erschien als Akt der Selbsterhaltung der Volksmassen nach einer Epoche der Ohnmacht und des Verratenseins an die Koalitionsregierung. Nun war noch eine Koalition in den Reihen der sogenannten revolutionären Demokratie, d. h. aller Sowjetparteien möglich. Eine solche Koalition hatten wir eigentlich von Anfang an vorgeschlagen, schon in der Sitzung des Zweiten Allrussischen Sowjet-Kongresses am 25. Oktober. Die Regierung Kerenskis war gestürzt — und so boten wir dem Sowjet-Kongress an, die Regierungsgewalt in seine Hände zu nehmen. Aber die rechtsstehenden Parteien zogen ab und schlugen die Türe hinter sich zu. Und das war auch das Beste, was sie hatten tun

können. Sie stellten einen verschwindend kleinen Teil des Kongresses dar. Hinter ihnen standen keine Massen mehr, und diejenigen Schichten, die aus Trägheit sie noch unterstützten, gingen immer mehr und mehr auf unsere Seite über. Eine Koalition mit den rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionären und den Menschewiki wäre ausser Stande gewesen, die soziale Basis der Sowjetregierung zu erweitern : zu gleicher Zeit hätte aber diese Koalition in die Zusammensetzung der Regierung Elemente hineingebracht, die durch und durch von politischer Skepsis und Götzendienerei vor der liberalen Bourgeoisie zerfresssen sind. Die ganze Kraft der neuen Regierung bestand aber im Radikalismus ihres Programms und der Entschlossenheit ihrer Aktionen. Sich mit den Gruppen von Tschernow und Zeretelli verbünden, bedeutete soviel, wie die neue Regierung an Händen und Füssen binden, sie der Bewegungsfreiheit berauben und dadurch in kürzester Zeit das Vertrauen der arbeitenden Massen zu ihr untergraben.

Unsere nächsten Nachbarn von rechts waren die sogenannten „linken Sozialisten-Revolutionäre“. Diese waren im Grossen und Ganzen bereit, uns zu unterstützen ; zugleich aber waren sie bestrebt, eine sozialistische Koalitionsregierung zu schaffen. Die Leitung des Eisenbahner-Verbandes (der sogenannte Wikschel), das Zentralkomitee der Post- und Telegraphenangestellten, der Beamten-Verband der Staatsämter — alle diese Organisationen waren gegen uns. Selbst unter den Häuptern unserer eigenen Partei wurden Stimmen laut, die die Notwendigkeit hervorhoben, auf diesem oder jenem Weg zu einer Einigung zu gelangen. Aber auf welcher Basis? Alle oben genannten führenden Institutionen der vorhergehenden Epoche hatten sich überlebt. Sie standen ungefähr in demselben Verhältnis zu dem gesamten unteren Personal, wie die alten Armeekomitees zu den Soldatenmassen in den Schützengräben. Die Geschichte hatte zwischen dem „Oben“ und dem „Unten“ einen tiefen Riss gezogen. Alle prinzipienlosen Kombinationen aus diesen von der Revolution

verbrauchten Führern von gestern waren zu einem unvermeidlichen Fiasko verurteilt. Es hiess also, sich fest und entschlossen auf die untern Schichten stützen, um mit ihnen auch die Sabotage und die aristokratischen Prätentionen der oberen Schichten zu überwinden. Alle aussichtslosen Versuche zur Einigung überliessen wir den linken Sozialisten-Revolutionären. Unsere Politik bestand, im Gegenteil, in einer Gegenüberstellung der arbeitenden unteren Schichten gegen alle jene Vertretungsorganisationen, die das Regime Kerenskis unterstützten. Diese unversöhnliche Politik rief selbst bei den Häuptern unserer eigenen Partei Reibungen und sogar eine gewisse Spaltung hervor. Im Zentral-Exekutiv-Komitee protestierten die linken Sozialisten-Revolutionäre gegen die scharfen Massregeln der neuen Regierung und beharrten auf der Notwendigkeit von Kompromissen. In gewissen Kreisen der Bolschewiki fanden sie auch Unterstützung. Drei Volkskommissare legten ihre Vollmachten nieder und traten aus der Regierung aus. Einige andere Parteimitglieder erklärten sich prinzipiell mit ihnen solidarisch. Das machte in den intellektuellen und bürgerlichen Kreisen einen ungeheuren Eindruck: wenn die Bolschewiki von den Fähnrichen und den Kosaken Krasnows nicht besiegt worden seien, so gehe nun klar hervor, dass die Sowjetregierung infolge ihres inneren Zerfalles zugrunde gehen müsse. Die Massen hatten jedoch nichts von dieser ganzen Spaltung bemerkt. Sie unterstützten den Sowjet der Volkskommissare einstimmig, nicht allein gegen die contrerevolutionären Verschwörer und Saboteure, sondern auch gegen alle Vermittler und Skeptiker.

Das Schicksal der Konstituante.

Als nach dem Kornilowschen Abenteuer die herrschenden Sowjetparteien den Versuch machten, ihre Fahrlässigkeit in Bezug auf die contre-revolutionäre Bourgeoisie wieder

gut zu machen, forderten sie ein beschleunigtes Zusammentreten der Konstituierenden Versammlung. Kerenski, den die Sowjets soeben vor der allzu innigen Umarmung seines Verbündeten Kornilow gerettet hatten, wurde dadurch genötigt, gewisse Zugeständnisse zu machen. Die Einberufung der Konstituierenden Versammlung wurde auf Ende November festgesetzt. Aber die Verhältnisse gestalteten sich zu dieser Zeit derart, dass man keine Garantien dafür haben konnte, dass die Konstituante in der Tat einberufen werden würde. An der Front ging ein tiefgreifender Zersetzungsprozess vor sich, die Desertionen nahmen von Tag zu Tag zu, die Soldatenmassen drohten, in ganzen Regimentern und Korps die Schützengräben zu verlassen und, alles unterwegs verwüstend, ins Hinterland zu ziehen. Auf dem Lande ging mit elementarer Wucht die Expropriierung des Bodens und des Grundbesitzer-Eigentums vor sich. Einige Bezirke waren unter Kriegszustand gesetzt. Die Deutschen setzten ihre Offensive fort; sie hatten bereits Riga eingenommen und bedrohten nun Petrograd. Der rechte Flügel der Bourgeoisie verbarg seine Schadenfreude nicht, dass die revolutionäre Hauptstadt sich in Gefahr befände. Aus Petrograd wurden die Regierungsämter evakuiert und die Regierung Kerenskis machte Anstalten, nach Moskau überzusiedeln. All das machte die Einberufung der Konstituante nicht nur fraglich, sondern auch wenig wahrscheinlich. Von diesem Standpunkt aus bedeutete der Oktoberumschwung sowohl eine Rettung für die Konstituante, wie auch eine Rettung für die Revolution überhaupt. Und als wir sagten, dass der Eingang zur Konstituierenden Versammlung nicht über das Vorparlament Zeretellis, sondern über die Machtergreifung der Sowjets führe, waren wir vollkommen aufrichtig.

Aber die endlose Verschiebung der Konstituierenden Versammlung war nicht spurlos an ihr vorübergegangen. In den ersten Tagen der Revolution gezeugt, kam sie erst nach acht bis neun Monate langem, erbittertem Kampf der Klassen und

Parteien zur Welt. Sie kam zu spät, um noch die Möglichkeit zu haben, eine produktive Rolle zu spielen. Ihre innere Unzulänglichkeit wurde durch eine Tatsache bestimmt, die zuerst als unbedeutend erscheinen konnte, die aber im weiteren Verlauf für das Schicksal der Konstituante eine ungeheure Bedeutung erlangt hatte. Die numerisch wichtigste Partei der Revolution in ihrer ersten Phase war die Partei der Sozialisten-Revolutionäre. Wir sprachen bereits von ihrer Formlosigkeit und ihrem bunten sozialen Aufbau. Die Revolution führte unvermeidlich zu einer inneren Gliederung aller derjenigen Reihen der Sozialisten-Revolutionäre, die unter dem gemeinsamen Banner der *Narodniki* auftraten. Immer mehr und mehr trennte sich der linke Flügel ab, der einen Teil der Arbeiter und die weiten Schichten der armen Bauernschaft führte. Dieser Flügel geriet in unversöhnliche Opposition zu den kleinbürgerlichen und mittelbürgerlichen Spitzen der Partei der Sozialisten-Revolutionäre. Aber die Trägheit der Parteiorganisation und der Parteitraditionen hielt die unvermeidliche Spaltung noch auf. Das proportionale Wahlsystem beruht bekanntlich ganz und gar auf den Parteilisten. Da diese Listen zwei bis drei Monate vor dem Oktoberstreich aufgenommen worden waren, und seitdem keine Veränderung erfahren hatten, so figurierten sowohl die linken wie die rechten Sozialisten-Revolutionäre abwechselnd unter dem Banner einer und derselben Partei. Auf diese Weise hatten zur Zeit des Oktoberumsturzes, d. h. in einer Zeit, als die rechten Sozialisten-Revolutionäre die linken verhaften liessen, und die linken sich zum Sturz des Sozialisten-Revolutionärs Kerenski den Bolschewiki anschlossen — zu dieser Zeit hatten die alten Listen noch ihre ganze Gültigkeit, und die Bauernmassen waren gezwungen, bei den Wahlen für die Konstituante auf Grund von Listen zu stimmen, in deren ersten Reihen der Name Kerenski stand und weiter darauf die Namen der linken Sozialisten-Revolutionäre folgten, die an der Verschwörung *gegen* Kerenski teilgenommen hatten.

Wenn die Monate, die dem Oktoberumsturz vorangingen, eine Zeit der Linksverschiebung der Massen und des elementaren Zustroms der Arbeiter, Soldaten und Bauern zu den Bolschewiki war, so drückte sich innerhalb der Partei der Sozialisten-Revolutionäre dieser Prozess in der Verstärkung des linken Flügels auf Kosten des rechten aus. Aber immer noch dominierten in den Parteilisten der Sozialisten-Revolutionäre zu drei Vierteln die alten Namen des rechten Flügels — lauter Namen, die unterdessen, in der Periode der Koalition mit der liberalen Bourgeoisie, ihr revolutionäres Prestige vollkommen eingebüsst hatten.

Dazu kommt noch der Umstand, dass die Wahlen selbst im Lauf der ersten Wochen gleich nach dem Oktoberumsturz stattfanden. Die Nachricht von der Veränderung, die stattgefunden hatte, verbreitete sich verhältnismässig langsam, in konzentrischen Kreisen aus der Hauptstadt nach der Provinz, und aus den Städten nach den Dörfern. Die Bauernmassen waren sich an vielen Orten recht wenig klar darüber, was in Petrograd und Moskau vorging. Sie stimmten für „Land und Freiheit“, und stimmten für ihre Vertreter in den Landkomitees, die meistenteils unter dem Banner der „Narodniki“ standen, damit aber stimmten sie für Kerenski und Awxentjew, die diese Landkomitees auflösten und deren Mitglieder verhaften liessen. Als Endresultat ergab sich dasjenige unwahrscheinlich anmutende politische Paradoxon, dass die eine der beiden Parteien, welche die Konstituante auflösen liessen, namentlich die linken Sozialisten-Revolutionäre — den gemeinsamen Listen zufolge — an gleicher Stelle mit der Partei passierte, die der Konstituante die Majorität verliehen hatte. Dieser Sachverhalt gibt faktisch eine klare Vorstellung, in welchem Masse die Konstituante hinter der Entwicklung des politischen Kampfes und der Parteigruppierungen zurückgeblieben war.

Es bleibt nur noch übrig, die prinzipielle Seite der Frage zu betrachten.

Prinzipien der Demokratie und Diktatur des Proletariats.

Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen. In der Klassengesellschaft beseitigen die demokratischen Institutionen nicht nur den Klassenkampf nicht, sondern sie verleihen den Klasseninteressen einen höchst unvollkommenen Ausdruck. Den besitzenden Klassen bleiben immer noch unzählige Mittel zur Verfügung, den Willen der arbeitenden Volksmassen zu fälschen, abzulenken und zu vergewaltigen. Als ein noch unvollkommener Apparat zum Ausdruck des Klassenkampfes erscheinen die Institutionen der Demokratie unter den Bedingungen der Revolution. Marx bezeichnete die Revolution als die „Lokomotive der Geschichte". Dank dem offenen und unmittelbaren Kampf um die Regierungsgewalt häufen die arbeitenden Massen in kürzester Zeit eine Menge politischer Erfahrung an und steigen in ihrer Entwicklung schnell von einer Stufe auf die andere. Der schwerfällige Mechanismus der demokratischen Institutionen kommt dieser Entwicklung umso weniger nach, je grösser das Land und je unvollkommener sein technischer Apparat ist.

Die Majorität erhielten in der Konstituierenden Versammlung die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre. Der parlamentarischen Mechanik entsprechend hätte ihnen die Regierungsgewalt gehören müssen. Die Partei der rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre hatte aber schon im Lauf der ganzen Zeit vor dem Oktoberumsturz die Möglichkeit gehabt, diese Regierungsgewalt zu bekommen. Dennoch entzog sich diese Partei der Regierung und trat ihren Löwenanteil an die liberale Bourgeoisie ab, und auch infolgedessen hatte sie — gerade in dem Augenblick, da die numerische Zusammensetzung der Konstituante sie formal verpflichtete, die Regierung zu bilden — da hatte sie den letzten Rest ihres Kredits bei den revolutionärsten Teilen des Volkes verloren. Die Arbeiterklasse und zugleich mit ihr die Rote Garde stand

der Partei der rechten Sozialisten-Revolutionäre tief feindselig gegenüber. Die erdrückende Mehrheit der Armee unterstützte die Bolschewiki. Die revolutionären Elemente auf dem Lande teilten ihre Svmpathien zwischen den linken Sozialisten-Revolutionären und den Bolschewiki. Die Matrosen, die in den Ereignissen der Revolution eine so bedeutende Rolle gespielt hatten, folgten fast ausschliesslich unserer Partei. Aus denjenigen Sowjets, die schon im Oktober, d. h. vor der Einberufung der Konstituante, die Macht ergriffen hatten, waren die rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionäre gezwungen, fortzugehen. Auf wen konnte sich also ein Ministerium stützen, das von der Majorität der Konstituierenden Versammlung aufgestellt wurde? Hinter ihnen wären die Spitzen der Landbevölkerung, der Intellektuellen und die Beamtem gestanden; rechts hätten sie einstweilen von Seiten der Bourgeoisie eine Stütze gefunden. Einer solchen Regierung hätte aber der materielle Regierungsapparat vollkommen gefehlt. In den Konzentrationspunkten des politischen Lebens, wie es Petrograd ist, wäre diese Regierung vom ersten Schritt an auf unüberwindliche Hindernisse gestossen. Wenn unter diesen Umständen die Sowjets — in Unterwerfung unter die formale Logik der demokratischen Institutionen — die Regierung der Partei Kerenskis und Tschernows überliessen, so hätte diese Regierung, die kompromittiert und ohnmächtig war, in das politische Leben des Landes lediglich eine zeitweilige Verwirrung hineingetragen, um dann wenigeWochen später durch einen neuen Aufstand gestürzt zu werden. Die Sowjets beschlossen, dieses verspätete historische Experiment auf ein Minimum zu reduzieren, und sie lösten die Konstituierende Versammlung noch an demselben Tage auf, an dem sie zusammengetreten war.

Dies gab einen Anlass zu den härtesten Anschuldigungen gegen unsere Partei. Das Auseinanderjagen der Konstituierenden Versammlung machte unzweifelhaft auch auf die führenden Kreise der sozialistischen Parteien Westeuropas einen

ungünstigen Eindruck. Dort erblickte man in diesem politisch unvermeidlichen und notwendigen Akt eine Parteiwillkür, eine Art Tyrannei. In einer Reihe von Aufsätzen setzte Kautsky mit der ihm eigentümlichen Pedanterie die Wechselbeziehung zwischen den sozialistisch-revolutionären Aufgaben des Proletariats und dem Regime politischer Demokratie auseinander. Er bewies, dass für die arbeitende Klasse die Beibehaltung der Grundlagen demokratischen Aufbaues letzten Endes stets von Nutzen sei. Im Grossen und Ganzen ist dies natürlich vollkommen richtig. Aber Kautsky degradierte diese historische Wahrheit zu einer Professoren-Banalität. Wenn es letzten Endes für das Proletariat vorteilhaft sei, seinen Klassenkampf und sogar seine Diktatur in die Rahmen demokratischer Institutionen zu leiten, so bedeutet das noch keineswegs, dass die Geschichte dem Proletariat immer eine solche Kombination ermöglicht. Die marxistische Theorie ergibt noch keineswegs, dass die Geschichte stets solche Bedingungen schaffe, die für das Proletariat am „günstigsten" seien. Man kann momentan kaum sagen, welchen Verlauf die Revolution genommen hätte, wenn die Konstituierende Versammlung in ihrem zweiten oder dritten Monat einberufen worden wäre. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die damals dominierenden Parteien der Sozialisten-Revolutionäre und der Menschewiki sich zusammen mit der Konstituante kompromittiert hätten: sowohl in den Augen der aktiveren Schichten, die die Sowjets unterstützten, als aber auch in den Augen der rückständigeren demokratischen Massen, von denen sich herausgestellt hätte, dass ihre Hoffnungen nicht an den Sowjets, sondern an der Konstituante hingen. Unter diesen Umständen hätte die Auflösung der Konstituante zu neuen Wahlen führen können, bei denen die Partei des linken Flügels sich als Majorität hätte erweisen können. Die Entwicklung schlug aber einen anderen Weg ein. Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung fanden im neunten Monat der Revolution statt. Zu dieser Zeit hatte der Klassenkampf eine solche An-

spannung erfahren, dass er durch einen Ansturm von innenheraus die formalen Rahmen der Demokratie gesprengt hat.

Das Proletariat hatte die Armee und die armen Bauernschichten hinter sich. Diese Klassen befanden sich in einem Zustand direkten und erbitterten Kampfes mit den rechtsstehenden Sozialisten-Revolutionären. Aber infolge der schwerfälligen Mechanik der demokratischen Wahlen erhielt diese Partei — als treues Abbild der Vor-Oktoberepoche der Revolution — in der Konstituante die Majorität. So kam ein Widerspruch zustande, der im Rahmen der formalen Demokratie absolut unlösbar war. Und nur politische Pedanten, die sich keine Rechenschaft über die revolutionäre Logik der Klassengegensätze abgeben, können im Angesicht dieser Nachoktobersituation dem Proletariat banale Vorhaltungen machen über die Vorteile und den Nutzen der Demokratie für die Sache des Klassenkampfes.

Die Frage wurde von der Geschichte viel konkreter und schärfer gestellt. Die Konstituierende Versammlung musste also der Zusammensetzung ihrer Majorität nach die Regierung auf die Gruppe eines Tschernow, eines Kerenski und eines Zeretelli übertragen. War aber diese Gruppe im Stande, die Revolution zu leiten? Konnte sie in derjenigen Klasse, die als Rückgrat der Revolution erscheint, einen Halt finden? Nein. Der wirkliche Klasseninhalt der Revolution war unversöhnlich gegen ihre demokratische Schale gestossen. Und damit allein war das Schicksal der Konstituante besiegelt. Ihre Auflösung erschien als die einzig mögliche, als die chirurgische Lösung, als einziger Ausweg aus dem Widerspruch, der nicht von uns, sondern vom ganzen vorhergehenden Lauf der Ereignisse geschaffen worden war.

Die Friedensverhandlungen.

In der historischen Nachtsitzung des Zweiten Allrussischen Sowjet-Kongresses wurde das Friedensdekret angenommen. Zu jener Zeit befestigte sich erst die Sowjet-Regierung in den wichtigsten Punkten des Landes; die Zahl derer aber, die im Auslande an ihre Macht glaubten, war verschwindend klein. Wir nahmen in der Sitzung das Dekret einstimmig an; das erschien aber vielen lediglich als politische Demonstration. Die Vermittler schrien an allen Strassenecken, dass praktische Resultate von unserer Revolution nicht zu erwarten seien, denn einerseits würden die deutschen Imperialisten uns nicht anerkennen und mit uns nicht unterhandeln wollen, und andererseits würde uns die Entente den Krieg erklären, weil wir Separatfriedensverhandlungen begonnen hätten. Im Zeichen dieser Prophezeiungen vollzogen sich unsere ersten Schritte zum Zweck eines allgemeinen demokratischen Friedens. Das Dekret wurde am 26. Oktober angenommen, als Kerenski und Krasnow dicht vor den Toren von Petrograd standen; schon am 7. November wandten wir uns radiotelegraphisch an unsere Verbündeten sowohl wie an unsere Gegner mit dem Vorschlag eines allgemeinen Friedensschlusses. In Antwort darauf wandten sich die Regierungen der Entente durch ihre Militäragenten an den damaligen Obersten Heerführer, General Duchonin und gaben die Erklärung ab, dass alle weiteren Schritte auf dem Wege zu Seperatfriedensverhandlungen die schwersten Folgen nach sich ziehen würden. Wir beantworteten diesen Protest vom 11. November mit unserem „Aufruf an alle Arbeiter, Soldaten und Bauern". In diesem Aufruf erklärten wir, dass wir in keinem Fall zulassen würden, dass unter der Fuchtel der ausländischen Bourgeoisie unsere Armee ihr Blut vergiesse. Wir wehrten die Drohungen der Imperialisten Westeuropas ab und nahmen die Verantwortung für die Friedenspolitik vor dem Angesicht der internationalen Arbeiterklasse auf uns. Vor allem aber veröffent-

lichten wir, in Erfüllung unserer prinzipiellen Versprechungen, die Geheimverträge und erklärten, dass wir alles verdammen werden, was den Interessen der Volksmassen aller Länder widerstreite.

Die kapitalistischen Regierungen versuchten unsere Enthüllungen gegen einander auszuspielen, aber die Volksmassen haben uns verstanden und anerkannt. Nicht eine einzige sozialpatriotische Zeitung wagte es, soviel wir wissen, gegen die Tatsache zu protestieren, dass die Arbeiter- und Bauernregierung alle Methoden der Diplomatie gründlich wechselte, und dass wir auf alle ihre Niederträchtigkeiten und ehrlosen Machinationen verzichteten. Unserer Diplomatie stellte sich zum Ziel, die Volksmassen aufzuklären, ihnen die Augen zu öffnen über das Wesen der Politik ihrer Regierungen und sie im Kampf und im Hass gegen die bürgerlich-kapitalistische Ordnung zusammenzuschmieden. Die deutsche bürgerliche Presse warf uns vor, dass wir die Friedensverhandlungen „verschleppten"; aber alle Völker lauschten mit gieriger Aufmerksamkeit dem Dialog in Brest-Litowsk; — und damit war der Friedenssache während der zweieinhalb Monate Friedensverhandlungen ein Dienst erwiesen worden, den selbst die ehrlicheren unter unseren Gegnern anerkennen mussten. Zum ersten Mal wurde hier die Friedensfrage auf eine Ebene gebracht, die mit keinen Schiebungen und Intriguen hinter den Kulissen mehr verwischt werden konnte. Am 22. November unterschrieben wir die Abmachung zur Einstellung aller Kriegsoperationen an der ganzen Front von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere. Wieder wandten wir uns an die Entente mit dem Angebot, sich uns anzuschliessen, um mit uns gemeinsam die Friedensverhandlungen zu führen. Es kam keine Antwort, wenn auch die Entente diesmal nicht mehr versuchte, uns mit Drohungen zu schrecken. Die Friedensverhandlungen begannen am 9. Dezember, anderthalb Monate nach der Annahme des Friedensdekretes; aus der Luft gegriffen sind deshalb alle Anschuldigungen der korrupten

sozial-verräterischen Presse gegen uns, wir hätten es unterlassen, uns mit der Entente in Verbindung zu setzen. Im Laufe von anderthalb Monaten setzten wir die Entente von jedem unserer Schritte in Kenntnis und beschworen sie unaufhörlich, sich den Friedensverhandlungen anzuschliessen. Vor den Völkern Frankreichs, Italiens, Englands ist unser Gewissen rein ... Wir haben alles getan, was in unseren Kräften stand, um alle kriegführenden Länder zu den Friedensverhandlungen heranzuziehen. Die Schuld, dass wir gezwungen waren, Separatfriedensverhandlungen zu beginnen — diese Schuld fällt also nicht auf uns, sondern auf die Imperialisten Westeuropas, wie auch auf jene russischen Parteien, die während der ganzen Zeit der Arbeiter- und Bauernregierung Russlands einen baldigen Tod prophezeiten und die Entente anflehten, unsere Friedensinitiative nicht ernst zu nehmen. Wie dem auch sei — am 9. Dezember nahmen die Friedensverhandlungen ihren Anfang. Unsere Delegation gab eine prinzipielle Erklärung ab, die die Grundlagen eines allgemeinen demokratischen Friedens in genauer Fassung des Dekrets vom 28. Oktober (8. November neuer Zeitrechnung) charakterisierte. Die Gegenpartei verlangte eine Unterbrechung der Sitzung, wobei die Wiederaufnahme der Verhandlungen laut dem Vorschlag von Kühlmann immer mehr und mehr hinausgeschoben wurde. Es war klar, dass die Formulierung einer Antwort auf unsere Erklärung der Delegation des Vierverbandes grosse Schwierigkeiten bereitete. Am 25. Dezember wurde diese Antwort abgegeben. Die Diplomaten des Vierverbandes schlossen sich der demokratischen Formel eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf Grund der Selbstbestimmung der Völker an. Uns war vollkommen klar, dass es eine pure Heuchelei war. Aber wir hatten von ihnen nicht einmal diese Heuchelei erwartet, denn wie ein französischer Schriftsteller einmal bemerkt, ist die Heuchelei derjenige Tribut, den das Laster der Tugend entrichtet. Der Umstand allein, dass der deutsche Imperialismus

es für nötig gehalten hat, den Prinzipien der Demokratie diesen Tribut zu entrichten, bezeugte unserer Meinung nach, dass die Lage im Innern Deutschlands ziemlich ernst sei... Wenn wir aber im allgemeinen uns über den Demokratismus der Herren Kühlmann und Czernin keine Illusionen machten — dazu ist uns die Natur der deutschen und österreich-ungarischen regierenden Klassen nur allzu bekannt — so muss man dennoch zugeben, dass wir jenen Abgrund nicht für möglich hielten, der, wie sich einige Tage später herausstellte, die tatsächlichen Friedensbedingungen des deutschen Imperialismus von denjenigen Formeln trennte, die von Herrn von Kühlmann als Plagiat der russischen Revolution am 25. Dezember aufgestellt worden waren. Auf eine derartige Schamlosigkeit waren wir allerdings nicht gefasst.

Auf die Arbeiterklassen Russlands machte die Antwort Kühlmanns einen ungeheuren Eindruck. Diese Antwort wurde gedeutet als Resultat der Angst der leitenden Klassen der Zentralmächte vor der Unzufriedenheit und der wachsenden Ungeduld der Arbeitermassen Deutschlands. Am 28. Dezember fand in Petrograd eine kolossale Arbeiter- und Soldatendemonstration zu Ehren eines demokratischen Friedens statt. Aber am folgenden Morgen kam aus Brest-Litowsk unsere Delegation zurück und brachte uns jene räuberischen Forderungen mit, die uns Herr von Kühlmann im Namen der Zentralmächte und in Erläuterung seiner „demokratischen" Formel stellte.

Es könnte auf den ersten Blick unbegreiflich erscheinen, worauf eigentlich die deutsche Diplomatie rechnete, als sie demokratische Formeln bloss dazu aufstellte, um zwei drei Tage später ihren Wolfshunger offen zu zeigen. Die theoretischen Auseinandersetzungen, die sich — zumeist auf die Initiative von Kühlmann selbst — um die demokratischen Prinzipien drehten, waren zumindest gewagt. Dass auf diesem Wege die Diplomatie der Zentralmächte nicht viel Lorbeeren ernten könnte, das musste ihr selbst von vornherein klar gewesen

sein. Das Geheimnis der ganzen Diplomatie Kühlmanns bestand aber darin, dass dieser Herr aufrichtig überzeugt war, wir seien unsererseits gerne bereit, mit ihm vierhändig zu spielen. Er kalkulierte dabei ungefähr so: Russland braucht unbedingt den Frieden. Die Bolschewiki sind dank ihrem Kampf um den Frieden zur Macht gelangt. Die Bolschewiki möchten die Macht beibehalten. Das ist für sie nur denkbar, wenn sie Frieden schliessen. Sie sind freilich durch ein bestimmtes demokratisches Friedensprogramm gebunden. Aber wozu gäbe es denn in der Welt Diplomaten, wenn nicht dazu, um Schwarz für Weiss auszugeben! Wir Deutschen wollen den Bolschewiki die Situation erleichtern, indem wir unsere Plünderungen mit dekorativen Formeln schmücken. Die bolschewistische Diplomatie wird Grund genug haben, nach dem politischen Wesen der Dinge nicht näher zu forschen, oder richtiger, den Inhalt der verlockenden Formeln nicht vor den Augen der ganzen Welt zu enthüllen ... Mit anderen Worten, Kühlmann hoffte auf ein stillschweigendes Uebereinkommen mit uns: er würde uns unsere schönen Formeln zurückgeben, wir würden ihm protestlos die Möglichkeit geben, Deutschland Provinzen und Völker einzuverleiben. In den Augen der deutschen Arbeiter hätte auf diese Weise die gewaltsame Aneignung eine Sanktion von Seiten der russischen Revolution erfahren. Als wir aber im Laufe der Debatten zeigten, dass es sich für uns nicht um leere Worte oder um die dekorative Verschleierung einer Schiebung handelte, sondern um demokratische Prinzipien des Beieinanderlebens von Völkern — da fasste Kühlmann es als einen böswilligen Bruch einer stillschweigenden Abmachung auf. Um nichts in der Welt wollte er von der Formulierung vom 25. Dezember zurückweichen, und voller Zuversicht zu seiner geschärften bureaukratisch-juristischen Logik bemühte er sich, vor dem Angesicht der ganzen Welt zu zeigen, dass Weiss sich durch nichts von Schwarz unterscheide und dass nur unser böser Wille allein uns zwinge, auf diesem Unterschiede

zu beharren. Graf Czernin, der Vertreter Oesterreich-Ungarns spielte bei diesen Verhandlungen eine Rolle, die kein Mensch imponierend oder würdig nennen könnte. Er spielte ungeschickt den Sekundanten und nahm es in Kühlmanns Auftrag in kritischen Momenten auf sich, die schroffsten und zynischsten Erklärungen abzugeben. Der General Hoffmann trug in die Verhandlungen eine erfrischende Note hinein. Ohne eine grosse Sympathie zu den diplomatischen Instruktionen Kühlmanns zu zeigen, legte der General mehrmals seinen Soldatenstiefel auf den Tisch, um den sich komplizierte juristische Debatten drehten. Wir unsererseits, wir zweifelten keinen Augenblick, dass gerade dieser Stiefel des Generals Hoffmann als die einzige ernsthafte Realität bei diesen ganzen Verhandlungen zu betrachten sei.

Als grosser Trumpf in den Händen des Herrn Kühlmann erschien die Teilnahme der Delegation der Kiewer Rada an den Verhandlungen. Den Kleinbürgern, die in der Ukraina ans Ruder gelangt waren, erschien ihre „Anerkennung“ durch die kapitalistischen Regierungen Europas als Sache von ausschlaggebender Wichtigkeit. Zuerst bot sich die Rada den Entente-Imperialisten an und erhielt auch von ihnen einiges Taschengeld; darauf sandte sie ihre Vertreter nach Brest-Litowsk, um hinter dem Rücken der Völker Russlands der österreichischen und deutschen Regierung eine Anerkennung ihrer staatlichen Legalität abzuhandeln. Die Diplomatie von Kiew, die jetzt erst den Weg „internationaler“ Existenz betreten hatte, äusserte denselben Gesichtskreis und dasselbe moralische Niveau, die stets die mesquinen Politiker der Balkan-Halbinsel charakterisiert hatten. Die Herren Kühlmann und Czernin machten sich natürlich über die Langlebigkeit dieses neuen Teilnehmers an den Verhandlungen keine Illusionen. Aber sie kalkulierten mit Recht, dass durch die Teilnahme der Kiewer Delegation das Spiel sich kompliziere, und zwar nicht zu ihrem Nachteil.

Bei ihrem ersten Auftreten in Brest-Litowsk hatte die Kiewer

Delegation die Ukraina als einen Bestandteil der entstehenden Russischen Föderativen Republik gezeichnet. Das erschwerte offenkundig die Arbeit der Zentralmächte-Diplomaten, die ihre Hauptaufgabe darin sahen, die Russische Republik in einen neuen Balkan zu verwandeln. Bei ihrem zweiten Auftreten erklärten die Delegierten der Rada, unter dem Diktat der österreichisch-deutschen Diplomatie, dass die Ukraina es nunmehr ablehne, in der Russischen Föderation aufzugehen und sich als völlig unabhängige Republik betrachte.

Um den Lesern die Möglichkeit zu geben, recht klar und anschaulich die Situation zu erfassen, die im letzten Augenblick der Friedensverhandlungen für die Sowjet-Regierung geschaffen war, halte ich es für zweckmässig, in Grundzügen die Rede zu reproduzieren, die der Verfasser dieser Zeilen in seiner Eigenschaft als Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in der Sitzung des Zentral-Exekutiv-Komitees am 14. Februar 1918 gehalten hat.

Rede des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten.

Genossen! Die Sowjet-Regierung Russlands muss jetzt nicht allein neu aufbauen, sondern auch die alten Rechnungen abschliessen und bis zu einem gewissen — und dabei sehr hohen — Grade die alten Schulden bezahlen: zunächst die Rechnungen des Krieges, der dreieinhalb Jahre lang gedauert hat. Der Krieg bildete den Prüfstein der ökonomischen Kraft der kriegführenden Länder. Das Los Russlands als des ärmeren und rückständigeren Landes war bei einem langwierigen Kriege von vorneherein bestimmt. Bei dem mächtigen Zusammenprall der Kriegsapparate entschied letzten Endes die Fähigkeit eines jeden Landes, seine Industrie den Kriegsbedürfnissen anzupassen, sie in kürzester Zeit umzuwandeln und in stets wachsendem Masse die Ver-

nichtungswerkzeuge zu ersetzen, die im Laufe dieser Völkermetzelei mit solcher Schnelligkeit verbraucht wurden. Jedes, oder beinahe jedes Land, und darunter auch das zurückgebliebenste, konnte am Anfang des Krieges die mächtigsten Vernichtungswerkzeuge besitzen, d. h. es konnte sie aus dem Auslande beziehen. Das war bei allen zurückgebliebenen Ländern der Fall; auch bie Russland. Der Krieg verbraucht aber schnell sein totes Kapital und erfordert eine stetige Neubeschaffung. Die Kriegsfähigkeit jedes einzelnen, in den Wirbel des Weltgemetzels hineingerissenen Landes liess sich in Wirklichkeit durch seine Fähigkeit ermessen, selbständig während des Krieges Kanonen, Geschosse und andere Vernichtungswerkzeuge neu zu schaffen.

Wenn der Krieg das Problem der Wechselbeziehung der Kräfte in allerkürzester Zeit gelöst hätte, so wäre für Russland theoretisch die Möglichkeit da gewesen, denjenigen Platz hinter den Schützengräben zu behaupten, der den Sieg für sich hatte. Aber der Krieg hat sich zu lange hingezogen. Und dies geschah nicht zufällig. Allein der Umstand, dass die ganze internationale Politik der letzten 50 Jahre auf die Schaffung eines sogenannten europäischen „Gleichgewichts“ hinauslief, das heisst darauf, dass die feindlichen Kräfte sich ungefähr die Wagschale halten, dieser Umstand allein musste — wenn man die Macht und den Reichtum der modernen bürgerlichen Nationen in Betracht zieht — dem Krieg einen langwährenden Charakter verleihen. Und dies bedeutete seinerseits die Erschöpfung derjenigen Länder, die schwächer und in ökonomischer Hinsicht weniger entwickelt waren.

Am stärksten in militärischer Hinsicht erwies sich Deutschland, dank der Macht seiner Industrie und dank der modernen, neuen, rationellen Beschaffenheit dieser Industrie bei einer längst veralteten Staatsverfassung. Es stellte sich heraus, dass Frankreich mit seiner zum grossen Teil kleinbürgerlichen Wirtschaft hinter Deutschland weit zurück geblieben war; und selbst ein so mächtiges Kolonialreich wie England

erwies sich infolge des konservativeren, von der Routine beherrschten Charakters seiner Industrie imVergleich zu Deutschland als der Schwächere. Als die russische Revolution von der Geschichte vor die Frage der Friedensverhandlungen gestellt wurde, da zweifelen wir nicht, dass wir bei diesen Verhandlungen die Rechnung des dreieinhalb Jahre langen Krieges würden begleichen müssen — falls nicht die Kraft des internationalen revolutionären Proletariats einen entscheidenden Strich durch die Rechnung machen würde. Wir zweifelten nicht, dass wir im deutschen Imperialismus einen Gegner hatten, der durch und durch von dem Bewusstsein seiner kolossalen Kraft durchdrungen sei, jener Kraft, die so deutlich im Verlauf des jetzigen Krieges zu Tage getreten ist.

Alle jene Erwägungen der bourgeoisen Kliquen, wir wären unvergleichlich stärker gewesen, wenn wir diese Verhandlungen gemeinsam mit unseren Verbündeten geführt hätten, sind im Grunde genommen unzulänglich. Damit wir in unbestimmter Ferne gemeinsam mit unseren Verbündeten Verhandlungen führen könnten, hätten wir vor allem gemeinsam mit den Verbündeten den Krieg weiterführen müssen; da aber das Land erschöpft und geschwächt war, so musste gerade die Fortsetzung des Krieges und nicht das Kriegsende das Land noch mehr schwächen und erschöpfen. So hätten wir einmal den Krieg quittieren müssen unter Bedingungen, die für uns noch viel ungünstiger gewesen wären. Wenn es sich sogar herausgestellt hätte, dass dasjenige Lager, in das Russland infolge internationaler Kombinationen des Zarismus und der Bourgeoisie hineingetrieben worden war; dasjenige Lager, an dessen Spitze Grossbritannien steht — wenn es sich herausgestellt hätte, dass dieses Lager aus dem Kriege als Sieger hervorgegangen wäre — nehmen wir für einen Augenblick diesen wenig wahrscheinlichen Ausgang an — so hätte das noch keineswegs bedeutet, Genossen, dass auch unser Land siegreich hervorgegangen wäre. Denn bei einem weiteren Fort-

gang des Krieges musste Russland auch innerhalb des siegreichen Lagers der Entente noch erschöpfter, noch verwüsteter dastehen als es jetzt schon ist. Die Herren dieses Lagers, d. h. England und Amerika, hätten in Bezug auf unser Land genau dieselben Methoden angewandt, wie sie während der Friedensverhandlungen Deutschland entwickelte. Bei der Wertung der Politik imperialistischer Länder wäre es eine sinnlose und läppische Kinderei, wenn man sich von anderen Erwägungen leiten liesse, als den Erwägungen der nackten Interessen und der groben Macht. Wenn wir also als Land jetzt vor dem Angesicht des Weltimperialismus geschwächt dastehen, so sind wir nicht dadurch geschwächt, dass wir uns aus dem feurigen Kreis des Krieges losgerissen haben und zudem noch uns aus der Umklammerung der internationalen Kriegsverpflichtungen befreit haben — nein, wir sind durch die Politik des Zarismus und der bürgerlichen Klassen geschwächt, jene Politik, gegen die wir als revolutionäre Partei gekämpft haben — sowohl vor dem Kriege wie während des jetzigen Krieges.

Erinnern Sie sich, Genossen, unter welchen Umständen unsere Delegation sich zuletzt direkt aus einer der Sitzungen des Dritten Allrussischen Sowjet-Kongresses nach Brest-Litowsk begeben hatte. Damals statteten wir Euch einen Bericht über den Stand der Verhandlungen und die Forderungen unserer Gegner ab. Diese Forderungen liefen, wie Sie sich erinnern werden, auf maskierte oder richtiger halb maskierte Annexionsgelüste hinaus, eine Annexion von Litauen, Kurland, einen Teil von Livland, die Moonsund-Inseln und eine halbverschleierte Kontribution, die wir damals auf sechs bis acht, ja sogar auf zehn Milliarden Rubel taxierten. Während der Pause in den Verhandlungen, die gegen zehn Tage dauerte, entwickelte sich in Oesterreich-Ungarn ein ungeheures Gähren, und es brachen die Arbeiterstreiks aus. Diese Streiks bedeuteten die erste Anerkennung unserer Methode, die Kriegsverhandlungen zu führen, die erste Anerkennung, der wir

von Seiten des Proletariats der Zentralmächte vor dem Angesicht der annexionistischen Forderungen des deutschen Militarismus begegneten. Wie jämmerlich erscheinen dagegen die Behauptungen der bürgerlichen Presse, wir hätten einer zwei Monate langen Unterhaltung mit Kühlmann bedurft, um zu erfahren, dass der deutsche Imperialismus räuberische Bedingungen aufstelle. Nein, das haben wir von vornherein gewusst. Aber aus der „Unterhaltung“ mit den Vertretern des deutschen Imperialismus versuchten wir ein Mittel zur Stärkung derjenigen Kräfte zu machen, die gegen den deutschen Imperialismus kämpfen. Wir versprachen dabei nicht Wunder zu verrichten, aber wir behaupteten, dass der Weg, den wir gehen, der einzige Weg sei, der der revolutionären Demokratie übrig bleibe, um sich die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung zu sichern.

Man könnte darüber klagen, dass das Proletariat anderer Länder und insbesondere der Zentralmächte allzu langsam den Weg des offenen revolutionären Kampfes beschreite — gewiss. Das Tempo seiner Entwicklung muss als allzu langsam angesehn werden — aber immerhin, in Oesterreich-Ungarn fand eine Bewegung statt, die sich über das ganze Land ausdehnte und die ein unmittelbarer und direkter Widerhall der Verhandlungen von Brest-Litowsk ist.

Als ich von hier abreiste, sprachen wir davon, dass wir keinen Grund zur Annahme hätten, diese Streikwelle würde in Oesterreich und Deutschland den Militarismus wegschwemmen. Wenn wir davon überzeugt gewesen wären, so hätten wir natürlich sehr gerne das Versprechen abgegeben, das gewisse Personen aus unserem Munde erwarteten — nämlich, dass wir unter keinen Umständen einen Separatfrieden mit Deutschland schliessen würden. Ich sagte damals schon, dass wir ein solches Versprechen nicht abgeben könnten — denn das hätte geheissen, die Verpflichtung übernehmen, den deutschen Militarismus zu besiegen. Das Geheimnis eines solchen Sieges besitzen wir aber nicht. Und da wir uns nun

nicht verpflichten konnten, die Wechselbeziehungen der internationalen Kräfte in kürzester Zeit zu verändern, gaben wir offen und ehrlich die Erklärung ab, dass eine revolutionäre Regierung unter gewissen Umständen sich gezwungen sehen könne, einen annexionistischen Frieden anzunehmen. Der Niedergang dieser Regierung müsste dort beginnen, wo sie versucht hätte, vor ihrem eigenen Volke den räuberischen Charakter dieses Friedens zu verbergen — nicht aber dort, wo sie nach dem Verlauf des Kampfes gezwungen sei, einen solchen Frieden anzunehmen.

Zugleich aber wiesen wir darauf hin, dass wir uns zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen nach Brest begäben, unter Bedingungen, die sich offenbar für uns besserten, aber für unsere Feinde verschlimmerten. Wir verfolgten die Bewegung in Oesterreich-Ungarn, und vieles sprach dafür — darauf bezogen sich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten im deutschen Reichstag — dass auch Deutschland sich am Vorabend solcher Ereignisse befände. Von dieser Hoffnung erfüllt reisten wir ab. Und schon in den ersten Tagen unseres diesmaligen Aufenthalts in Brest brachte uns der Radiotelegraph über Wilna die ersten Nachrichten darüber, dass in Berlin eine ungeheure Streikbewegung ausgebrochen sei, die, ebenso wie in Oesterreich-Ungarn, direkt und unmittelbar mit dem Gang der Verhandlungen in Brest verbunden war. Wie es jedoch oft kraft der Dialektik des Klassenkampfes der Fall ist, musste gerade die ungeheure Dimension dieser proletarischen Bewegung — die Deutschland noch nie gesehen hatte — die besitzenden Klassen zu einem engeren Zusammenschluss und zu noch grösserer Unversöhnlichkeit drängen. Die deutschen regierenden Klassen sind von hinreichend festem Selbsterhaltungstrieb durchtränkt, um sich darüber klar zu werden, dass alle Zugeständnisse in der Lage, in der sie, von ihren eigenen Volksmassen bedrängt, sich befanden — alle auch nur partiellen Zugeständnisse eine Kapitulation vor der Idee der Revolution bedeuten würden.

Und aus diesem Grunde nahm Kühlmann nach der ersten Periode der Kopflosigkeit, als er absichtlich die Verhandlungen hinzog, keine Sitzungen feststetzte oder sie in nebensächlichen, formalen Fragen vergeudete, sobald der Streik liquidiert war, und er sich überzeugen konnte, dass im gegebenen Moment seinen Herrn keine Lebensgefahr mehr drohte — da nahm er seinen Ton völliger Selbstsicherheit und verdoppelter Aggressivität wieder auf.

Unsere Verhandlungen komplizierten sich durch die Teilnahme der Kiewer Rada an den Verhandlungen. Wir meldeten es bereits das letzte Mal. Die Delegation der Kiewer Rada tauchte in dem Augenblick auf, als die Rada in der Ukraina eine ziemlich starke Organisation bildete, und der Ausgang des Kampfes noch nicht vorauszusehen war. Gerade in diesem Augenblicke machten wir der Rada den offiziellen Vorschlag, mit uns einen bestimmten Vertrag zu schliessen, wobei wir als Bedingungen eines solchen Vertrags die eine Forderung vorausschickten: dass die Rada Kaledin und Kornilow als Contre-Revolutionäre bezeichne und uns nicht hindere, diese beiden zu bekämpfen. Die Delegation der Kiewer Rada traf in Brest gerade in dem Moment ein, als wir mit ihr sowohl hier wie dort eine Einigung zu erzielen hofften. Auch dort erklärten wir, dass so lange sie vom Volke der Ukraina anerkannt werde, wir es für möglich hielten, sie als selbständigen Teilnehmer an den Verhandlungen zuzulassen. Aber je weiter sich die Ereignisse auf dem Boden Russlands und der Ukraina entwickelten, je tiefer der Antagonismus zwischen den unteren Schichten der Ukraina und der Rada wurde, umso grösser wurde die Bereitwilligkeit der Rada, mit den Regierungen der Zentralmächte den ersten besten Friedensvertrag abzuschliessen und im Notall den deutschen Militarismus zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Russischen Republik heranzuziehen, um die Rada gegen die russische Revolution zu stützen.

Am 9. Februar neuer Zeitrechnung erfuhren wir, dass die

hinter unserem Rücken geführten Friedensverhandlungen zwischen der Rada und den Zentralmächten unterschrieben wurden. Am 9. Februar ist der Geburtstag des Königs Leopold von Bayern, und wie es in monarchischen Ländern üblich ist, war der feierliche historische Akt — ich weiss nicht, ob mit Einwilligung der Kiewer Rada — für diesen feierlichen Tag vorgesehen. Der General Hoffmann salutierte zu Ehren Leopolds von Bayern, nachdem er um die Genehmigung dieser Salutschüsse bei der Kiewer Delegation angefragt hatte — da nach dem Friedensvertrag Brest-Litowsk zu der Ukraina überging. Die Ereignisse nahmen jedoch einen solchen Verlauf, dass in dem Moment, als der General Hoffmann die Kiewer Rada um die Erlaubnis bat, jene Kanonenschüsse abzugeben, die Rada nach Abzug von Brest-Litowsk nicht mehr sehr viel Territorium übrig behielt. Auf Grund der Depeschen, die wir aus Petrograd erhielten, setzten wir die Delegationen der Zentralmächte offiziell in Kenntnis, dass die Kiewer Rada nicht mehr existiere — ein Umstand, der für den Gang der Friedensverhandlungen keineswegs gleichgültig sein durfte. Wir schlugen dem Grafen Czernin vor, seine Vertreter in Begleitung unserer Offiziere nach der Ukraina zu schicken, um sich überzeugen zu können, ob sein Contreagent, die Kiewer Rada, überhaupt existiere oder nicht existiere. Es hatte den Anschein, als ob Czernin bereitwilligst darauf einginge; als wir ihm aber die Frage vorlegten: bedeutet das auch, dass der Vertrag mit der Kiewer Delegation nicht unterschrieben werden würde, bevor seine Abgesandten zurückkehrten — da überkamen ihn Zweifel und er erbot sich, bei Kühlmann danach anzufragen. Nach der Anfrage aber liess er uns eine negative Antwort zukommen. Das war am 8. Februar — am 9. mussten sie einen unterschriebenen Vertrag haben; das duldete keine Verschiebung. Nicht nur wegen des Geburtstages des Königs Leopold von Bayern, sondern auch aus einem wichtigeren Grunde, den Kühlmann unzweifelhaft Czernin klar gemacht hatte: „Wenn wir jetzt unsere

Vertreter nach der Ukraina schicken sollten, so könnten sie sich am Ende in der Tat überzeugen, dass die Rada nicht mehr existiert. Und dann würden wir einzig und allein eine Allrussische Delegation vor uns haben, und das würde unsere Chancen bei den Verhandlungen verschlimmern.“ . . Von Seiten der österreichisch-ungarischen Delegation sprach man zu uns: „Verlasst den Boden der Prinzipien, stellt die Frage auf eine praktischere Basis, und dann wird die deutsche Delegation mit sich reden lassen . . . Es ist den Deutschen nicht möglich, nur wegen der Moonsund-Inseln den Krieg fortzusetzen, falls Ihr diese Forderung auch konkret aufstellt“ . . Wir antworteten: „Nun wohl, wir sind gerne bereit, die Nachgiebigkeit Eurer Kollegen aus der deutschen Delegation zu überprüfen. Bis jetzt verhandelten wir über das Selbstbestimmungsrecht der Litauer, Polen, Livländer, Letten, Esthländer und anderer, und stellten bei all diesen Fragen fest, dass von Selbstbestimmung nicht die Rede sein konnte. Nun wollen wir sehen, wie Ihr Euch zur Selbstbestimmung noch eines Volkes, nämlich des russischen, stellt, welches Eure Absichten und Pläne militärisch-strategischer Art sind, die sich hinter Eurer Besetzung der Moonsund-Inseln verbergen. Denn die Moonsund-Inseln haben als Bestandteil der unabhängigen esthnischen Republik oder als Eigentum der Föderativen Russischen Republik eine Defensiv-Bedeutung; in den Händen Deutschlands aber gewinnen sie einen Offensiv-Wert und bedrohen das eigentliche Lebenszentrum unseres Landes und ganz besonders Petrograd.“ Aber Hoffmann liess sich natürlich nicht auf die geringsten Zugeständnisse ein. Da kam die Stunde der Entscheidung. Den Krieg erklären konnten wir nicht. Wir waren zu schwach. Die Armee hatte ihren inneren Zusammenhang verloren. Zur Rettung unseres Landes, zur Ueberwindung des Zerfallprozesses mussten wir die innere Verbindung der arbeitenden Massen wieder herstellen. Dieses psychologische Band kann nur auf dem Wege des produktiven Arbeitens auf dem Acker, in der Fabrik und in

der Werkstatt erzeugt werden. Wir müssen den arbeitenden Massen, die den ungeheuren Leiden und katastrophalen Prüfungen des Krieges unterworfen wurden, auf ihre Aecker und in ihre Fabriken zurückbringen, wo sie sich wiederfinden und in ihrer Arbeit festigen könnten, und nur so würden wir eine innere Disziplin schaffen können. Das ist der einzige Ausweg für das Land, das jetzt die Sünden des Zarismus und der Bourgeoisie abbüsst. Wir sind genötigt, diesen Krieg aufzugeben, und wir führen die Armee aus dem Gemetzel heraus. Zugleich aber erklären wir vor dem Angesicht des deutschen Militarismus: Der Friede, den Ihr uns aufdrängt, ist ein Gewalt- und Raubfriede. Wir wollen nicht zulassen, dass Ihr, Herren Diplomaten, den deutschen Arbeitern sagen könnt: „Ihr nanntet unsere Forderungen Eroberungen und Annexionen, aber schaut, wir bringen Euch unter diesen Forderungen die Unterschrift der russischen Revolution!" — Ja, wir sind schwach, wir können jetzt keinen Krieg führen, wir besitzen aber revolutionäre Kraft genug, um zu zeigen, dass wir aus freien Stücken unsere Unterschrift nicht unter einen Vertrag setzen, den Ihr mit Eurem Schwert auf den Leib lebendiger Völker schreibt. Wir verweigerten unsere Unterschriften! — Ich glaube, dass wir richtig gehandelt haben, Genossen.

Genossen! Ich will nicht behaupten, dass ein Angriff Deutschlands gegen uns ausgeschlossen sei — eine solche Behauptung wäre allzu gewagt, wenn man sich die Stärke der imperialistischen Partei in Deutschland vor Augen hält. Ich glaube aber, dass der Standpunkt, den wir in dieser Frage eingenommen haben, dem deutschen Militarismus in hohem Masse den Angriff erschwert hat. Wie aber, wenn Deutschland trotzdem angreifen sollte? Darauf können wir nur das Eine sagen: Wenn in unserem Lande, das erschöpft und in einen verzweifelten Zustand versetzt ist, wenn man in unserem Lande den Mut der revolutionären und lebensfähigen Elemente anstacheln kann, wenn bei uns der Kampf zum Schutz unserer

Revolution und des Schauplatzes dieser Revolution möglich ist — dann ist das nur infolge der Situation, die jetzt geschaffen wurde, möglich, als ein Resultat unseres Austrittes aus dem Kriege und unserer Weigerung, den Friedensvertrag zu unterschreiben.

Der zweite Krieg und das Unterschreiben des Friedensvertrages.

In den ersten Tagen nach dem Abbruch der Friedensverhandlungen schwankte die deutsche Regierung und wusste nicht, welchen Weg sie einschlagen sollte. Die Politiker und Diplomaten glaubten anscheinend, dass die Hauptsache erreicht sei und dass man keinen Grund habe, hinter unseren Unterschriften herzujagen. Die Militärpartei war aber jedenfalls bereit, den Rahmen zu sprengen, den die deutsche Regierung im Vertrag von Brest-Litowsk vorgezeichnet hatte. Professor Kriege, Teilnehmer der deutschen Delegation, sagte zu einem der Mitglieder unserer Delegation, von einem Vormarsch der deutschen Truppen in Russland könne unter den gegebenen Umständen gar keine Rede sein. Graf Mirbach, der damals an der Spitze der deutschen Mission in Petrograd stand, reiste nach Berlin mit der Versicherung ab, die Verständigung wegen des Kriegsgefangenenaustausches sei vollkommen erreicht. Aber all das hinderte den General Hoffmann keineswegs — am fünften Tag nach dem Abbruch der Brester Verhandlungen — den Waffenstillstand als beendet zu erklären; dabei wurde die siebentägige Kündigungsfrist postnumerando gerechnet, also von der letzten Sitzung in Brest-Litowsk ab. Es wäre gewiss deplaciert, an dieser Stelle moralische Entrüstung über diese Niedertracht zu vergeuden: das Ganze passt ausgezeichnet in den allgemeinen Rahmen der Diplomaten- und Militärmoral der herrschenden Klassen.

Der neue deutsche Vormarsch fand unter Bedingungen statt, die für Russland geradezu tötend waren. Anstatt der ausgemachten wöchentlichen Kündigung bekamen wir eine Kündigung von zwei Tagen. Dieser Umstand verstärkte noch die Panik unter der Armee, die sich ohnehin im Zustand chronischen Zerfalls befand. Von Widerstand konnte beinahe keine Rede sein. Die Soldaten wollten nicht glauben, dass die Deutschen, nachdem wir den Kriegszustand als beendet erklärt hatten, weiter angreifen würden. Der panische Rückzug paralisierte den Willen selbst derjenigen einzelnen Truppen, die bereit waren, in den Kampf zu treten. In den Arbeitervierteln von Petrograd und Moskau erreichte die Empörung gegen den verräterischen und wahrhaft räuberischen deutschen Vormarsch ihre höchste Spannung. Die Arbeiter waren in jenen aufgeregten Tagen und Nächten zu Zehntausenden bereit, in die Armee einzutreten. Die organisatorische Seite der Sache war aber sehr zurückgeblieben. Die einzelnen Streiftruppen, die voller Begeisterung waren, mussten sich bei den ersten ernsthaften Zusammenstössen mit den regulären deutschen Truppen von ihrer Unzulänglichkeit überzeugen. Daraus folgte die Niedergeschlagenheit im weiteren Verlauf. Die alte Armee war schon längst tötlich getroffen und zerfiel in lauter einzelne Teile, alle Wege und Knotenpunkte verrammelnd. Bei der allgemeinen Erschöpfung des Landes und der furchtbaren Verwahrlosung der Industrie und der Verkehrsmittel konnte eine neue Armee nur allzu langsam entstehen. Das einzige ernsthafte Hindernis auf dem Wege des deutschen Vormarsches war der Raum...

Die Aufmerksamkeit der österreichisch-ungarischen Regierung war hauptsächlich auf die Ukraina gerichtet. Die Rada wandte sich durch ihre Delegation an die Regierungen der Zentralmächte mit der direkten Bitte um militärische Hilfe gegen die Sowjets, die unterdessen auf dem ganzen Gebiet der Ukraina den Sieg davongetragen hatten. Auf diese Weise hatte die kleinbürgerliche Demokratie der Ukraina in ihrem

Kampf gegen die Arbeiterklasse und die armen Bauern freiwillig der fremdländischen Invasion die Tore geöffnet.

Zu gleicher Zeit suchte die Regierung Svinhufvuds die Hilfe der deutschen Bajonette gegen das finnländische Proletariat. Der deutsche Militarismus übernahm offen, vor dem Angesicht der ganzen Welt die Henkerrolle der Arbeiter- und Bauernrevolution Russlands.

In den Reihen unserer Partei erhoben sich scharfe Debatten, ob wir uns unter den gegebenen Bedingungen dem deutschen Ultimatum fügen und den neuen Vertrag unterschreiben sollten, den Vertrag, der — daran zweifelte keiner von uns — unvergleichlich härtere Bedingungen enthalten würde als diejenigen, die uns in Brest-Litowsk gestellt worden waren. Die Vertreter der einen Richtung meinten, dass momentan, in Anbetracht der bewaffneten Einmischung der Deutschen in die innern Kämpfe auf dem Boden der Republik, es sinnlos sei, für einen der Teile Russlands einen Friedenszustand zu schaffen und passiv zu verharren, während im Süden und im Norden die deutschen Truppen das Regime bürgerlicher Diktatur aufrichten würden. Die andere Richtung, an deren Spitze Lenin stand, fand, dass jeder Aufschub, jede noch so kurze Atempause für die innere Festigung und Steigerung der Defensivfähigkeit Russlands von grösster Bedeutung sein würde. Nachdem vor dem Lande und der ganzen Welt in so tragischer Weise unsere Unfähigkeit zutage getreten war, im gegebenen Moment die feindliche Invasion abzuwehren, musste ein Friedensschluss als Akt aufgefasst werden, der uns vom harten Gesetz der Kräftebeziehung aufgedrängt wurde. Es wäre kindisch, sich da von der abstrakten revolutionären Moral allein leiten zu lassen. Die Aufgabe besteht nicht darin, in allen Ehren zugrunde zu gehen, sondern darin, letzten Endes zu siegen. Die russische Revolution will leben, muss leben und ist verpflichtet, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem über ihre Kraft gehenden Kampf auszuweichen und somit Zeit zu gewinnen — in der Erwartung, dass die

revolutionäre Bewegung Westeuropas ihr zu Hilfe kommen würde. Noch befindet sich der deutsche Imperialismus in hartem Zweikampf mit dem Militarismus Englands, Frankreichs und Amerikas. Nur deshalb ist ein Friedensschluss zwischen Russland und Deutschland möglich. Diese Situation muss ausgenützt werden. Das Wohl der Revolution — das ist das höchste Gebot! Wir müssen den Frieden, den wir nicht im Stande sind abzulehnen, acceptieren; wir müssen uns eine Atempause sichern, um sie für angestrengte Arbeit innerhalb des Landes und insbesondere zur Schaffung einer Armee auszunutzen.

Auf dem Kongress der Kommunistischen Partei siegten ebenso wie auf dem 4. Kongresse der Sowjets, die Anhänger des Friedensschlusses. Ihnen schlossen sich viele von denjenigen an, die im Januar noch für unmöglich gehalten hatten, den Brest-Litowsker Vertrag zu unterschreiben. „Damals," sprachen sie, „wäre unsere Unterschrift von den englischen und französischen Arbeitern als armselige Kapitulation ohne Versuch eines Kampfes aufgefasst worden. Selbst die niederträchtigen Insinuationen der englischen und französischen Chauvinisten von heimlichen Nachinationen der Sowjet-Regierung mit den Deutschen hätten — im Fall wir den Friedensvertrag unterschrieben hätten — in gewissen Kreisen der westeuropäischen Arbeiter auf Glauben stossen können. Nachdem aber wir uns geweigert haben, den Friedensvertrag zu unterschreiben, nach dem neuen deutschen Vormarsch, nach unseren Versuchen, ihn aufzuhalten, und nachdem unsere militärische Schwäche mit erschreckender Unzweideutigkeit vor der ganzen Welt zutage getreten ist — wird niemand mehr wagen, uns eine Kapitulation ohne Kampf vorzuwerfen." Der Brest-Litowsker Vertrag wurde in seiner zweiten, verschärften Fassung unterschrieben und ratifiziert.

Unterdessen setzten in der Ukraina und in Finnland die Henkersknechte ihre Arbeit fort, je weiter um so mehr das eigentliche Lebenszentrum Grossrusslands bedrohend. Auf

diese Weise ist die Frage nach der Existenz Russlands selbst, als eines unabhängigen Landes, von heute ab unzertrennlich an die Frage der europäischen Revolution geknüpft.

Schlusswort.

Als unsere Partei sich der Regierung bemächtigte, kannten wir im Voraus alle Schwierigkeiten, denen wir entgegengingen. In ökonomischer Hinsicht war das Land durch den Krieg bis zum letzten Grad erschöpft. Die Revolution hatte den alten administrativen Apparat zerstört, ohne Zeit zu haben, zu seiner Ablösung einen neuen zu schaffen. Millionen von Arbeiterkräften waren infolge des drei Jahre langen Krieges aus den wirtschaftlichen Zellen des Landes herausgerissen, deklassiert und psychisch entwurzelt, Die ungeheure Militärindustrie auf dem ungenügend vorbereiteten wirtschaftlichen Fundament verschlang die Lebenssäfte des Volkes. Die Demobilisation dieser Industrie war mit den grössten Schwierigkeiten verbunden. Erscheinungen wirtschaftlicher und politischer Anarchie dehnten sich weit über das Land aus. Die russischen Bauern waren im Laufe von Jahrhunderten in elementarer Weise durch die barbarische Disziplin des Landes aneinander geschmiedet und von oben herab von der eisernen Disziplin des Zarismus zusammengepresst gewesen. Die ökonomische Entwicklung hatte die erstere untergraben, die Revolution zerstörte die zweite. In psychologischer Hinsicht bedeutete die Revolution unter den Bauernmassen das Erwachen der menschlichen Persönlichkeit. Die anarchischen Formen dieses Erwachens erschienen nach der vorangegangenen Unterjochung als unvermeidliche Folgen. Zur Etablierung einer neuen Ordnung, die auf der Kontrolle der Produktion durch die Arbeitenden selbst beruht, kann man nur auf dem Wege einer stetigen und inneren Ausmerzung der anarchischen Aeusserungen der Revolution gelangen.

Andererseits aber wollen die besitzenden Klassen, selbst wenn sie von der Regierung verdrängt sind, ihre Positionen nicht ohne Kampf aufgeben. Die Revolution warf in radikalster Weise die Frage nach dem Privateigentum des Bodens und der Produktionsmittel auf, d. h. nach Leben und Tod der ausbeutenden Klassen. In politischer Hinsicht bedeutet das einen erbitterten, ununterbrochenen, bald vorborgenen, bald offenen Bürgerkrieg. Der Bürgerkrieg nährt aber seinerseits unvermeidlich alle anarchischen Tendenzen in der Bewegung der arbeitenden Massen. Bei einem Niedergang der Industrie, der Finanzwirtschaft, der Verkehrsmittel und der Verpflegung legt auf diese Weise ein anhaltender Bürgerkrieg jeder produktiven organisatorischen Arbeit ungeheure Schwierigkeiten in den Weg. Dessenungeachtet hat die Sowjetregierung das Recht, mit vollem Vertrauen der Zukunft entgegenzuschauen. Nur die genaue Berechnung aller Einkünfte des Landes, nur eine rationelle, d. h. von einem allgemeinen Plan ausgehende Organisation der Produktion, nur eine vernünftige und sparsame Verteilung aller Produkte können das Land retten. Und das heisst Sozialismus. Entweder endgültiges Hinabsinken auf die Stufe einer Kolonie, oder sozialistische Wiedergeburt — das ist die Alternative, vor die unser Land gestellt ist.

Der Krieg hat den Boden der ganzen kapitalistischen Welt unterminiert. Darin besteht unsere unbesiegbare Kraft. Der imperialistische Ring, der uns zusammenpresst, wird von der proletarischen Revolution gesprengt werden. Wir zweifeln daran keinen Augenblick, ebensowenig wie wir im Lauf der langen Jahrzehnte unseres unterirdischen Kampfes an dem unausbleiblichen Zusammenbruch des Zarismus zweifelten.

Kämpfen, die Reihen zusammenschliessen, Arbeitsdisziplin und sozialistische Ordnung schaffen, die Produktivität der Arbeit steigern, und vor keinem Hindernis zurückschrecken — das ist unsere Parole. Die Geschichte arbeitet für uns. Früher oder später wird die proletarische Revo-

lution in Europa und Amerika ausbrechen und Erlösung bringen: nicht nur für die Ukraina, für Polen, Litauen, Kurland und Finnland, sondern auch für die ganze leidende Menschheit.

Inhalt

DK 265
.T815
Trotsky, Leon,
1879-1940.
Von der Oktober-
Revolution bis zum
Brester
Friedensvertrag